

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnementspreis: 3.50 Mk. monatlich, 1.10 Mk. wöchentlich 20 Pf. frei im Haus, Einzelhefte 5 Pf. Sonntagsnummer mit Illustration 10 Pf. Postabonnements: 1.10 Mk. pro Monat, Eingetragene in die Post-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Jugoslawien, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ersteinst täglich außer Montags.

**Die Insertions-Gebühr**  
 Beträgt für die sechsstelligen Anzeigen oder deren Raum 50 Pf., für politische und gesellschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (festgedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf., Belegzettel und Schließel-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Freitag, den 9. März 1906.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

### Am Scheidewege!

Die Art, wie in den herrschenden Kreisen Deutschlands die Marokkoaffäre behandelt wird, zwingt das Proletariat zu unausgesetzter Wachsamkeit. Da es höchst unwahrscheinlich ist, daß durch den Kabinettssturz in Frankreich die französische Marokkopolitik irgendwie beeinflusst werden könnte, ist die Situation im Augenblick noch genau so kritisch wie bisher. Die Gefährlichkeit der Lage ist durch die vollständige Isolierung Deutschlands auch keineswegs gemildert worden. Zwar hat die offiziöse „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ den Schachzug der Mächte, die Polizeifrage gleichzeitig mit der Bankfrage zur Verhandlung zu bringen, als einen rein geschäftsordnungsmäßigen ausgelegt und der Demonstration der Mächte damit die politische Spitze abgebrochen. Auch hat sie heute (vgl. das Telegramm am Schlusse des Artikels) durch Herrn v. Radowicz die Erklärung abgegeben, daß sie unter gewissen Skautelen nichts gegen die Polizeikontrolle durch Frankreich und Spanien einzubringen beabsichtige. Es fragt sich nur, ob die deutsche Diplomatie in dieser Bahn des Einlenkens beharren oder ob sie wieder in den alten Fehler der Unnachgiebigkeit zurückfallen wird. Da eine gewissenlose Scharfmacherpresse emsig an der Arbeit ist, die Regierung zu Unbesonnenheiten aufzuheben, ist es doppelte Pflicht der Arbeiterklasse, nachdrücklich zur Besonnenheit zu mahnen.

Eins dieser Scharfmacherblätter, die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ gesteht unumwunden zu, daß Deutschland in Algiciras vollständig isoliert dastehe. Die deutsche Regierung kalkulierte vollständig falsch, wenn sie glaube, durch die immer wiederkehrende Versicherung, daß sie ja nichts als die offene Tür für alle Mächte wolle, an der für Deutschland so ungünstigen Konstellation der Mächte irgend etwas ändern zu können. Der deutsche „Altruismus“ werde von niemand verstanden, sondern nur als „reine Bosheit gegenüber Frankreich“ ausgelegt. Die Versicherung, daß Deutschlands Forderung der offenen Tür für alle ja auch im Interesse der übrigen Mächte liege, könne deshalb keinerlei Eindruck machen, weil ja die Frankreichs Forderungen begünstigenden Mächte gar kein Gewicht auf diese offene Tür legen, sondern sich durch anderweitige weltpolitische Vorteile schadlos zu halten wünschen. Deutschland stehe jetzt vor dem Scheidewege: unheilbare Blamage oder unabsehbare Verschärfung des deutsch-französischen Marokkofreites. Das Blatt der rheinisch-westfälischen Schlotjunker ist gewissenslos genug, das Letztere vorzuziehen. Trotz aller Kriegsgreden könne man nicht glauben, daß Frankreich es schließlich zum Äußersten kommen lassen werde. Einstweilen könne man noch annehmen, daß es nur auf eine „Einschränkung des biedereren Michel“ abgesehen sei. Es sei deshalb zu hoffen, daß die deutschen Vertreter in Algiciras sich nicht einschüchtern ließen, sondern „gestützt von dem ganzen Gewicht des hinter ihnen stehenden deutschen Volkes die Ehre des Vaterlandes retten“ würden.

Man sieht also, daß es wirklich einflussreiche Kreise in Deutschland gibt, die den Konflikt auf seine Spitze getrieben sehen möchten. Um ein solch unerhörtes Spiel mit der Kriegsgesfahr zu rechtfertigen, stellt man die lächerliche Behauptung auf, daß die „Ehre des Vaterlandes“ in Gefahr stehe! Genau dasselbe behaupten natürlich die Scharfmacher in Frankreich und England, bedeutet doch die Unnachgiebigkeit Deutschlands nichts anderes, als die völlige Annullierung des französisch-englischen und französisch-spanischen Marokkovortrages. Wenn also das Scheitern internationaler diplomatischer Abmachungen mit der nationalen Ehre überhaupt etwas zu tun hat, so haben diese drei Mächte in viel höherem Maße das Recht, von einer Verletzung ihrer nationalen Ehre zu sprechen. Bei einer solchen Spannung aber genügt irgend ein verhängnisvoller Zufall, um den offenen Konflikt herauszubeschwören und eine unübersehbare Kriegsgesfahr zu entzünden!

Wäre es die Unberücksichtigung der deutschen Diplomatie in Algiciras zu einem Scheitern der Konferenz, so brauchte das zwar an sich noch keineswegs den Kriegsfall zu bedeuten, wohl aber wäre eine so unerträgliche Lage geschaffen, daß jeder neue auftauchende Konflikt die schwersten Gefahren mit sich bringen müßte. Ginge die Konferenz ergebnislos aus, so würde die Lage in Marokko nicht nur ebenso unbefriedigend bleiben als bisher, sondern die Reibungen zwischen Frankreich und dem Sultan würden sich höchst wahrscheinlich noch bedeutend vermehren. Unsere deutsche Scharfmacherpresse rechnet geradezu mit einer solch unhaltbaren und konfliktswangeren Situation! Sie erwartet, daß der Sultan Frankreich dann erst recht alle möglichen Schwierigkeiten bereiten werde. So schrieb die „Deutsche Tageszeitung“ über die Sonnabendssitzung der Marokkokonferenz, in der trotz des Protestes der deutschen Vertreter beschlossen wurde, die Polizeifrage nicht bis zur Erledigung der Bankfrage zurückzustellen, das Folgende:

„Das Marokko hat so entschieden auf die deutsche Seite gestellt hat, ist doch geeignet, den französischen Jubel etwas zu dämpfen, denn es sagt den Franzosen, daß an die geplante friedliche Durchbringung Marokkos nicht mehr zu denken ist. Am allerwenigsten, wenn die Konferenz scheitert. Vielleicht beschleunigt die Abstimmung

das ergebnislose Ende der Konferenz, und dagegen haben wir — wir wiederholen das immer wieder — nichts einzuwenden.“

Unberühmter kann sich die häßliche Schadenfreude nicht äußern. Jedenfalls können solche Auslassungen das Ausland nur in der Auffassung bestärken, daß die deutsche Politik nur die „reinste Bosheit gegenüber Frankreich“ darstelle! Und so schürt und hegt die reaktionäre deutsche Presse, als ob nicht durch solche Provokation die Gefahr eines furchtbaren Völkertriebs frivo! heraufbeschworen werde!

Und alle diese Provokationen, diese ganze wüste Hege wegen Marokkos! Wegen eines Landes, dessen Handelsbeziehungen mit Deutschland noch weit geringere sind als die Handelsbeziehungen mit der Republik Haiti! Um das Ungeheuerliche einer solchen Frivolität zu bemängeln, hat man jetzt allerdings eine ganz neue Entdeckung gemacht. Man hat nämlich erjomen, daß Marokko dasjenige Land ist, dessen Eisenerzschätze demaleinst berufen sein würden, der gewaltigen deutschen Metallindustrie einen beträchtlichen Teil des von ihr benötigten Rohmaterials zu liefern. Deutschland führe jährlich 60 Millionen Doppelzentner Eisenerz ein; die hauptsächlichsten Lieferanten hierfür seien bisher Spanien und Schweden gewesen. Deutschland habe mit „einem immer größeren Import von Eisenerzen zu rechnen, da Fachleute annehmen, daß die Erzvorräte Deutschlands selbst „zu Ende des Jahrhunderts“ ziemlich erschöpft sein würden. Es sei also fraglich, ob Spanien und Schweden den deutschen Bedarf künftig noch zu decken vermöchten. Auch gehe Schweden mit dem Gedanken um, einen Ausfuhrzoll auf Erz zu legen. Da werde nun Marokko dasjenige Land sein, dessen reiche Eisenerzschätze demaleinst der deutschen Industrie ihr Rohmaterial zu liefern berufen sein werden. Man sieht, diese Argumentation läßt an Phantastik nichts zu wünschen übrig, sie rechnet nicht nur mit der Erschöpfung der deutschen Erzvorräte — die „Schätzungen“ der Fachleute pflegen auf ganz vagen und unkontrollierbaren Annahmen zu beruhen — sondern auch mit ganz kolossalen Eisenerzschätzen in Marokko, deren Vorhandensein sich ebenfalls auf nichts als ganz vage Annahmen stützt! Selbst aber den Fall gesetzt, daß Marokko demaleinst für die Eisenproduktion irgend welche Rolle spielen würde, so wäre es noch außerordentlich fraglich, ob das marokkanische Eisenerz wohlfeiler nach Deutschland importiert werden könnte, als sich das spanische oder das schwedische Erz trotz eines etwaigen Ausfuhrzolles im Preise stellte. Die ganze Kalkulation ist eine so abenteuerliche, daß sie für einen ernsthaften Realpolitiker absolut nicht in Frage kommen kann. Sie soll auch nur dem Zwecke dienen, die Tatsache zu verhüllen, daß gewisse reaktionäre Kreise Deutschland in ein Kriegsabenteuer hineinzubehlen versuchen, für das auch nicht das mindeste, sei es politisches, sei es volkswirtschaftliches Interesse vorhanden ist.

Während die scharfmacherische Presse das deutsche Volk in einen blinden Kriegstaumel hineinzuhelen sucht, läßt es leider die bürgerliche Oppositionspresse in der Bekämpfung einer solchen Frivolität an der nötigen Energie bedauerlich fehlen. In Dresden tauschen dieser Tage die Könige von Sachsen und Württemberg Freundschaftsversicherungen aus, bei denen die Rede war von „diesen Tagen politisch hoher Erregung“, wo die Bundesfürsten in Wort und Tat zu zeigen entschlossen seien, wie fest und treu sie zusammenständen. Diese einige treue Bundesfreundschaft der deutschen Fürsten sei die feste Bürgschaft dafür, daß „auch in schwerer Zeit, vor welcher uns Gott bewahren möge, ein fester Hort an dem Thron Deutschlands zu finden sei.“ Die „Vossische Zeitung“ findet in diesen Worten eine deutliche Anspielung auf den Marokkokonflikt und seine etwaigen Konsequenzen. Man habe ausprechen wollen, daß, sollte der Friede bedroht werden, die Deutschen in Nord und Süd, Hoch und Gering, fest zusammenständen, ein einziges einiges Volk in Waffen. Dazu bemerkt das freisinnig-volksparteiliche Blatt:

„Über welche Sorge auch aus dem Herzen deutscher Bundesfürsten den Weg auf die Lippen finde, wir hoffen, daß das düstere Gewöl! sich bald zerstreue und Europas friedliche Entwicklung nicht gestört werde. Wir können nicht glauben, daß die Franzosen, die sich Fashodas erinnern, blind genug wären, sich in einen Krieg mit Deutschland hegen zu lassen. Es wäre nicht zu verstehen, wenn eine Nation, die 33 Jahre lang die Friedensliebe ihrer deutschen Nachbarn kennen gelernt hat, jetzt plötzlich um Marokkos willen einen blutigen Streit vom Zaune brechen wollte, einen Streit, bei dem viel mehr auf dem Spiele stände als die Zukunft des scharifischen Reiches. Und deshalb, weil die Herausforderung eines solchen Kampfes unverantwortlich vor der Welt und nachwelt wäre, erscheint auch nach allen ernsten Reden und Trinksprüchen die Zuderkunft berechtigt, daß es zu einem Einvernehmen kommen werde, welche geheimen Einflüsse sich auch geltend machen mögen, eine Einigung zu verhindern, um andere Mächte in die Lage des tertius gaudens zu bringen.“

Die „Vossische Zeitung“ richtet also an Frankreich die Mahnung, sich nicht in einen Krieg hegen zu lassen. Sie stellt es so dar, als ob ein ernstlicher Konflikt nur durch das Nachgeben Frankreichs verhütet werden könne, während jetzt in Wirklichkeit für Deutschland mindestens ebenso sehr die Pflicht besteht, seine Friedensliebe durch besonnene Mäßigung zu betätigen! Es ist eben die alte Bourgeoisittat, den Friedensstörer immer in den Nachbarlande zu suchen, statt in den Fehlern der eigenen Politik!

Umso weniger darf die deutsche Arbeiterklasse die Regierung darüber im Zweifel lassen, daß sie es als Verraten betrachten würde, wenn die deutschen Vertreter in Algiciras nicht alles aufbieten würden, einem veröhnenden Ausgleich die Wege ebnet zu helfen!

Algiciras, 8. März. Nach dem über die heutige Sitzung der Konferenz ausgegebenen amtlichen Communiqué setzte die Konferenz in offizieller Sitzung die Prüfung der zurückgesetzten Punkte der Bankfrage fort.

Die Konferenz konstituierte sich sodann zu einer Komiteesitzung und setzte die Prüfung der Polizeifrage fort. Der erste deutsche Vertreter, von Radowicz, erklärte hinsichtlich der von den verschiedenen Delegierten in der letzten Sitzung dargelegten Anschauungen, daß seine Regierung keine Einwendungen erheben würde gegen eine Organisation der Polizei durch Frankreich und Spanien in den dem Handel geöffneten Häfen unter Garantien, die geeignet seien, die Freiheit des Handels zu sichern. Der Präsident verlas sodann den von den französischen Vertretern eingebrachten Entwurf. Der erste Vertreter Österreich-Ungarns legte seinerseits einen Polizeientwurf vor, der zur Verteilung gelangte. Nach einem kurzen Meinungsaustausch forderten die Delegierten eine gewisse Frist, um die vorgelegten beiden Entwürfe zu studieren und beschließen, Sonnabendvormittag zusammenzutreten, um die Beratung des Artikels 23 des Vorkontrahats und die Prüfung der Grundlagen fortzusetzen, auf denen es werde möglich erscheinen können, einen endgültigen Polizeientwurf aufzustellen.

### Politische Uebersicht.

Berlin, den 8. März.

#### Postgerechtigkeit.

Die chinesische Deputation, die heute in der Diplomatologen zu parlamentarischen Studien den Reichstagsverhandlungen folgte, wird den Eindruck erhalten haben, daß man es im deutschen Reichstage famos versteht, kleinere Fragen — denn das sind die lokalen Wünsche nach Postneubauten — mit hochtönenden Worten aufzubauschen. Der Zentrumsabgeordnete Hug hatte dergleichen Wünsche für badische Postämter in pathetischer Rede vorgetragen und der Staatssekretär des Reichspostamtes versicherte darauf mit erhöhtem Pathos, daß die Postverwaltung bei der Behandlung dieser Fragen von Gerechtigkeit, und nur von der Gerechtigkeit geleitet werde. Die verschämten Chinesen verzogen keine Miene, als sie diese pathetische Versicherung anhörten, sie werden aber jedenfalls verstehen gelernt haben, wie parlamentarische Komödie gespielt wird.

Leider waren sie nicht mehr anwesend, als Genosse Jubel die wichtigere Frage der Beamtenbehandlung anschnitt. Sie würden von der Gerechtigkeit der Post eine andere Anschauung erhalten haben. Auch die Plasmacherei der Post hätten sie bewundern können, wenn sie aus den Ausführungen des freisinnigen Abgeordneten Kampff vernommen hätten, wie der Staatssekretär, entgegen seiner früheren Stellung zur Verbilligung des Postverkehrs, in der steuermühtigen Finanzkommission seine eigenen neuesten Ergründungen: Verbilligung des Ortsverkehrs, Einführung der 2 Pfennig-Postkarte — wieder vernichten helfen will durch Erhöhung der Tarife für diese und den Postpaketverkehr.

Diese kapitalistischen Reizungen zur Plasmacherei sind nichts Neues, sie wurzeln im System des bürgerlichen Staates, sie sind die Ursachen der bürokratisch-diktatorischen Behandlung und der unzureichenden Gehälter der unteren Beamten, die sich zur Gerechtigkeit gerade so verhält, wie der Autokratismus zum Parlamentarismus. Wie der Bürokratismus nach dieser Seite ausschlägt, das bekräftigt ein Wort des Staatssekretärs Kräfte, der auf abermalige Vorhaltungen über seine Maßnahmen gegen den Postassistentenverband unter anderem den Ausspruch prägte: „Die Beamten müssen das Vertrauen zur Verwaltung haben, daß diese die Interessen der Beamten vertritt.“ Wie diese Interessen vertreten werden, beweisen die jährlich wiederkehrenden Klagen der Unterbeamten und die auf die nichts weniger als gerechte Dienstbelastung derselben sich stützende Kritik im Reichstage. Aus allen Parteien erfolgt diese Kritik und müßte die Reichspostverwaltung belehren, daß das wichtigste staatliche Verkehrsinstitut losgerötet werden muß von preußisch-bürokratischen, verkehrshinderlichen Anschauungen, die einem Kulturstaat nicht zur Ehre gereichen.

Der Sprecher des Zentrums, Abgeordneter Erzberger, hielt zum Schluß ein Mähdoyer gegen die Verbilligung des Ortsverkehrs, und dokumentierte so die kulturwidrige Stellung des Zentrums zu den Verkehrs-institutionen.

#### Morgen: Postetat.

#### Preussischer Landtag.

Am Donnerstag hielten beide Häuser des Landtags Sitzungen ab.

Das Herrenhaus, das nach längerer Zeit wieder zusammentrat, beriet neben kleineren Vorlagen den vom Abgeordnetenhaus bereits erledigten Gesetzentwurf zu einem Kreis- und Provinzialabgabengesetz. Wie zu erwarten war, erhoben die hohen Herren, denen der Minister des Innern eine ganz besondere Sachkenntnis andichtete, lebhaften Einspruch gegen die durch den Entwurf vorgesehene gerechte Besteuerung landlicher Grundstücke. Die armen „Kolleidenen“ möchten, an

Statt Steuern zu zahlen, am liebsten noch Geld vom Staate dazu haben. — Am Freitag steht u. a. die Vorlage betr. Festsetzung einer Entschädigungsgrenze auf der Tagesordnung.

Das Abgeordnetenhaus begann die zweite Lesung des Etats der Eisenbahnverwaltung. Dem durch Krankheit am Erscheinen verhinderten Minister v. Budde wurde von allen Seiten hohe Anerkennung gezollt. Die Herren im Reichstagsparlament sind mit ihm sehr zufrieden: Einmal gefällt ihnen die militärische Schneidigkeit, mit der er das selbstherrliche Regiment in seinem Betriebe aufrecht zu erhalten sucht, und zweitens ergötzen sie sich an den hohen Ueberflüssen, an denen freilich Herr v. Budde unschuldig ist. Daß trotz dieser hohen Ueberflüsse nennenswerte Tarifreformen nicht zu erwarten sind, ist bekannt, und auch diesmal trat in der Debatte wieder der lebhafteste Widerstand gegen Tarifreformen im Sinne einer Verbilligung der Personentaxen zutage.

Interessant war es, zu hören, wie die Konservativen gegen den Reichstag wetterten und gegen die im Reiche geplante Fahrkartensteuer mobil zu machen suchten — natürlich nicht aus verkehrsfreundlicher Gesinnung, sondern weil sie sich jeden Eingriff des Reichs in preussische Angelegenheiten verbitten. Hoffentlich machen sie nach dieser Richtung hin ihren Einfluß auf ihre Parteifreunde im Reichstage geltend und tragen so zum Scheitern der ganzen Stengelschen Finanzreform bei. Bloßes Damentieren im Landtage hat keinen Zweck, wenn dem Worte doch die Tat nicht folgt. Daß der edle Oltavio v. Bedlich selbst bei dieser Gelegenheit gegen das allgemeine Reichstagswahlrecht Sturm zu laufen suchte, nehmen wir ihm nicht übel. Diese Rede gehört zu seinem ständigen Repertoire, und der gute Mann ist von seiner fixen Idee doch nun einmal so unwiderstehlich besessen, daß er es selbst beim besten Willen nicht mehr lassen könnte, bei den unpassendsten Gelegenheiten eine Polemik gegen die Sozialdemokratie an den Haaren heranzuziehen.

Auch über die Tarifgemeinschaft wurde manches gesprochen, doch kam irgend etwas Positives dabei nicht heraus. Die Fragen, die sich auf Angelegenheiten der Eisenbahnangelegenheiten beziehen, waren aus der Debatte ausgeschaltet. Wenn überhaupt, so wird im Laufe der weiteren Verhandlung, die auf Freitag vertagt wurde, darüber gesprochen werden.

### Bürgerliche Steuerpolitik.

Aus Bremerhaven wird uns geschrieben: Daß es nicht nur die Junker Ostelbien sind, welche alles daran setzen, um die Staats- und Gemeindefürsorge von sich abzuwälzen, sondern daß dieses Handwerk auch von den republikanischen Pfeiferleuten mit der gleichen Virtuosität geübt wird, dafür ist jüngst hier an der Untertiefe wieder ein charakteristisches Beispiel geliefert worden.

Die kommunalen Steuerverhältnisse in Bremerhaven gehören zu den vornehmlichsten, die man sich denken kann. Als einzige Stadt in ganz Deutschland besteht hier noch — und zwar als Haupt-einnahmequelle der Kommune — die Mietssteuer. Alle Versuche, sie zu beseitigen, scheiterten an dem Widerstande der bürgerlichen Interessentengruppen; erst infolge der Gebietsabtretung Preußens an den bremischen Staat wurde auf Drängen der preussischen Kaiserin erreicht, daß vom 1. April d. J. wenigstens die Mietssteuer für Miets bis zu 300 M. abgeschafft wird. Zugleich kommt von diesem Zeitpunkt ab das Schulgeld für die Bremerhavener Volksschulen in Fortfall. Es ist selbstverständlich, daß für diese der Kommune entstehenden Einnahmeausfälle Dedung geschaffen werden muß. Nichts hätte näher gelegen, als die Situation zu benutzen zur Herbeiführung einer kommunalen Steuerreform von Grund aus. Tatsächlich wurde auch ein schwacher Anlauf dazu genommen, er erstickte aber bereits im Keime, weil — vom Staate abgesehen wurde. Die eingeleitete Kommission beschloß, das ganze jetzige Steuersystem bestehen zu lassen und nur die Einkommen zu der von den nicht Mietssteuerpflichtigen zu entrichtenden Personalsteuer stärker als bisher heranzuziehen. Die Stala dieser Personalsteuer ist bereits charakteristisch. Sie beginnt mit einem Betrage von 9 M. Steuer bei einem Einkommen von 300 M. jährlich und steigt in schwach progressiver Weise, bis sie bei einem Einkommen von 8000 M. 3 Proz. dieses Einkommens beträgt. Damit hört die Progression auf, so daß auch von höheren Einkommen die Steuer nur 3 Proz. beträgt. Trotz des entschiedenen Widerspruchs der sozialdemokratischen Fraktion hat die bürgerliche Mehrheit der Stadtverordneten diese Schein-„Reform“ bereits akzeptiert. Unsere Genossen verlangten, das jetzige kommunale Steuersystem von Grund aus zu ändern, die Mietssteuer völlig aufzuheben und dafür eine progressive Einkommensteuer, unter gleichzeitiger Errichtung eines kommunaleinkommensteuergesetzes, einzuführen, dergestalt, daß auch diejenigen Einkommen zur Steuer herangezogen würden, die aus Betrieben resultieren, die hier bestehen, ihren Stammsitz aber in Bremen haben: Es handelt sich vornehmlich um den Norddeutschen Lloyd und um eine Anzahl anderer bedeutender Firmen. Der Norddeutsche Lloyd z. B. zählt an die Stadt Bremerhaven nur eine geringfügige Mietssteuer, der ganze ungeheure Gewinn der Gesellschaft aus den hiesigen Riesenbetrieben unterliegt nicht der kommunalen Besteuerung, sondern er wird in Bremen versteuert; und die Bremerhavener Stadtvertretung sanktionierte diesen kommissionsbeschlus. Einstimmig lehnte die bürgerliche Mehrheit die sozialdemokratischen Entwürfe ab. Beschloß? Weil sie es nicht magt, offen gegen den Bremer Senat Stellung zu nehmen, denn — der Bremer Senat ist gegen die gedachte Steuerreform!

Aber die Bremerhavener Stadtvertretung hat auch „eigene“ Steuerpläne. Sie sollten zwar noch nicht an die Öffentlichkeit dringen, aber ein Stadtratmitglied, das häufiger ungewollte Seitensprünge macht, Dr. Wolf plauderte aus, was bisher in den verschwiegenen Rufen ruhte. Die Mietssteuer soll nicht verschwinden, auch in der Zukunft nicht, denn die Erhebung der Steuer nach dem Mietszins ist absolut keine Ungerechtigkeit, da jeder ja selbst bestimmen könne, welche Summe er verwohnen will. Ferner denkt man, wenn man mit den Rednergebnissen der Personalsteuer nicht auskommt, um das städtische Defizit zu decken, eine kommunale Viesteuer einzuführen und den Gaspreis zu erhöhen.

Noch ein anderer kommunalpolitischer Plan verdient festgenagelt zu werden. Von sozialdemokratischer Seite war die Schaffung einer Steuer von dem unverdienten Wertzuwachs angeregt worden, und zwar als kommunale Steuer für die Stadt Bremerhaven. Nun plant man eine solche Wertzuwachssteuer auch in Bremen, und da erklärte der Vertreter des Stadtrats, daß diese bremische Steuer nach der Vorlage des Senats als staatliche Steuer auf das gesamte Gebiet des bremischen Staates ausgedehnt werden solle, also auch Bremerhaven treffen werde. Diese Mitteilung zeigt die so viel gerühmte Liebe Bremens für seine Tochterstadt Bremerhaven in schönster Beleuchtung. Der unverdienten Wertzuwachs also, dessen Entstehen fast ausschließlich eine Folge bestimmter kommunaler Einrichtungen ist, Einrichtungen, die oft nur unter den schwersten Opfern der Stadt geschaffen werden können, soll nicht der Besteuerung durch die Gemeinde unterstehen, sondern er wird genau so wie das Einkommen und Vermögen vom Staat als Steuerquelle in Anspruch genommen! —

### Ministersturz in Frankreich.

Die überraschende Meldung vom Sturze des französischen Ministeriums hatten wir gestern in letzter Stunde noch im Depeschenteile unseres Blattes bringen können. Nun sich die Situation deutlicher überschauen läßt, ist es erforderlich, nach den Gründen dieser plötzlichen Krise zu forschen. Der bisherige Leiter des Kabinetts, Herr Rouvier, war kein Freund der Deutlichkeit. Er diplomatisierte über Gebühr, wollte es mit keiner Partei verderben und machte es inselgedessen schließlich mit allen verderben. — Die Pfaffengarde hatte ihn aufordern lassen, die durch das Trennungsgesetz erforderliche gewordene Kirchen-Inventuren verschoben oder gar beseitigen zu helfen, denn es war — wie wir fortlaufend gemeldet hatten — dabei zu argen Zusammenstößen und schließlich gar zur Lösung eines Menschen gekommen. Rouvier wollte und durfte sich nicht offenkundig zum Werkzeuge einer clerikalen Politik machen lassen. Ebenso wenig aber war er zu bewegen, den nach entgegengesetzter Richtung zielenden Wünschen Vorkauf zu leisten, die darauf hinausliefen, daß die Durchführung des Trennungsgesetzes mit größerer Energie bewerkstelligt und der Pfaffensippe ihr Handwerk gelegt werde.

So fand denn im entscheidenden Moment das Ministerium Rouvier in der Kammer weder auf der rechten noch auf der linken Seite noch in der Mitte genügend Freunde, und es fiel von seiner unaufhörlich schwanfenden Schaukel sich herunter. Seine Bieligkeit, seine Schmiegsamkeit den Wünschen und Anregungen aller Parteien gegenüber hat ihm nicht genügt, sondern geschadet, und so ist es denn der von ihm mit heißem Sehnen erzwünschten Möglichkeit, die Ratwaise dieses Jahres zu leiten, gewaltiam beraubt worden.

Also die Strafe ist nicht unverdient über Rouvier gekommen. Zu bedauern ist allenfalls der neugeborene Präsident der Republik, Herr Fallières, der — kaum ins schwere Amt gelangt — sich einer so eigenartigen Krise überantwortet sieht. — Es versteht sich von selbst, daß sofort die Frage aufgetaucht ist, wie das neue Kabinett beschaffen sein dürfte. Das ist im Augenblick natürlich sehr schwer zu sagen; denn der Ministersturz hat sich ja nicht als ein einheitliches Vorgehen aller oder einiger Parteien abgespielt, sondern er kam unter einem Lohwobohu von Abstimmungs-Kombinationen zustande. Die Resultate der einzelnen Stimmungslagen liegen zwar noch nicht authentisch vor. Aber aus den Endzahlen kann man feststellen, daß Partei-Zersplitterungen vorgekommen sein müssen und daß auch die Sozialisten und die Radikal-Sozialisten wieder — wie gewöhnlich — innerhalb ihrer Fraktionen nicht einheitlich gestimmt zu haben scheinen.

Was nun die schon erwähnten Vermutungen über das neue Kabinett anlangt, so werden die verschiedensten Namen genannt. Am interessantesten ist es wohl, daß davon gesprochen wird, Millecand habe Ansichten, an Rouviers Stelle zu gelangen. Es wäre das, soweit sich im Augenblick übersehen läßt, kein glücklicher Ausweg; denn offenbar wäre Millecand der letzte, der eine andere Politik zu treiben Lust und Mut hätte als Rouvier. Ohne Zweifel würde auch Millecand nicht wagen, den clerikalen Schauf auf den Leib zu rücken, noch auch es mit den Gegnern des Pfaffenstums zu verderben. Auch der Sozialist Briand wird als Ministeraspirant genannt, ferner Clemenceau, Leon Bourgeois, Sarrien, Brissot, Barthou, Jean Dupuy u. a. m.

Zu erwähnen ist noch, daß auch die Behauptung auftauchte, der Sturz des Kabinetts sei erfolgt, weil die äußerste Linke unter diesem Ministerium ihre Wahlchancen für sehr gering gehalten habe. Diese Vermutung scheint uns recht unzutreffend zu sein; denn die Radikalsozialisten z. B. haben ja keinerlei Garantie dafür, daß das kommende Ministerium eine Zusammensetzung erhält, die ihnen günstiger wäre.

Obwohl das Kabinett Rouvier über ein Problem innerer Politik gestolpert ist, drängt sich die Frage auf, ob der Vorfall Bedeutung für die äußere Politik — zumal für den Fortgang der Pariser-Konferenz — gewinnen könnte. Der Deutschlands Diplomaten-genies einigermaßen kennt, der traut ihnen ohne weiteres den Wunsch zu, aus der vorübergehenden Unannehmlichkeit Frankreichs Kapital zu schlagen. Das wäre natürlich von sämtlichen bereits beangegangenen Dummheiten die allergrößte; denn es versteht sich von selbst, daß England und die übrigen zurzeit frankreichfreundlichen Staaten ihre Politik nicht um der schönen Augen des Herrn Rouvier willen getrieben haben, und daß sie auch durch die so oder so sich gestaltende Reuebefegung des französischen Kabinetts von ihren politischen Richtlinien nicht abweichen werden. —

### Deutsches Reich.

#### Zu viel verlangt!

Hamburg, den 8. März. (Fig. Ver.) In der Sitzung der Hamburger Bürgerkammer vom Mittwoch, den 7. März, kam es bei Beratung des Staatsbudgets für 1906 zu lebhaften Auseinandersetzungen zwischen den Genossen Stolten und Paepelow einerseits und einigen bürgerlichen Abgeordneten andererseits, die nicht zu begreifen vermochten, wie die Sozialdemokraten gegen das Gesamtbudget stimmen können. Genosse Stolten setzte diesen begrifflosartigen Leuten auseinander, weshalb die Sozialdemokratie eine Staatsverwaltung, welche die Arbeiterschaft für minderes Recht erklärt, die zur Aufrechterhaltung der Klassenherrschaft erforderlichen Machtmittel nicht bewilligen kann. Weder erinnerte an das zweierlei Maß, mit dem bei wirtschaftlichen Kämpfen die Unternehmer im Gegensatz zu den Arbeitern gemessen werden, und an andere schöne Dinge, die von der „Rechtsgleichheit“ im Staate Harmonia Zeugnis ablegen. Von wahrer Gleichberechtigung könne in Hamburg nicht die Rede sein. Das habe man zur Evidenz durch die Wahlrechtsbeschlüsse bewiesen. Herrn Reimer von der Linken, der allerlei ungereimtes Zeug über Streiks und „Terrorismus“ der Sozialdemokratie zum Besten gab, führte Genosse Paepelow treffend ab. Darauf wurde die Debatte vertagt. —

**Gehlerdienste.** Die bürgerliche Presse fählt sich in ihrer stillen Anspruchlosigkeit nicht bezogen, von dem Reinsfall der politischen Polizei Notiz zu nehmen. Sie befolgt die ihr von der „Deutschen Tagesztg.“ empfohlene Taktik, die Sache totzuschweigen. Allem Anschein nach findet sie es mit der vielgerühmten hohen Ethik des Bürgerturns völlig vereinbar, daß ein Polizeibeamter einen Arbeiter durch Geldangebote zum Parteiberrat zu bewegen sucht. Allerdings, ein Woffisches Blatt äußert sich doch zu der Angelegenheit — aber nicht das „Verl. Tagebl.“, sondern die „Verl. Morgenztg.“ Für das vornehmlich in den Kreisen der Geschäftsbourgeoisie gelebte „Tageblatt“ liegt nach Ansicht der Woffe-Leute demnach kein Anlaß zur Entrüstung vor, wohl aber für die viertel billiger „Morgenzeitung“. Demnach scheint man dort anzunehmen, daß das stillige Empfinden der „Morgenzeitungs“-Leser weit bestatet ist, als das der „Tageblatt“-Leser. —

**Der Uebergang des Freisiums ins reaktionäre Lager** nimmt seinen logischen Fortgang. Nachdem der Abg. Eichhoff die Plottenbegeisterung innerhalb seiner Partei inauguriert hat, beschloß kürzlich die Handelskammer zu Brandenburg an der Havel unter dem Präsidium des vollparteilichen Abg. Wiell, nicht nur den neuen Steuerplänen zuzustimmen, sondern noch weitere Steuerpläne in Vorschlag zu bringen. Da Abg. Wiell bisher das Präsidium genannten Handelskammer nicht niedergelagt hat, ist sehr wohl die Annahme berechtigt, daß er „mit von der Partie“ ist. Vor wenigen Tagen hat nun auch der „Verein Berliner Agenten“, welcher selbst die um Eugen Richter den Ton angaben, einstimmig be-

schlossen, daß die gegenwärtigen Steuerborlagen nicht derartig einschneidend die Lebensinteressen des gesamten Agentenstandes treffen, um ein Vorgehen des Zentralverbandes (der Agentenvereine Deutschlands), sei es durch eine Eingabe oder durch Stellungnahme auf dem Kongreß (der Agenten) zu rechtfertigen. — Vom Standpunkte des Kaufmanns aus betrachtet, kann man nicht naiver und handelsfeindlicher votieren, als die Herren Agenten dies getan. Wären denn die Herren gar nichts von der großen Anzahl reisender Agenten, die besonders durch den Antrag des nationalliberalen Abgeordneten Weder auf kilometrische Zufuhrbestimmung der Fahrkarten am Geldbeutel empfindlich getroffen werden? Wenn jetzt die Kaufmannschaft mit fliegenden Johnen ins Lager der Reaktion übergeht, so kann uns das nur angenehm sein, weil unsere Aufklärungsarbeit dadurch eine merklliche Erleichterung erfährt. —

**Almosen für die Opfer der Kolonialkriege.** Die „Nordd. Allg. Ztg.“ erzählt, scheinbar voll patriotischen Stolzes, daß bei einer Wohltätigkeitsvorstellung, die in Sachen von Offizieren zugunsten der Soldaten in Südafrika und ihrer Hinterbliebenen veranstaltet worden sei, 20000 M. zusammengekommen seien. „Manche Sorge und manche Not werde so gelindert.“ Das Unternehmen verdiene herzlichen Dank und auch Nachahmung.

Es scheint also, als ob man die Linderung der Not der Opfer des Kolonialkrieges und ihrer Angehörigen wesentlich der privaten Wohltätigkeit überlassen wolle! Ganz abgesehen davon, daß derartige Almosen ganz unzulänglich sein werden, ist es doch die Pflicht des Reiches, für die Opfer solcher Kriege ausreichend zu sorgen, in die man sich leichtfertig gestürzt hat. Man brauche sich nur aus der blutgedüngten südafrikanischen Sandwüste zurückzuziehen, um das Befehle von dem zu sparen, was eine pflichtgemäße Versorgung der Kriegsoffer und ihrer Hinterbliebenen kosten würde. Statt dessen verpulvert man weitere Hunderte von Millionen in sinnlosen kolonialen Abenteuer und überläßt die Opfer dieser Abenteuerpolitik der privaten Wohltätigkeit! —

**Zur Vorgeschichte der Kamerunaffäre** erhält die „Frankf. Ztg.“ folgende Mitteilungen:

Der in Deutschland lebende Sohn des King Alwa ist auf den Gütern schlesischer Magnaten erzogen worden. Der Reichstagspräsident Graf Vallerstein, der Zentrumsabgeordnete Graf Praschna und andere mehr kennen den jungen Alwa sehr gut. Vor einigen Jahren nun erzählte der junge Alwa, daß die Kameruner sehr unzufrieden seien mit Puttkamer; dieser wolle von Vorkamer nicht wissen und habe gedroht, wenn man ihn noch einmal mit Vorkamer komme, lasse er die Vorkamerführer ins Gefängnis werfen. Alwa hat um Rat, wie sich die Kameruner verhalten sollten. Der inzwischen verstorbenen Zentrumsabgeordnete Kreibitz v. Heeremann forderte nun den jungen Alwa auf, wenn die Kameruner glauben Ursache zu haben, sich über Puttkamer zu beschweren, so sollten sie sich beim Reichstage oder beim Reichskanzler beschweren, dann würde ihnen schon Recht werden. Als die Güter in Kamerun über Puttkamer nun immer stärker wurde und einzelne Häuptlinge vom Deutschen Reiche abfallen wollten, erhielt der junge Alwa davon aus Duala Mitteilung, Unbeglücklich empfahl er seinen Stammesgenossen, sich ruhig zu verhalten. Wenn sie sich vor Puttkamer schüchtern wollten, so sollten sie dem Rat des Abg. Heeremann folgen und eine Beschwerde an den Reichskanzler und den Reichstag richten. In einer großen Häuptlingsversammlung wurden dann die Vorschläge des jungen Alwa akzeptiert und dieser selbst zum Bevollmächtigten in dieser Angelegenheit in Deutschland ernannt.

Da die „Köln. Volksztg.“ diese Nachricht ohne Kommentar wiedergibt, darf ihr Inhalt wohl als richtig angesehen werden. Die Beschwerde des Hauptlings wäre demnach also auf die Regierung von Zentrumsparlamentariern hin verfaßt worden. Unverständlich ist es dann nur, daß unter solchen Umständen das Zentrum nicht schon früher etwas gegen das Puttkamer-System unternommen und sich der eingeleiteten Häuptlinge nicht energischer angenommen hat. —

**Szenen aus dem Kasernenleben.** Auf der Anklagebank des Kriegsgerichts der I. Gardedivision erschienen gestern ein Unteroffizier und vier Grenadiere von der 6. Kompagnie des 2. Garderegiments zu Fuß, um sich wegen Mißhandlung einer Rekruten zu verantworten. Haupttäter war der Unteroffizier Zuhle, dem eine Reihe von Mißhandlungen und vorchriftswidriger Behandlungen zur Last gelegt wurden und dem die Anklage außerdem vorwarf, Untergebene, die Rekruten Varkate, Rißter, Janowich und Eibsen durch Mißbrauch der Dienstgewalt dazu angeleitet zu haben, einen anderen Kameraden körperlich zu mißhandeln. Im Dezember v. J. hatte der Rekrut Ludner seine Sachen zum Ankauf nicht rechtzeitig fertig gemacht, worauf ihn der Unteroffizier mit dem Haarduch ins Gesicht schlug und eine Ohrfeige versetzte. Bei einer anderen Gelegenheit befahl der Vorgesetzte dem Rekruten „Kumpf vorwärts heugt.“ Er hielt ihn dann am Kopf fest und forderte die erwählten vier Grenadiere mit den Worten „Gebt dem Kerlein mit den Schnürschuhen, wenn Ihr nicht wollt, so bekommt ihr selbst eins auf den Hintern!“ Die Rekruten hielten dies für einen Befehl und führten ihn auch aus. Als sich der Mißhandelte infolge der Schläge mit den Schnürschuhen wieder hochtreden wollte, schlug ihn der Unteroffizier mit dem Schußleiste ins Gesicht, so daß dem L. die Tränen aus den Augen kamen. In einem weiteren Falle mißhandelte Z. den Untergebenen mit der Rouleau-Stange, ein andermal verlegte er ihm Stöße mit der Faust gegen das Kinn, daß er zur Erde fiel. Auch zu Ohrfeigen ließ sich der Unteroffizier hinreihen. Das Kriegsgericht erkannte gegen ihn auf eine Strafe von sechs Wochen mittleren Arrest. Die übrigen vier Angeklagten wurden freigesprochen, da sie sich als Rekruten der Tragweite ihrer Handlung nicht bewußt gewesen wären. —

#### Bürgerlich-DEMOKRATISCHES.

Stuttgart, 6. März 1906. (Fig. Ver.) Kleine, ja kleinliche Dinge sind es, die heute skizziert werden sollen, aber es zeigt sich, daß sie von symptomatischer Bedeutung für gewisse politische Zustände in Württemberg sind. In einer Chronik, die in gewissermaßen Weise ein Bild von den Verhältnissen eines bestimmten Bezirks geben will, dürfen sie daher nicht unerwähnt bleiben.

Der König von Württemberg feierte jüngst seinen Geburtstag. An diesem Tage ergoß sich naturgemäß ein kleiner Regen von Orden und Titeln über verdiente und wohl auch unverdiente Persönlichkeiten. Hierüber wäre an sich nichts zu sagen. Selbst der Umstand wäre belanglos, daß einer der Ordensbesitzer Herr Friedrich Payer ist, Führer der württembergischen Demokratie, Reichs- und Landtagsabgeordneter und Präsident der Zweiten Kammer des württembergischen Landtags. Herr Payer ist nicht verpflichtet, gegenüber höflichen Ehrungen sozialdemokratische Gesinnung an den Tag zu legen, und wir hätten kein Wort an ihn und die ihm widerfahrene Auszeichnung — mit dem Orden, den er erhielt, ist sogar der Personaladel verbunden — verschwendet, wenn nicht die bürgerlich-demokratische Presse ob dieses Vorgangs einige gar ergötzliche Kapriolen geschmitten hätte.

Den Reigen eröffnete die „Frankfurter Zeitung“, die den Anspruch erhebt, politisch ernst genommen zu werden. Anstatt die Tatsache, daß Payer geordert wurde, einfach zu registrieren, versuchte sie, aus ihr eine politische Demonstration — des Königs von Württemberg in Sachen der Verfassungsrevision zu machen! Es war ihr offenbar entgangen, daß auch ein Führer des Zentrums, das die Verfassungsrevision aufs entschiedenste bekämpft, sowie zwei dem Zentrum treu ergebene Mitglieder der Ersten Kammer gleichfalls hohe Auszeichnungen erhalten hatten!

Nach der „Frankfurter Zeitung“ kam der Stuttgarter „Beobachter“ und kompromittierte seinen Führer Bayer noch weiter, indem er verkündete, daß der Orden Bayerns zweifellos eine „gewisse politische Bedeutung“ habe, der des Zentrumsführers aber nicht! Weiter konnte man die politische Einseitigkeit schon nicht mehr gut treiben. Und doch haben die Neutlinger volksparteilichen Wähler des Herrn Bayer noch ein Abzweigen getan, indem sie ausdrücklich beschloffen, „den Herrn Präsidenten von Bayern zu der ihm gewordenen Auszeichnung zu beglückwünschen“.

Da muß man doch ernstlich die Frage aufwerfen, ob Leute, die so aus ihrem Gleichgewicht kommen, wenn ein höflicher Vogel sich in dem Knopfloch von einem ihresgleichen niederläßt, noch das Recht haben, sich als Vertreter „demokratischer“ Gesinnungen aufzuspielen!

Aber auch Bayer selbst hätte nicht nötig gehabt, sich in diese Situation zu bringen. Es lag in seiner Hand, den Orden und damit den Adel abzulehnen. Vor kurzem bestand das Königreich Württemberg — von Napoleons Gnaden hundert Jahre. Es wurde beim König angetagt, dieses „Jubiläum“ prunkvoll zu begehen. Er lehnte dies ab mit der Begründung, daß die Empfindungen, die er bei der Rück Erinnerung an den Zustand seines Vaterlandes zu jener Zeit hege, nicht die angemessenen seien. Auch einen Orden zur Erinnerung an das hundertjährige Bestehen des Königreichs, wie ihm nahegelegt wurde, wollte er nicht stiften. Vielleicht, so meinte er, würde er die Gelegenheit benutzen, ein paar Orden abzuschaffen. Solche Aeußerungen deuten auf recht verständige Ansichten in bezug auf die Bewertung des Ordens und Titelweizens. Es ist schade, daß der „Demokrat“ Bayer diese verständigen Ansichten seines Königs offenbar nicht teilt; sonst wäre es doch eine Kleinigkeit für ihn gewesen, ganz besonders die diesen König zu veranlassen, von der geplanten Auszeichnung Abstand zu nehmen. Dem politischen Ansehen der Demokratie in Württemberg wäre damit zweifellos besser gedient worden, als mit der jetzt von der demokratischen Presse ausgeführten Darlehnade.

## Ausland.

### Italien.

#### Neue Besen kehren gut.

Rom, 6. März. (Fig. Ver.)

Der Minister des Innern hat ein Rundschreiben an die Präfecten der Provinz Romo erlassen, das einen wesentlichen Fortschritt in der juristischen Bewertung der umstrittenen Gemeindegerechtigkeiten bezeichnet. Danach sollen Landarbeiter, welche Ländereien, auf die sie Rechte zu haben glauben, gewaltsam besetzen und bearbeiten, nicht — wie bisher — wegen gewaltsamer Besitzergreifung angeklagt werden, sondern nur wegen eigenmächtiger Geltendmachung von Rechten. Diese neue Auffassung ist — von ihrer prinzipiellen Bedeutung abgesehen — nicht nur von bedeutendem Einfluß auf das Strafmaß, sondern sie schließt auch die sofortige Verhaftung und das Vorgehen ohne Privatklage aus. Die Sache ist um so wichtiger, als in der Provinz Rom kein Tag vergeht, ohne daß in irgend einem Orte Landarbeiter Ländereien, auf die sie Rechte haben, gewaltsam besetzen.

### Schweden.

Für Frauenwahlrecht, Judenverfolgung und Justizgesetz. In der ersten Kammer des schwedischen Reichstages hat sich am Dienstag ein Führer der schwärzesten Reaktion, der Abgeordnete Lihander, als Freund des Frauenwahlrechts entpuppt. Er brachte einen Antrag ein, der darauf hinausläuft, den Regierungsentwurf zur Wahlrechtsreform abzulehnen und die Regierung aufzufordern, einen neuen Entwurf auszuarbeiten, der auch den Frauen das Wahlrecht verschaffen soll. In der Begründung seines Antrages drückte er seinen Absehen gegen das allgemeine Wahlrecht aus und erklärte, daß er dessen Ausdehnung auf das weibliche Geschlecht wünsche, um einen Widerstand gegen die seiner Meinung nach gefährlichen Tendenzen der Wahlrechtsreform zu schaffen.

Am selben Tage machte derselbe Abgeordnete Vorschläge zur Überänderung des Einbürgerungsgesetzes. Er wünscht besonders, daß den Juden, die angeblich in großen Mengen aus Polen, Rußland und Deutschland nach Schweden kommen, die Einbürgerung verboten werde, jedoch ausdrücklich mit Ausnahme derjenigen, die „nützliche Arbeit“ verrichten, das heißt offenbar: der Galizier und Polen, die den schwedischen Großgrundbesitzern als Lohnbrüder gegen die einheimischen Landarbeiter dienen.

Aber damit war der Eifer Lihanders für das Wohl des Vaterlandes nicht erschöpft. Er interpelliert dann die Regierung noch darüber, ob sie — wie im vorigen Jahre — einen Entwurf über Strafbestimmungen gegen Streiks, durch welche die Gesellschaft gefährdet werde, einzubringen gedenke, und ob sie für Maßregeln zu haben sei, durch die die Gewerkschaften zu juristisch verantwortlichen Personen gemacht würden. — Der Staatsminister antwortete sofort auf diese Interpellation. Er bemerkt, daß die Regierung, wie bereits in der Thronrede erwähnt worden ist, „Erwägungen“ über das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeiter pflegt. Im Zusammenhang damit beschäufte sich die Regierung auch mit den vom Interpellanten angeregten Fragen, die sehr sorgfältige Beratung erforderten. Infolgedessen könne das Ergebnis jener Beratungen in dieser Session dem Reichstage nicht mehr vorgelegt werden.

### Amerika.

Zu den Frühjahrswahlen, die in verschiedenen großen und kleinen Orten der Vereinigten Staaten stattfinden, rücken auch die Sozialisten mit großem Eifer, so z. B. für die Stadtwahl in Milwaukee. In keiner amerikanischen Stadt sitzen soziale Vertreter der sozialistischen Partei im Stadtrat als in Milwaukee; es sind 9 an der Zahl. Nach Ansicht der „New Yorker Volkszeitung“ wird wahrscheinlich Milwaukee unter allen Großstädten Amerikas zuerst eine sozialistische Gemeindeverwaltung haben. Die Ausfälligen sind diesmal in der Tat keine schlechten; die Sozialdemokraten haben sich trefflich organisiert, während Republikaner und Demokraten in kleine, einander bitter befehdende Fraktionen zersplittert sind. Die Gewerkschaften in Milwaukee sind der Sozialdemokratie wohlgesinnt, und jedenfalls wird die Partei im Wahlkampf neue Positionen erobern.

In Chicago ist ebenfalls eine neue Stadtverwaltung zu wählen und die Frage der Verpadlung der Straßenbahnen wird wieder eine große Rolle spielen. Die Republikaner sind Gegner, die Demokraten Freunde der Verpadlung. Dunne, der jetzige demokratische Bürgermeister, ist im April 1904 daraufhin gewählt worden, daß er versprach, die Verpadlung der Straßenbahnen durchzuführen. Er vermachte aber den Widerstand der Monopolisten bis jetzt nicht zu brechen, trotzdem er sich ehrlieh darum bemühte — wie allseitig anerkannt wird. Die Sozialisten beteiligen sich auch in Chicago am Wahlkampf und benutzen den Widerstand der Kapitalisten gegen den ausgesprochenen Volkswillen in der Straßenbahnfrage als gutes Agitationsmaterial.

In Philadelphia wurden Ende Februar viele städtische Beamte neu gewählt. Die Sozialisten sämmtlich dabei mit einem Votum von 1650 Stimmen ab. Das ist der Stamm der Partei in Philadelphia, der sich seit Jahren nicht viel ändert. Im Februar 1905 wurden 2079 sozialistische Stimmen abgegeben, im November 1905 betrug das höchste sozialistische Votum 1610, und jetzt — wie bemerkt — 1650 bei einem Gesamtstimmum von rund 200 000 Stimmen. Als Schuldirektoren wurden in Philadelphia dreißig Frauen gewählt, natürlich nur bürgerliche Damen. Das Organ der deutschen Sozialdemokraten, das „Philadelphia Tageblatt“, verlangt, daß die Haltung der Partei bei Lokalwahlen geändert werde, indem Stellung zu den Tagesfragen genommen werden müßte: „Es geht nicht an, immerzu nur von Abschaffung der kapitalistischen Produktionsweise“ und „Massenkampf“ zu reden. Das wird den Leuten zu langweilig. Auf diese Art hätten wir es in Deutschland nie zu einer Partei von drei Millionen Wählern gebracht. — Das „Tageblatt“ steht immerhin darin ein gutes Zeichen, daß der alte Stamm fest zur Fahne hält.

Scharfe Kritik ist ein Organ des Kriegsdepartements, das „Army and Navy Register“, an Roosevelts jüngstem Armees-Erlaß;

General Togo und seine Leute zum Muster zu nehmen. — Das Personal der amerikanischen Armee brauche kein solches Muster. Togos Rat mag gut sein für die Japaner, aber die Amerikaner wissen selbst, was sie zu tun haben. Roosevelts Ermahnung sei überflüssig und unzulässig.

## Die Revolution in Rußland.

### Der weiße Terror.

Kreslawki (Dünaburger Kreis). Bei einer am Donnerstag, den 16. Februar, seitens der Polizei unter Beihilfe einer Dragonerabteilung vorgenommenen Razzia wurden Waffen gefunden. Daraufhin wurde die Einwohnerhaft angeordnet, binnen 24 Stunden freiwillig alle Waffen auszuliefern, widrigenfalls die Administration sich veranlassen sehen werde, die strengsten Repressivmaßnahmen zu ergreifen. 60 Personen (der Bund allein hat hier mehr als zirkel 800 organisierte Wärtnerarbeiter) sind verhaftet und nach Dünaburg ins Gefängnis abgeführt worden. Die Dragoner verbrennen Häuser, plündern, rauben, mordern und prügeln wie in den Ostprovinzen. Die Aufregung am Orte ist begreiflicherweise eine große und ein bedeutender Teil der wohlhabendsten Einwohnerschaft bezieht sich daher, schlenmüßig dem unsicheren Städtchen wenigstens zeitweilig den Rücken zu kehren. Die Panik ist sehr groß.

## Kommunales.

### Stadtverordneten-Versammlung.

10. Sitzung vom Donnerstag, den 8. März, nachmittags 5 Uhr.

Der Vorsteher Dr. Langerhans eröffnet die Sitzung um 5 1/2 Uhr.

Der Ausschuss für den Antrag Cassel wegen Erhöhung der Gehälter der juristischen Magistratsmitglieder ist gewählt und hat sich konstituiert.

Die Wahl eines Mitgliedes in den Großen Rat der Handels-Hochschule wird abermals verschoben, da man sich über die vier Kandidaten, zu denen auch Stadt. Heimann (Soz.) gehört, noch privatim vordisputieren will.

Für den verstorbenen Stadt. Esmann wird in mehrere Deputationen Ersatz gewählt.

Darauf nimmt die Versammlung die Vorlage betr. die Neuordnung der

### Gehaltsbezüge der Direktoren, Lehrer und Lehrerinnen an den Gemeindefschulen

in der Beratung vor.

Stadt. Cassel (N. L.): Der Magistrat hat unserer vorjährigen Resolution entsprechen wollen. Ueber die Erhöhung des Grundgebhalts und über die Frage, wie weit die Alterszulagen zu ändern seien, hat unsere Resolution keine näheren Vorschläge enthalten. In den Vorberatungen der Schuldeputation und ihrer Subkommission fand man bald heraus, daß das Alterszulagenystem nicht gut geändert werden konnte, man ging also nur zu einer Erhöhung des Grundgebhalts über. Jetzt liegt ein Entwurf vor, der gleichwohl auch an den Zulagen ändert. Für die sieben festangestellten Lehrer ergibt sich eine Erhöhung des Grundgebhalts um 250 M., für alle übrigen Stufen eine um 50 M. Wir haben dagegen die allergrößten Bedenken, weil damit den Lehrern in den mittleren und älteren Jahrgängen ein Unrecht geschieht. Bis zum vorigen Jahre betrug das Gehalt der eben Angestellten 1200 und 650 gleich 1850 M., seitdem 1950 M. Diese Herren würden jetzt in so kurzer Zeit auf 2200 M. kommen, und das würde nur möglich gemacht durch eine Verringerung der Alterszulagen, indem nach 7-jährigem Dienst die Zulage statt 300 nur 100 M. betragen soll! Daß der Magistrat dazu gekommen ist, ist die Frucht der Agitation gegen das angeblich zu niedrige Grundgehalt, bei der man den Wert der Alterszulagen geflissentlich herabsetzte. Das Maximalgehalt der Lehrer ist von 3600 M. im Jahre 1894 auf 4350 M. erhöht worden, und zwar lediglich auf dem Wege der Verbesserung der Zulagen. Der Beschluß der Schuldeputation will das Grundgehalt auf 1350 M. und das der ältesten Lehrer auf 4500 M. bringen; nach der Vorlage bleibt letzteres auf 4400 M. stehen. Da müssen wir doch dem ersteren Vorschlage den Vorzug geben. Das Höchstgehalt bezuglich jetzt nicht weniger als 368 Lehrer. Der Magistratsvorschlag gibt unten 100 M. zu viel, oben 100 M. zu wenig. Auch im Lande ist allmählich die Einsicht durchgedrungen, daß es weit mehr auf die Alterszulagen als auf das Grundgehalt ankommt. Ähnlich liegen die Verhältnisse bei den Lehrerinnen. Die Herabsetzung der Zulage nach 7 Jahren von 300 auf 100 M. wird nicht durchführbar sein; gegen diese 100 M. wird die Agitation bald allgemein sein, zumal man jetzt auch in dem kleinsten Dorfe für mindestens 150 M. eintritt. Wollte man sie nun später erhöhen, so würde trotzdem die Wiederherabsetzung des Grundgebhalts nicht zu erreichen sein. Wir haben zu der Vorlage noch keine feste Haltung genommen, wollen vielmehr zunächst dem Ausschuss das Wort geben.

Oberbürgermeister Kirchner: Der Magistrat gibt seiner Vorlage den Vorzug, weil sie ein Grundgehalt normiert, wie es die Lehrerhaft forderte und wie es demjenigen in einer Reihe von Nachbarorten entspricht. Wir wollten ganze Arbeit machen, um der Agitation ein Ende zu machen. Ein weiterer Vorzug ist, daß auch bei dieser Erhöhung des Grundgebhalts jeder Lehrer und jede Lehrerin noch eine Verbesserung des Einkommens erfährt, und zwar mindestens um 50 M. Das ist natürlich nur mit Opfern erreichbar gewesen, es bedingt eine Mehrausgabe von 435 000 M., während der Vorschlag der Schuldeputation etwa 1/4 Millionen erfordert würde.

Von den Stadtv. Antrid u. Gen. (Soz.) wird folgende Stala beantragt:

Grundgehalt (wie in der Vorlage) 1450 bezw. für eine Lehrerin 1300 M., Alterszulagen 9 a 250 bezw. 150 M. Eine Kürzung des Gehalts für Lehrerinnen, die einstweilig angestellt sind oder noch nicht 4 Jahre im Dienst gestanden haben, findet nicht statt.

Stadt. Dr. Kronz (Soz.): Entgegen dem Stadtverordneten Cassel, der mit seiner Kritik sehr zurückhielt, muß ich die Vorlage als ganz unbedenklich und als außerordentlich kleinlich bezeichnen. (Beifall auf der hauptsächlich von Lehrern besetzten Juboretribüne; Lachen bei der Mehrheit der Versammlung.) Die Kleinlichkeit der Vorlage legt den Versuch sehr nahe, mit dem Vorgehen der Stadtverwaltung hier einmal gründlich abzurechnen. (Anrufe bei der Mehrheit.) Ich widerstehe aber dieser Versuchung, weil auch ich eine gehässige Erörterung vermeiden möchte. Den Vorschlag der Schuldeputation kannten wir leider nicht — wir werden ja künstlich aus derselben ferngehalten —; in der Ausschussberatung werden wir demselben näher treten und zu erwägen haben, ob er für die Lehrer günstiger bietet als wir vorschlagen. Unsererseits geben wir von dem entgegengelegten Standpunkt aus wie Herr Cassel. Wir halten das bisherige Alterszulagenystem für etwas ganz besonders Gefährliches; wir nehmen das Grundgehalt von 1450 bezw. 1300 M., dagegen wollen wir das Stalensystem von Grund aus ändern. Berlin ist ja auf seine Alterszulagen sehr stolz, es sind 10, eine mehr als das Gesetz vorschreibt. Bei der Verteilung derselben haben entschieden sozialpolitische Absichten mitgewirkt und einen Erfolg hat dieses komplizierte System jedenfalls gehabt: daß niemals ein lazes Bild über das Verhältnis zu schaffen war zwischen den Befoldungsbeziehungen in Berlin und anderen Städten. Dieses System ist das Vollwerk gewesen, hinter dem sich die Mehrheit stets verbaute, wenn es sich um die Klagen der Lehrer handelte. Uns kommt es deshalb darauf an, dieses Vollwerk zu zerstören. Wir schlagen daher vor, die Alterszulagen mit jährlich 250 M. und 150 M. für Lehrerinnen ganz einfach dem Gesetz von 1897 entsprechend zu gewähren. Auch unser Vorschlag ist nicht ideal. Zunächst ist er sehr beschäbig; die Mehrbelastung würde bei den Lehrern pro Jahr im Ganzen nur 90 000 M. betragen. Bei den Lehrerinnen sollte man nach unserer Auffassung das Gehalt wie das der Lehrer bemessen; bei den Alterszulagen könnte es

andere gehalten werden, weil der Gesetzgeber ja eine verheiratete Lehrerin nicht kennt. Der beantragten Verfügung des Grundgebhalts der Lehrerinnen in den ersten vier Jahren können wir aber absolut nicht beistimmen. Die Höhe der Alterszulagen schlagen wir auf 150 M. vor; im ganzen würden sich die Kosten ebenfalls auf etwa 90 000 M. jährlich belaufen. Den Vorteil unseres Vorschlags erblicken wir in der Vereinfachung des bisherigen Alterszulagen-systems, gegen das sich sehr berechtigte Mägen erheben lassen, aus dem ja auch die herrlichste Perle durch die Magistratsvorlage selbst schon ausgebrochen worden ist. Der Ausschuss wird sich namentlich auch mit der Lage der technischen und Heilpädagogischen zu beschäftigen haben; auf alle Fälle werden wir über die Vorlage bedeutend hinausgehen müssen, wenn etwas Ersprießliches geleistet werden soll. (Beifall.)

Stadt. Dr. Preuß (Soz.-fortschritt.) bezeichnet die Vorlage als eine höchst unangenehme Ueberraschung: statt des einstimmigen Vorschlags der Schuldeputation werde ein Modus empfohlen, dessen Schattenseiten in die Augen springen. Man hätte verstanden, wenn die städtischen Behörden, so lange das Schulunterhaltungsgesetz (siehe oben) überhaupt keine erheblichen Mehraufwendungen für die Lehrerschaft gewähren, sondern erst abwarten wollten, ob die Schule wirklich der Mitternacht und der Pfafferei ausgeliefert werde. Aber die jetzige Vorlage verfolge auch jenseitig ihren Zweck, sie mache nur scheinbar ganze Arbeit, da die Erhöhung des Grundgebhalts bei der ersten Zulage durch deren Verfürgung beinahe wieder wettgemacht werde. Die Annahme des Antrags Kronz würde sehr zu bedauern sein, denn zugunsten einer schematischen Regelung werfe sie das bewährte Zulagenystem über den Haufen. Der Ausschuss werde auch der Gehaltsordnung für die Pädagoginnen seine Aufmerksamkeit zu widmen haben.

Stadt. Wommfen (Fr. Fr.): Auch wir teilen durchaus die Bedenken des Kollegen Cassel gegen die etwas schematische Regelung der Vorlage. Der prinzipielle Vorbehalt des Stadtverordneten Preuß mit Rücksicht auf das Volksschulunterhaltungsgesetz ist nicht ganz unbedeutend; wir sollten uns das im Ausschuss überlegen. Kleinlich ist die Vorlage nicht, denn sie muß in Zusammenhang mit den seit 1894 erfolgten städtischen Maßnahmen auf dem Gebiete der Lehrerbefoldung beurteilt werden. Der Vorschlag der Schuldeputation ist weitläufig der beste. Bisher haben wir auch aus guten Gründen vermieden, unsere Gehälter nach denen der Vorortie zu normieren.

Stadt. Verls (N. L.): Ich kann ebenfalls nicht mit Herrn Kronz die Vorlage kleinlich finden. Aber wenn wirklich ganze Arbeit gemacht und eine Aufbesserung durdweg gewährt werden soll, da sie als notwendig erscheint, so sind 50 M. viel zu wenig. Auch uns erscheint die Regelung nach dem Vorschlage der Schuldeputation den Vorzug zu verdienen.

Damit schließt die erste Beratung. Die Vorlage geht an einen Ausschuss von 15 Mitgliedern.

Zur Verbreiterung der Judenstraße zwischen Barock- und Stralauerstraße soll für die Grundstücke Judenstraße 28—33 eine neue Bauachselinie festgesetzt werden.

Die Vorlage geht auf Antrag Prade (N. L.) nach kurzer Debatte an einen Ausschuss.

Zur Anlegung eines Hafens im Nordwesten Berlins am zukünftigen Berlin-Stettiner Großschiffahrtsweg soll das Gelände des Evangelischen Johannisstifts zu Bismarckstraße für circa 11 150 000 M., die im Wege der Anleihe zu beschaffen sind, angekauft werden. Die Verzinsung des Kaufgeldes soll in den Etat für 1906 eingetragt werden.

Stadt. Wallach beantragt, den Magistratsvorschlag dahin zu modifizieren, daß auch die Beiträge für die Verzinsung aus der Anleihe entnommen werden sollen.

Stadt. Deutsch (Soz.-fortschritt.): Es handelt sich hierbei um eine Ausgabe von circa 11 Millionen, dazu kommt der Antrag Wallach, so daß ich es für besser halte, daß wir die Sache in einem Ausschuss erörtern.

Stadt. Wallach (N. L.): Ich höre, daß man die Vorlage heute schon ohne Ausschussberatung annehmen will. Sollte der Antrag Deutsch angenommen werden, so geht ja mein Antrag mit in den Ausschuss. Andernfalls bitte ich um Annahme desselben; wir müssen doch die gesamten Kosten zusammenrechnen und dazu gehören auch die Zinsen des Kapitals.

Stadt. Stapf (N. L.) widerspricht namens seiner Fraktion dem Antrag auf Ausschussberatung und bittet um Annahme der Magistratsvorlage.

Nämmerer Dr. Steinger: Ich bedauere außerordentlich, Herrn Wallach entgegenzutreten zu müssen. (Stadt. Vorkmann: Wird Ihnen noch öfter passieren! Heiterkeit.) Ich halte es für unrichtig, auch nur den Versuch dazu zu machen, auch die Zinsen des Anleihekapitals aus der Anleihe selbst zu decken. Die Gründe sind vollständig bekannt, wir können auch nicht hoffen, die Genehmigung der Aufsichtsbehörde dazu zu erlangen.

Stadt. Singer (Soz.): Wenn ich vorschläge, diese Vorlage ohne Ausschussberatung anzunehmen, so tue ich damit etwas, was der Gewohnheit der Versammlung nicht entspricht. Die Vorlage ist aber in der Verkehrsdeputation überaus gründlich durchgesprochen worden. Sie ist für die wirtschaftliche Entwicklung und Bedeutung Berlins von ganz außerordentlichem Nutzen. Es ist angenehm, auch einmal die wirtschaftliche Politik des Magistrats loben zu können; ich wünsche, wir wären öfter dazu in der Lage. Diese wirtschaftliche Politik ist leider nicht schon einige Jahre früher befolgt worden, wie ich sie seinerzeit empfohlen habe, sonst hätten wir eine Hundert Millionen, die wir heute nicht haben. Ich hoffe, die Versammlung nimmt heute die Vorlage einstimmig an und lehnt den Antrag Wallach ab, der nur geeignet wäre, die Ausführung des großen Werkes zu verzögern. Zinsen gehören zu den auslaufenden Mitteln zu bedenklichen Ausgaben. Herr Wallach sollte seinen Antrag zurücknehmen.

Stadt. Oberland (N. L.): Ich bedauere, daß man eine Vorlage, die vielleicht 20 Millionen Ausgabe bedeutet, hier so glatt annehmen will, während wir uns oft um Kleinigkeiten in Ausschüssen wochenlang herumstreiten. Ich halte auch den Preis für außerordentlich teuer. Ich bedauere mit Herrn Singer, daß wir bisher so kurzfristig gewesen sind. Wir müssen eine gesunde Bodenpolitik treiben und Grundstücke, die für die Stadt später von Bedeutung sein können, schon Jahre im Voraus zu erwerben suchen.

Stadt. Wommfen spricht sich wesentlich im Sinne Singers aus und erinnert gleichzeitig den Magistrat an die möglichste Beschleunigung der Angelegenheit der Errichtung der Hafenanlagen am Stralauer Anger, da die dilatorische Art der Behandlung dieses Gegenstandes durch die Stadt in den beteiligten Kreisen nicht gerade angenehm berührt habe. Herr Wallach werfe mit seinem heutigen Antrag alle seine bisherigen etatsrechtlichen Auffassungen über den Haufen; sein Antrag sei einfach ungeheuerlich.

An der weiteren Auseinandersetzung beteiligen sich noch die Stadt. Deutsch, Vorkmann (N. L.), Wallach, Singer, Friederici (N. L.) und Wommfen. Stadt. Wallach bleibt bei seiner Auffassung stehen und zieht seinerseits den Stadt. Singer des Irrtums. Er werde sich hüten, etatswidrige Anträge zu stellen. Im Etat der Gas- u. w. Werke ständen die Zinsen der Anleihen aus dem Etat derselben.

Stadt. Singer: Herr Wallach verwechselt Spezialetat und allgemeinen Etat. Die Gaswerke haben das Recht erhalten, bestimmte Anleihen aufzunehmen; die Zinsen werden aus den Erträgen der Gaswerke gedeckt, also aus den laufenden Einnahmen desjenigen Instituts, für das die Anleihe bestimmt ist. Ist der Hafen fertig und bekommt seinen eigenen Etat, so werden die Einnahmen belastet mit den Unkosten, die seine Errichtung verursacht hat, und genau wie bei den übrigen Werken werden dann die Zinsen aus den laufenden Einnahmen gedeckt. Die ganz falsche Auffassung, daß man dazu übergeht, die Zinsen für Anleihen aus den Anleihen selbst und nicht aus laufenden Mitteln zu decken, muß grundsätzlich zurückgewiesen werden.

Stadt. Friederici (N. L.) hält dafür, daß Herr Wallach mißverstanden ist, da man doch während der Bauzeit die Zinsen aus der Anleihe entnehme.

Stadt. Wommfen stellt sich schließlich völlig auf den Standpunkt Singers.



Reichstag.

60. Sitzung vom Donnerstag, den 8. März, nachmittags 1 Uhr.

Im Bundesratliche: Kraetzle.

Die zweite Lesung des Postetats wird beim Titel „Gehalt des Staatssekretärs“ fortgesetzt.

Zur Debatte stehen auch die bereits mitgeteilten Resolutionen der Kommission auf Postfreiheit der Soldatenpakete, bessere Telefon- und Telegraphen-Einrichtungen auf dem Lande, Abschaffung des Vestelgeldes und Einschränkung der fürstlichen Postfreiheit, ferner die Resolution Kern (L.) betreffend Vermehrung der Endstellen der höheren Postbeamten, die Resolution Sahig (natl.) betreffend das Besoldungswesen der Militär- und Zivilbeamten im Postdienste, das Wohnungsgeld der unteren und mittleren Beamten, die Besoldung der Oberpostinspektoren, Postinspektoren und Telegrapheninspektoren und schließlich die Gehälter der Oberpostinspektoren und Obertelegrapheninspektoren. Neu eingebracht sind sechs Resolutionen Kopisch-Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.):

1. die Militärzeit bis zum Höchstmaß von drei Jahren auf das Besoldungsalter anzurechnen;
2. die in den Subalternstellen übernommenen Militärbeamten, welche bei der Gendarmrie oder Schutzmannschaft etatsmäßig angestellt waren, sollen in gleicher Weise wie die übrigen Militärbeamten bei Feststellung ihrer Anciennität um ein Jahr zurückdatiert werden.
3. Der Nachdienst soll schon von 8 Uhr abends an und der ganze Freitags- und Sonntagsdienst soll 1/2 Tag gerechnet werden.
4. Eine Denkschrift über die Wirkungen des Dienstaltersstufensystems und über die finanzielle Wirkung einer Herabsetzung der ersten Dienstaltersstufen von 3 auf 2 Jahre.
5. Die Gehälter der Post- und Telegraphensekretäre sollen auf 2000—3800 M., die der Bureaubeamten II. Klasse und der Postassistenten auf 1800—3300 M. erhöht werden.
6. Die Gehälter der „nicht gehobenen“ Unterbeamten sollen auf 1000—1600 M., die der Landbriefträger und Leitungsaufseher bis auf 1100 M. erhöht werden.

Abg. Hug (S.) tritt für erhöhte Sonntagsruhe sowie Aufbesserung der Gehälter der Postbeamten ein.

Abg. Eichhoff (fr. Sp.): Die hohen Fleischpreise und die Wirkungen des neuen Zolltarifs, die noch in Aussicht stehen, zwingen neben den Arbeitern auch die Beamten zu Forderungen auf Erhöhung der Gehälter. Die Denkschrift über die Anstellung-, Beförderung- und Besoldungsverhältnisse der Beamten beschäftigt sich im wesentlichen mit den höheren Beamten und bedarf deshalb einer Ergänzung in bezug auf die Verhältnisse der mittleren Beamten. Diesem Wunsch haben wir in einer Resolution Ausdruck gegeben. Ich möchte den Herrn Staatssekretär fragen, ob er geneigt ist, im Sinne dieser Resolution vorzugehen, oder ob er heute schon in der Lage ist, die Mitteilung der „Deutschen Verkehrszeitung“ zu bestätigen, daß die Beamten im nächsten Jahre bereits auf Erfüllung ihrer Wünsche rechnen dürfen. Die Erfüllung unserer Wünsche wird dem Herrn Staatssekretär um so leichter werden, als sein Etat wiederum glänzend abschließt mit einem Reinerwerb von etwa 68 Millionen. — Mindestenswert wäre es, wenn eine allgemeine Herabsetzung der Weltportofläge auf dem nächsten Kongress des Weltpostvereins angeregt würde.

Den Resolutionen der Budgetkommission stimmen wir zu mit Ausnahme derjenigen, die Ermäßigung der Telegraphen- und Telefongebühren in den kleinen Städten verlangt. Ich gönne dem Lande alles Mögliche, hier aber tritt der agrarische Pferdebau doch allzu deutlich hervor. Ich hoffe, daß der Herr Staatssekretär diese Forderung ablehnen wird. (Bravo! links.)

Abg. v. Gersdorff (L.) schlägt vor, das Dienstalter der in den polnischen Provinzen tätigen Beamten um drei Jahre vorzubutieren und polemisiert gegen den Abg. v. Gispowicki: Die Abänderung der Ortsnamen wird doch nicht von der Postbehörde, überhaupt nicht von der Regierung vorgenommen, sondern von den Orten selbst. Ich persönlich mache mir ja verdammt wenig aus einer Germanisierung der Ortsnamen. Wenn ein polnischer Name nicht geradezu zugrundegerichtet ist, so mag er ruhig bleiben.

(In der Diplomatenvorlesung hat die chinesische Botschaft zusammen mit der chinesischen Studienkommission Platz genommen, welche die abendländischen parlamentarischen Einrichtungen studieren soll.)

Abg. Schweighardt (Südd. Sp.) tritt für die Postfreiheit der Soldatenpakete ein.

Abg. Duffner (V.) beklagt, daß die badischen Postbeamten vielfach gegen die norddeutschen zurückgesetzt seien. Das sei eine unfreundliche Anwendung der Verträge von 1871.

Staatssekretär Kraetzle weist die Vorwürfe zurück. Niemals Landmannschaft, sondern stets nur Qualifikation entscheidet. Beim Telephondienst haben sich die Frauen nach wie vor durch ihre höhere Stellung gut bewährt; es hat sich aber als notwendig erwiesen, die tägliche Dienstzeit etwas zu verringern und etwas Abwechslung in die Tätigkeit der weiblichen Beamten zu bringen, dadurch daß sie zum Telegraphendienst herangezogen werden.

Abg. Jubeil (Soz.):

Ich habe im vorigen Jahre mehrere Fälle von wenig liebevoller Behandlung von Postbeamten durch Postvertrauensärzte vorgebracht. Der Oberpostdirektor im Amt Spandauerstraße (Berlin) ist nun der Meinung gewesen, daß die betreffenden Mitteilungen nur aus Postkreisen zugegangen sein könnten. Man sahle Verdict gegen den Oberpostdirektor Freitag, und dieser wurde einem tagelangen Verhör unterworfen. Bei einem solchen Verhör brach er plötzlich zusammen, und nun geschah das Unglaubliche, daß der Postdirektor annahm, Freitag simuliere! Anstatt den schwerkranken Mann sofort in ärztliche Behandlung zu bringen und seiner Familie zuzuführen, ließ man ihn stundenlang in einem Badraum ohne jede ärztliche Hilfe liegen. Erst gegen Abend wurde er dann in die Wohnung transportiert. Und obwohl der Oberpostdirektor wusste, daß die Frau des Oberpostdirektors Freitag seit Wochen bettlägerig war, nahm er doch nicht so viel Rücksicht, daß er sofort einen Arzt geschickt hätte, sondern dieser kam erst am nächsten Morgen. Die wenig eine Simulation vorgelegen hat, beweist die Tatsache, daß Freitag jetzt nach einem Jahre noch nicht fähig ist, irgend welchen Dienst zu leisten. Am 29. Mai vorigen Jahres kam die Frau dieses Oberpostdirektors nach meiner Wohnung und bat mich inwiefern, ihr doch eine Bescheinigung darüber auszustellen, daß weder sie noch ihr Mann jemals mit mir in brieflichen oder mündlichen Verkehr gestanden hätte. Ich gab ihr eine eidesstattliche Versicherung. Als sie diese dem Oberpostdirektor vorlegte, ist sie in nicht sehr anständiger Weise behandelt und gefragt worden, wie sie dazu komme, sich an mich zu wenden. Die Frau ist da dem Oberpostdirektor die Antwort nicht schuldig geblieben. In dieser Weise dürfen doch Unterbeamte nicht behandelt werden. Was nützen alle wohlwollende Erklärungen des Herrn Staatssekretärs, wenn sie von den oberen Beamten nicht beachtet werden? Uebrigens sind die beiden Verze, über deren Vorgehen ich voriges Jahr Klage zu führen hatte, noch heute in Funktion. Es ist dem Herrn Staatssekretär nicht eingefallen, durch ihre Veretzung Remede zu schaffen.

Aus den Kreisen der Postunterbeamten erschallen laute Klagen darüber, daß sie in der Weihnachts- und Neujahrszeit Überstunden machen müßten, ohne dafür bezahlt zu bekommen. An vielen Beamten werden keinerlei Pflichten eingestrichelt, so daß es vorgekommen ist, daß einzelne Postunterbeamten dieser Zeit bis zu 75 Ueberstunden

leisten mußten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokr.) Es gibt keinen Privatmann, der es sich erlauben würde, seinen Angestellten etwas derartiges zuzumuten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Aus Varmen wird gemeldet, daß von einem großen Teil der Beamten und Unterbeamten bis zu 40 Ueberstunden geleistet wurden. Und zwar wurde den Herren Beamten eine Gratifikation gewährt, den Unterbeamten aber nicht, sondern der Oberpostdirektor bot den Unterbeamten ganze 20 Pf. an, damit sie sich eine Schinkenstulle kaufen könnten. (Heiterkeit.) Die etatsmäßigen Unterbeamten haben diese „Gabe“ natürlich ausgeschlagen. Die nicht etatsmäßigen aber mußten das Geschenk mit untertänigem Dank entgegennehmen.

Sobann muß ich auch in diesem Jahre wieder auf die Wünsche der Postkassen eingehen. Der Herr Staatssekretär sollte doch endlich diese Seeschlange aus dem Wege räumen.

Unerhört lange Dienststunden

sind mit von einzelnen Postkassen angegeben worden. Ein Postkassillon in Steglitz hatte einmal bis zu 17 1/2 Stunden Dienst, nämlich von 1 Uhr nachts bis um 6, von 7 bis 1 1/2, und dann nachmittags wieder von 8 bis 5 und von 6 bis 10 Uhr. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ein Postkassillon in Köpenick hatte sogar einmal 22 1/2 Stunden Dienst. (Hört! hört!) Dabei wird den Postkassillon noch nicht einmal die nötige Kleidung gegeben, um allen Gefahren der Witterung standhalten zu können. Wenn die Schleusen des Himmels sich öffnen und Regengüsse herabfallen, so müssen die armen Postkassillon doch wenigstens wasserdichte Regenmäntel besitzen. Man sollte doch von der Reichspostverwaltung erwarten können, daß sie wenigstens für die Gesundheit ihrer Angestellten Sorge trage. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Reunpf (fr. Sp.): Die neuen Stempelsteuern bedeuten, soweit sie sich auf Postanweisungen und Pakete beziehen, nichts anderes als eine Verteuerung des Postos. Unverkäuflich aber hat die Steuerkommission die Portoerhöhung im Ortsverkehr vorgeschlagen. Ueberall im Auslande finden wir das Bestreben, die Portofläge herabzusetzen, aber die hohen Postmauern scheinen unseren Blick nach dem Auslande verblühen zu lassen. Der Ueberfluß von 62 Millionen bei der Post bedeutet bereits eine Steuer auf den Verkehr. (Sehr richtig! links.) Jedenfalls kann er nicht die Grundlage bilden zu einer Erhöhung der Portofläge. Es ist übrigens eine bekannte Tatsache, daß jede Verkehrsverbilligung nur vorübergehende Einnahmeausfälle, dann aber eine große Verkehrssteigerung und damit eine Vermehrung der Einnahmen zur Folge hat. In England hat die Einführung des Vennportos im Verkehr auch mit den Kolonien eine Vermehrung des Briefverkehrs um 120 Proz. herbeigeführt. Im Mai dieses Jahres wird in Rom der Weltpostkongress zusammengetreten. Ich hoffe, daß der Herr Staatssekretär dort die Anregung zu einer Vereinfachung und Verbilligung der Weltportofläge geben und warm dafür eintreten wird. Nach einer Berechnung der Kosten der Kaufmannschaft von Berlin würde die Einführung des Fernpostportos für Briefe nach dem Auslande Deutschland etwa 10 Millionen kosten. Durch die Steigerung des Verkehrs aber würde diese Minderernte zweifellos in wenigen Jahren eingeholt werden. Eine solche Erleichterung würde wesentlich zur Hebung des internationalen Handels beitragen, und sie wäre auch im nationalen Interesse zu begründen; denn sie würde zweifellos dazu beitragen, die drei Millionen im Auslande lebenden Deutschen enger mit dem Vaterlande zu verknüpfen. Auf unüberwindlichen Widerstand würde der Herr Staatssekretär mit einer solchen Anregung sicher nicht stoßen. Auf den ersten Blick wird der Baum nicht fallen, aber der Staatssekretär kann sich hier durch Beharrlichkeit ein Verdienst erwerben, das dem seines großen Vorgängers Herrn v. Stephan nicht nachsteht. (Bravo! links.)

Abg. v. Gerlach (fr. Sp.): Sehr bezeichnend war es, daß Herr v. Gerlach die Regierung aufforderte, gleichsam von hinten herum die Ostmarkenzulage wieder einzuführen in der Weise, daß das Dienstalter der Postbeamten in den polnischen Provinzen um drei Jahre vorbütiert würde.

Mir ist übrigens aus dem Osten mitgeteilt worden, daß Beamten die Dimarkenzulage verweigert ist, weil sie polnische Verwandte haben! Das Vorstandsmittglied des Postassistenten-Verbandes Mehländer soll Agitationsreisen im Osten gemacht haben, und zwar in einer Zeit, in der die russische Revolution geeignet war, Unruhen auch bei uns zu erzeugen! Daß er selbst aufreizend gesprochen hat, wurde nicht behauptet. Es wurde ihm einfach mit Rücksicht auf den bevorstehenden 21. Januar ein Vorwurf aus der Agitationsreise gemacht. Ich glaube, wenn überhaupt Leute durch diese Agitation in „Unruhe“ geraten sind, so waren es höchstens die höheren Postbeamten selbst! (Sehr richtig! und Heiterkeit links.) Am 18. Januar wurde Mehländer deshalb vor einen Vertreter des Staatssekretärs vorgeladen. Aus dem Datum geht hervor, daß dabei merklich die Nervosität der oberen Behörden eine Rolle spielte; denn in der Zeit kurz vor dem 21. Januar herrschte ja in weiten, sonst ganz vernünftigen Kreisen eine lächerliche Verorrennis.

Absolute Freiheit — auch in politischen Dingen — kann den Postbeamten schon deshalb eingeräumt werden, weil sie technische Beamte sind. Ein höherer Postbeamter hat sich im Dienste in ungläublicher Weise über Katholiken und ebenso auch über die streikenden Bergbeamten ausgesprochen. Letztere hat er als „Halunken“ bezeichnet. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Auch weitere Fälle der politischen Beeinflussung sind leider vorgekommen, so in Braunschw. Sehr merkwürdig war die Strafverurteilung des Beamten Radnagel in Lippe, der ein begeisterter Vierfelder war, während sein Vorgesetzter ein ebenso begeisterter Wüdeburger war. (Heiterkeit.) Als er einst um Urlaub bat, um an einem Festmahl der Vierfelder Partei teilzunehmen, wurde er von seinem Vorgesetzten in Gegenwart seiner Kollegen bloßgestellt, indem ihm gesagt wurde: „Sie brauchen sich in Zukunft nicht mehr um eine Unterstützung zu bemühen!“ (Hört! hört! links.) Im allgemeinen pflegt man es zu verheimlichen, wenn jemand um Unterstützung einkommt.

Abg. Dr. Stöder (Wirtsch. Sp.): Soweit ich mit Postbeamtenkreisen in Berührung gekommen bin, habe ich stets einen monarchischen und christlichen Geist unter ihnen gefunden. Revolutionäre Strömungen treten offenbar nur ganz vereinzelt auf. Daher sehe ich keinen Grund gegen die Zulassung eines Verbandes auch der Postunterbeamten.

Staatssekretär Kraetzle: Der Sonntagsnachmittagsdienst ist auch mir durchaus nicht sympathisch, aber die gänzliche Abschaffung des Telegraphenverkehrs am Sonntagnachmittag würde zu schwer in den Verkehr eingreifen. Sollten Landbriefträger durch zu große Pakete belastet werden, so würde ich für jede Benachteiligung solcher Vorposten dankbar sein. Was der Abg. v. Gerlach über die Verhandlungen mit dem Vorstand des Assistentenverbandes gesagt hat, kann ich durchaus nicht für richtig halten. Es darf nicht vorkommen, daß ein Beamter in einer Agitationsrede Erörtern gegen seine vorgesetzte Behörde ausspricht. (Beifall rechts.) Wenn der Abg. v. Gerlach gesagt hat, auch die Unterbeamten müßten eine Vertretung haben, so erwidere ich ihm, daß sie doch durch die Abgeordneten vertreten werden. Verheerende Agitation dulden wir nicht. (Redhafter Beifall links.)

Abg. Erzberger (S.): Die Koalitionsfreiheit mit dem Streikrecht kann die Verwaltung den Beamten unmöglich einräumen. Der Herr Staatssekretär hat sich gegen die Bildung eines Verbandes der Postunterbeamten über das ganze Reich ausgesprochen. Ich möchte ihn fragen, wie er sich angesichts der sehr erfreulichen Erfolge des Berliner Postunterbeamtenverbandes zu dem Gedanken stellt, daß die Ausschüsse der in den einzelnen Bezirken bestehenden Verbände zur Verfolgung gewisser Ziele, z. B. Schaffung einer Versicherung sich zusammenschließen.

Wir haben noch den Wunsch, daß auch die Bestellung von Postanweisungen am Sonntag unterbleiben möchte. Größere Drucksachen sendungen, die am Sonnabendabend aufzugeben werden, sollten

ebenfalls bis Montag liegen bleiben. Ferner wünschen wir, daß der Nachdienst eines Beamten sich nicht so häufig wiederholt; heute kommt es vor, daß einzelne Beamte alle drei Tage Nachdienst haben. Wir wünschen, daß immer mindestens fünf Tage zwischen zwei Nachdiensten liegen. Den bereits ausgesprochenen Wunsch, daß in die Kolonien nicht nur unverheiratete Beamte geschickt werden, kann ich nur unterstützen.

Redner wünscht ferner bessere Schlafräume für die Postkassen in Berlin.

Ich würde mich freuen, wenn die Herren Freisinnigen so bereitwillig in der Schaffung der nötigen Mittel durch

neue Steuern

wären, wie sie hier Forderungen aufstellen. Die Wünsche der Beamten mögen zum Teil begründet sein, aber wir müssen mit den vorhandenen Mitteln rechnen. (Bravo! im Zentrum.)

Staatssekretär Kraetzle: Ich möchte dem Redner nur erwidern, daß ich schon wiederholt meine Sympathie für stärkere Sonntagshheiligung ausgesprochen habe. Aber ich kann doch der Einstellung der gesamten Geldbestellung am Sonntag nicht zustimmen, da viele Arbeiter vom Geldbriefträger nur Sonntag getroffen werden. — Zur Nacharbeit drängen sich die Beamten teilweise selbst, weil sie den Tag vorher und nachher frei haben und in voller Ruhe nachts arbeiten können. — In die Kolonien können durchweg verheiratete Beamte nicht geschickt werden. Im tropischen Klima gedeihen die Kinder nicht recht. Außerdem erfordert die Entsendung verheirateter Beamter größere Ausgaben, die überflüssig sind, weil ihrer Examina wegen die Beamten doch nach wenigen Jahren in die Heimat zurückkehren wünschen.

Darauf verlegt das Haus die Weiterberatung auf Freitag 1 Uhr. Schluß 6 1/2 Uhr.

Parlamentarisches.

Flottengeschichten.

Die frivole Propaganda, die von den Flottenschauinsisten auch in den Schulen entfaltete wird, und ihre Unterfütterung durch Sozial- und Schulbehörden, schätzte gestern in der Budgetkommission des Reichstages zu einer scharfen Aussprache und Verurteilung. Den Anlaß dazu gab, sehr zu seinem späteren Aerger, der Abg. Graf Orlova, der bei Erwähnung der Petitionen, die eine unfruchtliche Vermehrung der deutschen Flotte fordern, seiner Freude über die angeblich stetig „wachsende“ Flottenbegeisterung im „Volk“ Ausdruck gab. Abgeordneter Genosse Singer nahm Veranlassung, die Petitionen als das zu bezeichnen, was sie in der Hauptsache sind: Schulungspetitionen, bei deren Zustandekommen Schulpflichtige in erster Linie beteiligt sind. Diese treffende Charakteristik glaubte Graf Orlova mit einem förmlichen und feierlichen Proteste beantwortet zu müssen. Kom aber hagelte es von allen Seiten Hiebe auf diese Sorte Flottenpropaganda hernieder. Die Abgg. Müller-Sagan, Erzberger, Korfanth, Schöpplin, Dahlem und Vebel brandmarkten den Mißbrauch der Schule zur Flottenagitation, der in laudenden Fällen dazu führe, einen sehr scharfen Gegenlag zwischen Elternhaus und Schule zu schaffen. Zur Kennzeichnung der Tätigkeit der Flottenvereinsagitatoren wurde darauf verwiesen, daß diese Herrschaften sich nicht entblöden, die deutsche Flotte in der tollsten Weise herabzusetzen, um für ihre Verheerungen auf kolossale Flottenvermehrung zu propagieren. In Oberhessen hat man Arbeiter vorgebetet, die Flottenpetitionen bezwecken eine Regelung der Knappschaftsverhältnisse usw. Staatssekretär v. Tirpitz gab diese Auswüchse der Propaganda preis. Im übrigen aber spendete er der Tätigkeit der Flottenvereins Anerkennung. Als Anwälte des Flottenvereins traten die Abgeordneten Liebermann v. Sonnenberg und Zaimann auf. — Bei der Forderung von 6184876 M. für Verpflegung und Stellszulagen aller Art wurde festgestellt, daß die Admirale während ihrer Anwesenheit in den Kriegshäfen 30 Mark, bei Fahrten in den heimischen Gewässern 38 Mark und beim Geschwader im Ausland 60 Mark Tafelgelder pro Tag erhalten; andere Offiziere jezt 8 Mark, früher aber nur 3 Mark. Die Marineverwaltung verteidigte diese Sätze mit den Repräsentationspflichten speziell der Admirale. Weiter teilte der Staatssekretär mit, daß in nächster Zeit vom Reichstag eine neue Kaiserjacht als Ersatz für die „Hohenzollern“ gefordert werde. Abg. Genosse Hue brachte zur Sprache, daß in einer vom Werkarbeiterverband herausgegebenen Denkschrift den Werkverwaltungen große Verwendung von Materialien und mangelhafte Arbeit vorgehalten wird. Ein Kommisär versuchte diese Angaben zu entkräften, versprach aber eine Prüfung der erhobenen Anklagen. — Heute Fortsetzung der Beratung.

Handbuch für das Abgeordnetenhaus. Im Verlage von W. Möser, Berlin, ist ein Nachtrag zu dem im Jahre 1904 herausgegebenen Handbuch für das preussische Abgeordnetenhaus erschienen. Aus dem Inhalt hervorzuheben sind die seit der allgemeinen Neuwahl im Herbst 1903 eingetretene Veränderungen im Mitgliederbestande und die hierdurch und sonst noch notwendig gewordenen Veränderungen und Nachträge zu den Lebensbeschreibungen der Volksvertreter. Ferner sind die ähnerst knapp und überflüssig gehaltenen Finanzstatistischen Tabellen bis auf die neueste Zeit weitergeführt worden. Das Verzeichnis kostet 90 Pf.

Aus der Partei.

Wenn die Knospen schwellen, scheint auch staatsanwaltschaftlicher Tatendrang sich zu entfalten. So hatte auch die Staatsanwaltschaft in Hirschberg eine Aufreizungsaktion in die Wege geleitet. Zuerst wurde Genosse Kasparek unter Anklage der „Aufreizung zu Gewalttätigkeiten“ gestellt. Nach kurzer Zeit wurde dem Genossen Albert in Breslau avisiert, daß auch gegen ihn die rührende Göttin mobil sei. Und das, obwohl als einziger Verantwortlicher Kasparek auf dem Flugblatt verzeichnet stand! Nachdem man nunmehr Albert genügend Schereien bereitet, ihn vor den Untersuchungsrichter zitiert um, sah sich jetzt am 3. März der Staatsanwalt gezwungen, das Verfahren gegen den Genossen Albert einzustellen. Gegen den Genossen Kasparek scheint jedoch das für den Ankläger völlig unsichtbare Verfahren seinen Fortgang zu nehmen.

Auf 22 000 Mitglieder hat es unsere Parteiorganisation in Hamburg gebracht. Das ist im Verhältnis zur Stärke der Partei keine übermäßige Prozentziffer, aber unverkennbar ist der große Fortschritt; vor 10 Jahren waren erst circa 9000 Mitglieder vorhanden.

Der Parteitag der holländischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei findet wie alljährlich an den Osterferien und zwar zu Utrecht statt. Die von den Abteilungen und dem Parteivorstande gestellten Anträge betreffen: Eine Frage Troelstra-Corier (Kalkstrage); Organisation (Statuten- und Reglementsänderung in bezug auf die städtischen und ländlichen Parteiföderationen; Regulierung der Mitgliederbeiträge (können Parteimitglieder Mitglied einer Internerorganisation sein?); Propaganda; Kooperation; das allgemeine Wahlrecht (Franzosenwahlrecht; Wahlrechtsbewegung; Teilnahme an letzterer seitens der Gewerkschaften und des niederländischen Gewerkschaftsverbandes; Aufhebung des niederländischen Komites für allgemeines Wahlrecht); Arbeitsgesetzgebung (gesetzlicher Lebenslohn; Unfallversicherung; Arbeitslosenfrage); Verfassungsänderung (Forderungen der Partei bei derselben); die Schulfrage; Propaganda gegen den Militarismus; die Partei-Monatschrift „De Nieuwe Tyd“ und das Parteiorgan „Het Volk“ (Ausfaltung sog. persönlicher Polemiken; Einführung einer demokratischen Re-

**Daktion an Stelle der bisherigen Zeitung unter einem Hauptredakteur; Erniedrigung des Abonnementspreises; Agrarische Frage.** — Ferner beantragt der Parteivorstand, daß 1. in Zukunft nicht mehr die Abteilungen, sondern die ganze Partei die holländischen Delegierten zu den Internationalen Kongressen durch Partei-Referendum und 2. daß die holländischen Mitglieder des Internationalen Bureaus nicht mehr durch den Parteivorstand angewiesen, sondern ebenfalls durch Partei-Referendum in dem auf einen Internationalen Kongress folgenden Jahre gewählt werden.

## Soziales.

### Jahresversammlung der Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten.

Die Deutsche Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten hält ihre diesjährige Jahresversammlung in Berlin am 11. März, mittags 12 Uhr, im Bürgercafé des Rathauses ab.

Anlaß zu dem ersten Thema der Tagesordnung hat das Erkenntnis des Oberverwaltungsgerichts gegeben, welches die Rechte der Krankenkassen zur Teilnahme an hygienischen Bestrebungen einzuschränken geeignet ist. Der Geschäftsführer der Ortskrankenkasse der Kaufleute in Berlin, Albert Kohn, soll im Anschluß an das Erkenntnis über die Frage referieren: „Dürfen Krankenkassen hygienische Kongresse besuchen?“ Professor Reisser ist Referent über den wichtigen Antrag des schlesischen Zweigvereins: eine erneute statistische Erhebung über die venerischen Krankheiten in Deutschland. Von hohem Interesse ist ferner der Antrag des Vorstands auf Einführung einer Sachverständigenkommission, die nach dem Vorgange Frankreichs über die Aenderung und Aufhebung der Reglementierung beraten soll. Als Vortragender ist der Generalsekretär der Gesellschaft, Dr. Blaschke, genannt.

Der deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten können auch Krankenkassen als Mitglieder beitreten. Eine rege Beteiligung der Massen und der Ärzte an diesem Verein liegt im sozialen Interesse, das eine energische Bekämpfung der so verbreiterten wirkenden Geschlechtskrankheiten durch Erforschung ihrer tiefen liegenden Ursachen, durch Aufklärung über die Gemeingefährlichkeit der Krankheiten und durch schnelles Eingreifen im Erkrankungsstadium erfordert.

**Heberlastung des Berliner Kaufmannsgerichts.** Die Notwendigkeit der Errichtung von Kaufmannsgerichten zur Geltendmachung der Rechte der Verletzten wird schlagend durch den Andrang zu diesen Gerichten bewiesen. In Berlin besteht das Kaufmannsgericht noch kein Jahr. Vor seiner Errichtung gehörten Klagen zwischen Angestellten und Chefs zu den Seltenheiten, weil man schon der Kostenhöhe und der Langwierigkeit halber vor einem Prozeß zurückschreckte. Jetzt ist das Kaufmannsgericht, trotzdem es mehrere Kammer hat, die sehr fleißig und schnell arbeiten, bereits so überlastet, daß zwischen der Einreichung der Klage und dem ersten Termin (Sühnetermin) in der Regel ein längerer Zeitraum als ein Monat liegt. Es ist deshalb die baldigste Errichtung noch weiterer Kammern dringend erforderlich. Das Kaufmannsgericht kann seinen Zweck nicht erfüllen, wenn der Verhandlungstermin (zweite Termin) in längstens einer Woche nach Einreichung der Klage angesetzt wird.

**Zur Lage der Handwerker in der Seidenindustrie.** Vom Niederrhein wird uns geschrieben: Vier unten am Niederrhein, in zahlreichen Orten der Kreise Arefeld, Kempen, W. Gladbach und Kleve-Geldern hört man noch in den niedrigen Häusern den Handweber klappern. Vielfach hört man die Anstöße äußern, daß die Hausweber keine Bedeutung mehr hat, weil der mechanische Webstuhl den Handstuhl verdrängt habe. Diese Ansicht ist irrig. Denn nach der letzten Statistik waren allein im Handelskammerbezirk Arefeld noch 3953 Handstühle im Betrieb. Zu 80 Proz. wird auf diesen Stühlen Seide verwebt, während auf den übrigen Webstühlen Samt und Samtband hergestellt wird. Diejenigen der Weber, die Samt- und Samtband machen, haben noch einen ziemlich auskömmlichen Verdienst, doch miserabel, wahre Hungerlöhne werden den übrigen Webern gezahlt. Nur eine geringe Anzahl Seidenweber sind in der Lage, 9 M. pro Woche zu verdienen, es gehört eine große Fertigkeit dazu, diesen Lohn bei täglich 16- bis 17 stündiger Arbeit zu erzielen. Durchschnittlich wird das Einkommen der Hausweber auf 300 M. jährlich berechnet. Doch gehen von der „großen“ Summe noch bestimmte Ausgaben für Vorarbeiten ab. Die Beiträge für die Krankenkasse und Invalidenversicherung haben die Gemeinden übernommen, einestheils weil die Weber tatsächlich nicht in der Lage sind, dieselben zahlen zu können, dann aber auch, um den Unternehmern entgegenzukommen. Eine Gemeinde um Kreise Kempen lehnte es ab, die in dem Orte ziemlich hohen Beiträge zu übernehmen; da erklärte der in Betracht kommende Fabrikant, er würde keine Arbeit mehr nach dem Orte geben, die Beiträge seien ihm zu hoch. Stöhnt nun der Gemeinderat seinen Beschluß nicht um, so sind die Weber gezwungen, von dem erbärmlichen Lohn auch noch die ganzen Beiträge zu zahlen. Das Glend in einer solchen Weberfamilie kann sich ein Ungewöhnliches gar nicht vorstellen. Wir sind überzeugt, daß die Verhältnisse in den schlesischen Weberbezirken nicht schlimmer sind. Daß sich die Weber selbst aufraffen, um eine Verbesserung ihrer Lage anzustreben, ist ausgeschlossen. Diese Leute sind total verelendet und finden sich zumeist fatalistisch in ihr Geschick. Ohne Hilfe von außen kommen sie aus ihrer jetzigen Lage nicht mehr heraus. Ausgeschlossen ist aber auch, daß die Kommunen ernstlich helfend eingreifen; deren Hilfe geht über die Gewährung einiger minderwertiger Unterzulagen gar nicht hinaus. Wären aber die Gemeinden zu einer tatkräftigen Hilfe wirklich in der Lage, so würden die maßgebenden Personen in den Verwaltungen nicht den Willen zur Ausführung haben. Denn die Unternehmer, die die billige Arbeitskraft der Hausweber benötigen, um auf dem Weltmarkt gegen den Konkurrenz der Konfekturiers, sind viel zu sehr verknüpft mit den oben genannten Leuten. Hier muß die Gesetzgebung eingreifen, und so lange dieses unterbleibt, vegetieren und hungern die Seidenweber am Niederrhein weiter. Die Annahme des von der sozialdemokratischen Fraktion zum Schutz der Heimarbeit beantragten Versicherungszwanges ist für die hiesigen Verhältnisse außerordentlich notwendig.

## Aus Industrie und Handel.

### Preßkorruption.

Preßkorruption ist ein Stück Geschichte des Kapitalismus. Dieser ist der Nährboden jeder Korruption und die gesamte bürgerliche politische Presse, ganz gleich unter welcher Firmierung sie ihr Wesen treibt, ist mehr oder minder von dem Sündenbazillus infiziert. Mancher hält den Zustand für gesund und findet nichts dabei, sich unter irgend einer Form mit einem „Blauen“, einem „Braunen“ oder noch besser, mit dergleichen Lappen im Plural bescherten zu lassen für Dienste, die man bei der Suche nach solchen, die nicht alle werden, geleistet hat. Und die Börsenjournalistik ist ein besonders schlagfertiger Boden. Manche Blätter sind bekannt als von bestimmten Spekulanten und Interessentengruppen abhängig, ihnen dienstbar. Geschäft ist Geschäft! Der Begriff, wo erlaubtes Geschäft aufhört und der Schwindel anfängt, ist für die Interessenten sehr dehnbar. Wer durch geschickte Manipulationen, die von der Abicht ausgehen, anderen eine bestimmte Meinung zu suggerieren, die den realen Tatsachen nicht entspricht, auf Kosten der Leichtgläubigen sein Portemonnaie füllt, hält sich, so lange er noch keine fidermen Vögel gestohlen hat, für einen ehrlichen Kerl. Mancher Börsenjournalist hält unbedenklich bei der Korrektur des Glucks, er betrachtet das als sein Handwerk, als sein Geschäft; er kann dabei sogar so ehrenhaft sein, daß er sich dafür nicht extra honorieren läßt. Und die armen Teufel, die oft die Tragweite der

Manipulationen, zu denen sie sich mißbrauchen lassen, gar nicht übersehen, und deshalb keine moralischen Regungen auslösen, wer will sie unbedingt verurteilen? Wer das will, muß alle Vorkriegsstände, jede Spekulation, die nicht der Regelung des Warenmarktes dienen, in das Urteil einschließen. Ja selbst diejenigen, die gewissenhaft sich mit dem Schein des Wiederwärtigen umgeben, als über jeden Zweifel erhabene unbestechliche Tugendwächter und Richter sich aufspielen, und trotzdem bei Gelegenheit stolpern und mit „vornehmer Eleganz“ zu Fall kommen, haben als Entschuldigende die korrumpierende Wirkung des kapitalistischen Systems für sich. Gelegenheit macht Diebe! Und so kann auch Maximilian Harden, der von der hohen Warte der Unbestechlichkeit gegen die Manöver der Börsenjournalistik zu Felde zog, sagen: ich zähle ein Heer von Diebclern und Pharisäern. Er hat ein Geschäft gemacht, wie viele andere. Für die Berliner Handelsgesellschaft führte er als Ritter sonder Furcht und Tadel einen Preßfeldzug. Und von der Gnadenform dieser Gesellschaft bestrahlt, machte er ein feines, reguläres Vorkriegsständchen. Als Börsen-Sittenwächter hat er nun ausgespielt, aber nicht weil er ein Geschäft machte, sondern nur weil er dabei erwisch wurde. Das ist eine Sünde, die die kapitalistische Moral am schärfsten verurteilt.

**Dresdner Bank.** Nach dem in der Aufsichtsratsitzung vorgelegten Bericht beträgt für das abgelaufene Geschäftsjahr der Bruttogewinn einschließlich 78 678,25 M. Vortrag aus dem Vorjahre 29 207 214,90 M. (im Vorjahre 23 950 621,10 M.). Nach Abzug von 7 606 658,20 M. (im Vorjahre 6 625 320,65 M.) Handlungs- und Kosten und Steuern, ferner von 4 692,55 M. Abschreibung auf Konto-Korrent-Konto, von 271 305,55 M. Abschreibung auf Mobilien-Konto und des vertragsmäßigen Gewinn-Ausgleiches an den A. Schaaffhausenschen Bankverein von 253 422,55 M. (im Vorjahre 319 511,60 M.) verbleibt ein Reingehalt von 20 981 136,05 M. (im Vorjahre 16 685 016,65 M.). Der Gesamtumsatz auf einer Seite des Hauptbuches stellte sich auf 53 211 002,40 M. gegen 38 430 244,90 M. in 1904. Die Zahl der bei der Bank geführten Konten auf 65 546 gegen 58 472 in 1904. Die Zahl der Angestellten belief sich am Jahresabschluß auf 2237 gegen 1866 im Jahre 1904. Das Erträgnis des Kontos „Dauernde Beteiligungen bei fremden Banken“ ist in dem Bruttogehalt nicht enthalten, da die auf dieselben entfallenden Dividenden pro 1905 im vollen Betrage der Verrechnung im nächsten Jahre vorbehalten sind. Die von dem preussischen Fiskus für den Ankauf von Gibernia-Aktien gezahlte Vergütung ist auf Effektenkonto verrechnet worden. Unter den Effekten und den Kontraktbeständen sind circa 40 Millionen Mark nom. festverzinsliche Anlagewerte enthalten. Der auf den 31. März d. J. einzuberufenden Generalversammlung soll vorgelegt werden, 1 000 000 M. auf Bankgebäude abzuschreiben, 213 773,35 M. dem Pensionsfonds zuzuführen, der dadurch auf die Höhe von 2 350 000 M. gebracht wird, den Reservefonds B mit 1 350 000 M. zu dotieren, so daß er die Höhe von 8 350 000 M. erreicht, und eine Dividende von 8 1/2 Proz. zur Verteilung zu bringen. Nach Abhebung der vertragsmäßigen Zantimen, sowie der Gratifikationen an die Beamten verbleibt alsdann ein Saldo von 71 405,70 M. zum Vortrage auf neue Rechnung.

**Hamburg wird industriell.** Unter der Firma „International Metal Company“ ist eine Gesellschaft gegründet, die bei Hamburg eine große Zinkhütte, deren Produktion auf 15-20 000 Tonnen berechnet ist, errichten will.

**Unschuldig wie die Lämmer,** so schreibt man uns, gebärden sich unsere Agrarier, wenn die verhängnisvollen Konsequenzen ihrer Politik irgendwo zutage treten. Wie der „Deutschen Tageszeitung“ mitgeteilt wird, sind die Schuhmacher neuerdings mit ihren Preisen in die Höhe gegangen unter der Angabe, „daß der neue Zolltarif das Leder verteuert habe“. Das Wort bemerkt entsetzt, „daß es sich dabei um eine planmäßige Waise handelt“ und fordert die Konsumenten auf, „sie mögen sich von ihren preissteigerungslustigen Lieferanten nicht ein so einfältiges Märchen aufbinden lassen“.

Die Herren Agrarier haben so vollständig vergessen, daß der neue Zolltarif für die wichtigsten Gerbstoffe, insbesondere für Quebrachholz, aber auch für die meisten anderen Gerbstoffe der Position 94 die bisherige Zollfreiheit durch einen Einfuhrzoll von 20 M. auf die Tonne ersetzt hat, das bedeutet für Quebrachholz eine Vertenerung von 200 Proz., für die anderen Gerbstoffmaterialien von 100-200 Proz. des Warenwertes und für eine große Lederfabrik eine Mehrausgabe von unter Umständen mehreren hunderttausend Mark im Jahre.

**Wendelsohn hilt!** Herr v. Wendelsohn vom gleichnamigen Berliner Bankhause ist, wie die „Daily News“ meldet, in Petersburg eingetroffen. Seine Ankunft in der russischen Hauptstadt steht dem Vernehmen nach mit der Aufnahme einer neuen russischen Anleihe im Zusammenhang, da die Verhandlungen mit den französischen Bankiers ergebnislos verlaufen seien. — Natürlich, wenn den Franzosen die Russenfreundschaft unangenehm wird, wenn sie ein Paar in der Butter finden, dann wird der deutsche Nischel in Gnaden aufgenommen, er darf seinen Bestel leeren. Er wird es tun, wenn Wendelsohn sich nicht doch berechnen hat.

**Judischer Boykott gegen englische Waren.** Am Sonntag nacht haben, wie der „Daily News“ aus Kollutta telegraphiert wird, in der genannten Stadt und deren Vororten 20 Versammlungen stattgefunden, die von circa 50 000 Personen besucht waren. Die Versammlungen beschloßen, englische Waren bis auf weiteres zu boykottieren. Aehnliche Beschlüsse wurden an vielen anderen Orten des Landes gefaßt.

## Aus der Frauenbewegung.

### Zur Frauen-Wahlrechtsbewegung in Schweden.

Die schwedischen Frauenorganisationen haben eine Massenpetition in Umlauf gesetzt, um jetzt, wo die Entscheidung über die Reform des Wahlrechts zur zweiten Kammer bevorsteht, Regierung und Reichstag zu veranlassen, zugleich die Einführung des politischen Frauen-Wahlrechts zu beschließen. Die Petition war bis Anfang März bereits von 10 506 Personen unterzeichnet, obwohl mit dem Sammeln von Unterschriften in verschiedenen Bezirken des Landes erst Mitte Februar begonnen werden konnte.

Diese Frauen-Wahlrechtsbewegung schließt gegenwärtig die Gefahr in sich, daß sie der ersten Kammer willkommene Veranlassung gibt, die große Wahlrechtsreform, für die Jahrzehnte lang gekämpft wurde, nochmals hinauszuschieben. Um dies zu verhindern, hat Staatsminister Staf abgelehnt, zurzeit einen Vorschlag auf Einführung des Frauenwahlrechts einzubringen, und damit hat sich auch der Vorsitzende der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, Genosse Wranting einverstanden erklärt. Nun hat sich dieser Tage eine Frauendeputation an die gesamte sozialdemokratische Reichstagsfraktion gewandt, um sie zu veranlassen, gleichzeitig mit der Ausdehnung des Wahlrechts für Männer das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht für Frauen zu fordern. Die Fraktion hat sich jedoch einstimmig der Auffassung Wrantings angeschlossen und unter anderem auf das Verlangen der Frauen geantwortet:

„Für eine solche Politik wollen wir bei der gegenwärtigen Lage der Wahlrechtsfrage nicht die Verantwortung auf uns nehmen, da nach unserer Überzeugung eine Wahlrechtsreform, die den Arbeitern einen wesentlich größeren Einfluß auf das Staatswesen geben soll — auch durch die Verbesserungen, die wir zum Regierungsentwurf noch vorschlagen werden — eine wirksame Vertretung der übrigen wichtigen Reformforderungen unseres Programms, darunter auch die des allgemeinen Wahlrechts der Frauen, wesentlich erleichtern wird.“

**Der Tod einer bedeutenden Frau.** Im Alter von 74 Jahren ist am 5. März in Florenz Frau Jessi White Mario, die Witwe des bekannten Republikaners und Freiheitskämpfers Alberto Mario gestorben. Sie war eine tüchtige und tapfere Frau, die nie von der republikanischen Ueberzeugung ihrer Jugend abgewichen ist. Als junge Frau hat sie sich durch ihre Tapferkeit und Aufopferung als Pflegerin der Verwundeten in den Schlachten für die italienische

Freiheit hervorgetan. Sie war die Seele der ganzen Hilfsaktion während der Befreiungskämpfe, Freundin Garibaldis und Mazzinis, die von beiden mit größter Achtung und geschätzten Respekt behandelt wurde. Unter den zahlreichen Werken, die Jessi White Mario hinterläßt, sind ihre Biographien dieser beiden Großen die bedeutendsten. Trotz ihres hohen Alters hat Frau White Mario bis zu ihrer letzten kurzen Krankheit als Lehrerin der englischen Literaturgeschichte am Florentiner Lehrerinneninstitut gewirkt. Die Leiche wird auf Wunsch der Verstorbenen eingäschert und ohne religiöse Feierlichkeit beigesetzt.

**Groß-Viehfeld-Landw. Montag, den 12. März er., abends 8 1/2 Uhr,** Vortragsabend des Frauenvereins. Schriftsteller Genosse Stämpfer: „Negationen“. Gäste willkommen. Pünktliches Erscheinen erbeten.

**Vorhwalde-Tegel.** Der hiesige Frauen- und Mädchen-Bildungsverein hielt am Mittwoch, den 7. März, in Vorhwalde im Lokale von Rube seine Generalversammlung ab. Die Vorsitzende erstattete den Vorstandsbericht. Im letzten Halbjahre fanden 6 Vereinsversammlungen und 12 Vorstandssitzungen statt. Der Verein zählt jetzt 88 Mitglieder. Der Kassensbericht ergab eine Einnahme von 118,09 M., eine Ausgabe von 43,82 M., mithin verblieb ein Bestand von 74,27 M. Die Neuwahl des Gesamtvorstandes zeitigte folgendes Resultat: Frau Wilhelms-Vorhwalde erste, Frau Wiegand-Tegel zweite Vorsitzende, Frau Kienast-Vorhwalde Kassiererin, Frau Canade-Vorhwalde Schriftführerin, Frau Kohn-Vorhwalde Beisitzerin und Frau Kobl-Tegel, Frau Böttcher-Tegel, Frau Nadow-Vorhwalde Revisorinnen. Sodann wurde bekannt gegeben, daß nur noch in außerordentlichen Fällen durch Handzettel zu Versammlungen eingeladen wird. Die Vereinsversammlungen finden regelmäßig alle 14 Tage Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, abwechselnd in Tegel bei Schmidt, Schlieperstr. 64, und in Vorhwalde bei Rube, Ernststr. 8, statt. Neuaufnahmen werden in allen Versammlungen vollzogen. Die Bekanntgabe der Vereinsversammlungen erfolgt im „Vorwärts“ unter „Frauenbewegung“.

## Gerichts-Zeitung.

**Attentat auf einen Staatsanwalt.** Am 31. Januar wurde am Landgericht München I der 28 Jahre alte, vielfach vorbestrafte Metzger Franz Börsching wegen Diebstahls zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt. Während sich der Gerichtshof zur Verurteilung des Urteils zurückgezogen hatte und der zweite Staatsanwalt Dr. Müller die Vorführungsnoto unterschrieb, sprang der Angeklagte auf, ergriff einen auf dem Gerichtstisch liegenden vier Pfund schweren Maurerhammer und schleuderte ihn mit aller Wucht mit den Worten: „Du ganz gemeiner Kerl, da hast a Schmeiß“, nach dem Kopfe des Staatsanwalts. Der Staatsanwalt sprang auf und wurde nur leicht an der Seite getroffen. Sieben Schutzleute bemüht sich nun, den Angeklagten zu fesseln. Sie hatten hierbei mit dem Widerstand des wie rasend um sich schlagenden Angeklagten zu kämpfen, blieben aber Sieger. Am Dienstag hatte sich Börsching wegen dieses Widerstandes und der an dem Staatsanwalt verübten Körperverletzung vor dem Landgericht München I zu verantworten. Er wurde durch drei Schutzleute vorgeführt und blieb während der Dauer der Verhandlung gefesselt. Nach Verlesung des Gröffungsbeschlusses lehnte B. den Gerichtshof wegen Besorgnis der Befangenheit ab, weil der Gerichtshof damals Zeuge seines Angriffs gewesen sei. Dieser Antrag wurde, weil erst nach der Verlesung gestellt, zurückgewiesen und Börsching neuerdings zu 6 Jahren Gefängnis verurteilt. Bei seiner Abführung nach Zuchthaus, trotzdem er durch drei Schutzleute eskortiert wurde, mit dem Kopfe durch das Fenster einer Korridorüre, wodurch er sich einige blutende Wunden zuzog.

Das Urteil ist ein ungeheures. § 118 Str.-G.-B. lenkt als Höchststrafe wegen Widerstandes gegen einen Beamten 2 Jahre Gefängnis. Die Höchststrafe für Körperverletzung beträgt 3 Jahre (§ 223 Str.-G.-B.). Bei Zuerkennung mehrerer Strafen ist eine Verabfolgung der zusammengezogenen Strafen durch das Gesetz geboten. Das Urteil entspricht dieser Vorschrift nicht. Es hat auf die Maximalstrafe, die wegen Majestätsbeleidigung zulässig ist, wegen einer geringfügigen Körperverletzung und eines erklärlichen, kaum strafbaren Widerstandes erlaunt. Abgesehen von der außerordentlichen Höhe der Strafe drängen sich bei dem Bericht über die Verhandlung die Fragen auf: war der Täter zurechnungsfähig? und: welches waren die Gründe, die den Angeklagten auf den Weg der Strafe drängten? Beide Fragen scheinen unerörtert geblieben zu sein. Und doch ist gerade die Frage nach der Ursache der Vergehen die im Interesse der Gesellschaft und im Interesse der möglichsten Beseitigung solcher Ursachen wichtigste. Es ist leicht, sich an die Verurteilung zu schlagen und zu sagen: seht, ich bin nicht so einer, wie jener auf der Anklagebank, das ist ein schlechter Kerl, fort mit ihm ins Zuchthaus. Ist es so ungeheuer, daß ein Mensch, dem die Gesellschaft nichts als Gefängnis und Zuchthaus zu bieten weiß, darüber empört ist und glaubt, gegen den vermeintlichen Urheber seiner Strafen vorgehen zu müssen? Weicht der noch so häufig Verurteilte nicht ein Mensch, der vielleicht mit Recht sagen darf: was ich geworden, bin ich durch die Gesellschaft geworden, deren Ungerechtigkeit mich in den ersten Konflikt mit dem Strafgesetz gebracht hat, geworden durch Gefängnis und Zuchthaus, die mich noch widerstandsunfähiger für den Kampf ums Dasein gemacht haben: wäre Euch das Lebenslos beschieden, das die Gesellschaftsordnung mir zuerteilt hat, Ihr wäret nicht besser, vielleicht um vieles schlechter als ich. Wenn ich wegen der hohen Strafe verzweifelt zum Wurf mich anschickte, so solltet Ihr das Menschliche in mir ehren, das dagegen rebelliert, daß die Gesellschaft keine bessere Hilfe für einen für den Kampf ums Dasein Hülflosen kennt, als ihn einzusperrn und ihn zur Arbeit zu zwingen, um die er vergeblich in der Freiheit sich bemühte.

**Wann ist der Arbeitsvertrag geschlossen?** Der Schriftfeger J. war am 17. Januar erkrankt. Bis dahin stand er unter Kündigungsausschluß bei der Firma Kränzel a. Stroß. Nach vierwöchentlicher Krankheit, am Sonnabend, den 17. Februar, kam J. ins Geschäft und erklärte, daß er gesund sei und am Montag arbeiten könnte. Der Chef erwiderte, er wisse noch nicht, ob er ihn am Montag wieder einstellen können; er würde aber bestimmt Bescheid geben. Da am Sonntag nichts eintraf, so verließ J. Montag früh 1/8 Uhr seine Wohnung und begab sich in die Druckerei, um zu arbeiten, ohne indessen beschäftigt zu werden. Nach dem Verlassen der Wohnung, mit der ersten Post, traf dort eine am Sonntag abgekandte Karte ein, worauf mitgeteilt wurde, daß die Firma bedauere, von dem Arbeitsangebot J.'s keinen Gebrauch machen zu können. — J. verfluchte die Firma beim Gewerbegericht und beantragte 5 M. Lohn für den fraglichen Montag, an dem er infolge des zu spät eingetroffenen Bescheides vergeblich nach der Druckerei ging.

Die Kammer 8 des Gewerbegerichts verurteilte dieser Tage die Firma zur Zahlung des Tagelohnes von 5 M. und führte Begründend aus: Im einen Schadenersatz handele es sich hier nicht, wohl aber um einen Vertragsanspruch. In Betracht kämen die Bestimmungen des dritten Titels des Bürgerlichen Gesetzbuches über Verträge. Der einem A n w e i s e n d e gemachte Antrag auf Schließung eines Vertrages könne nach § 147 nur sofort angenommen werden. Als der Kläger am Sonnabend, den 17. Februar, den Antrag auf WiederEinstellung am Montag persönlich gestellt habe, sei also dieser Antrag vom Beklagten abgelehnt worden, da dieser ihn nicht annahm. Indessen habe Beklagter gesagt, er werde dem Kläger mitteilen, ob er am Montag auf seine Arbeit reche. Das sei eine neue Offerte, ein Angebot diesmal seitens des Beklagten. Den versprochenen Bescheid hätte er bereit erteilen müssen, daß er rechtzeitig eintraf. Benutzte er die Post, wie hier, so hätte er ihn so rechtzeitig der Post übergeben müssen, daß er bei regulärer Bestellung rechtzeitig in die Hände des anderen gelange. Konnte der Bescheid erst am Sonntag feststellen, so hätte er die Nachpost oder einen Boten benutzen müssen. Denn er hätte damit rechnen müssen, daß eine gewöhnliche Postkarte, die Sonntags abgeschickt wurde, frühestens mit der im Winter gegen 8 Uhr ausgetragenen ersten Post begin

Kläger anfragen konnte, das heißt zu einer Zeit, wo er schon weg sein mußte, wollte er zum Arbeitsbeginn in der Druckerei sein. Beim Nichtentfalten des Bescheides habe Kläger annehmen können, er solle arbeiten kommen. So habe er mindestens das vertragsmäßige Recht auf Beschäftigung an dem einen Tage erlangt und, falls er nicht beschäftigt wurde, auf den Lohn für den einen Tag.

**Todesurteil bestätigt.** Das Oberkriegsgericht in Posen verwarf die von den Soldaten Geppert und Kosinski gegen das Urteil des Kriegsgerichts vom 13. Januar eingelegte Berufung. Das Kriegsgericht hatte als erwiesen angenommen, daß die Angeklagten an dem Aderbürger Glava Raubmord, an dessen 20-jährigen Sohn Ludwig Raubmordversuch begangen hätten. Vor dem Oberkriegsgericht legten die Angeklagten ein ausführliches Geseändnis ab, das der von uns wiedergegebenen Schilderung des Sachverhalts durch Ludwig Glava entsprach. Die Verteidiger plaidierten trotzdem aus juristischen Gründen auf Zurückweisung der gemeinlichlichen Klage.

## Verfammlungen.

**Berichtigung.** In Nr. 56 des „Vorwärts“ vom Donnerstag, den 8. März, ist unter „Verfammlungen, Erster Wahlkreis“ dem Berichterstatter ein Irrtum unterlaufen, um dessen Richtigstellung der Unterzeichnete bittet. Genosse Peterburgs beantragte: „Die Generalversammlung des 1. Berliner Wahlkreises erklärt sich gegen den Boykott der Philharmonie, weil er zwecklos ist und nur der sozialdemokratischen Arbeiterkraft schadet.“ Nach längerer Diskussion änderte er den Antrag dahin, derselbe solle dem Vorstande überwiesen werden; auch Genosse Weinacht schloß sich diesem Antrag an, jedoch nur die Minderheit stimmte diesem Antrag zu, die große Mehrheit stimmte dagegen und sprach sich somit für die Aufrechterhaltung des Boykotts aus, dies wurde ausdrücklich ohne Widerspruch aus der Versammlung vom Vorsitzenden festgestellt.

**In der Generalversammlung des Wahlvereins für den zweiten Wahlkreis** ist laut Bericht im „Vorwärts“ mitgeteilt worden, daß ich wegen längerer Krankheit in der Mitgliederliste gestrichen worden bin. Diese Mitteilung entspricht nicht den Tatsachen. Ich wohne seit Juni 1904 in Charlottenburg. Nach meinem Umzuge habe ich mich meines Wissens beim Wahlverein des zweiten Wahlkreises abgemeldet. Jedenfalls bin ich seitdem Mitglied des Charlottenburger Wahlvereins, wo ich bis heute meine Beiträge bezahlt habe, ebenso wie ich meines Wissens bis zum Termin meines Umzuges im zweiten Wahlkreise meine Beiträge entrichtete.

**Die Vereinigung der Musikinstrumentenarbeiter** nahm in einer außerordentlichen Mitgliederversammlung am 5. März Stellung zum 7. Kongreß der freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften. Nach einem einleitenden Referat Hoffners entspann sich eine längere Debatte über den Programmvorwurf, mit dem nicht alle Redner vollkommen einverstanden waren. Folgende Resolution wurde angenommen:

„Die Versammlung erkennt den Programmvorwurf der Geschäfts-Kommission infolgedessen an, als er immer noch genügend Raum bietet, noch weitere Annäherung an die Feinpolast-Resolution zu vollziehen. Die Versammlung erwartet, daß ihre Delegierten eine dementsprechende Stellung bei den Kongreßverhandlungen einnehmen und alles aufbieten, daß den deutschen Gewerkschaften die Richtschnur angewiesen wird, nach der allein der Kampf zur Aufhebung der heutigen Klassenherrschaft geführt werden kann.“

**Charlottenburg.** Am Dienstag, 6. März, hielt der sozialdemokratische Wahlverein im „Vollshaus“, Rosenstr. 3, eine Generalversammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende mit lauten Worten des verstorbenen Genossen Heinrich Jung, worauf sich die Versammelten zu Ehren des Verstorbenen von ihren Plätzen erhoben. Nachdem Genosse Stern einen mit großem Applaus aufgenommenen Vortrag über: „Das neue Schulgesetz und die proletarische“ als beste Gegenwehr bezeichnete Redner den Vorschlag aus der Landesliste. Von einer Diskussion über den Vortrag wurde der reichhaltigen Tagesordnung wegen Abstand genommen. Dafür aber wurde vom Genossen Gebert der Wunsch geäußert, in nächster Zeit einen Vortrag über das Thema: „Warum treten wir aus der Landesliste aus“ halten zu lassen. Zu Punkt 3, Statutenberatung von Prof. Berlin und des Kreisbesitzes Teltow-Deeslow-Charlottenburg gelangte daselbst mit unbedeutenden Änderungen zur Annahme. Verschiedenerlei wurde Beschlüsse darüber gefaßt, daß der Zentralverband der Parteigenossen nicht genügend Statutenentwürfe zur Verfügung gestellt habe und nur die Delegierten damit bedacht worden seien. Wegen die Aufnahme der sich Gemeldeten Gust. Schulz und Zeidler wurde Protest eingelegt, weil dieselben Affordmann seien und die Interessen der Arbeiterklasse unberücksichtigt ließen. Die Versammlung beschloß hierauf die Nichtaufnahme derselben. Zum Schluß wurde der Genosse Schläge für den Bezirk 2a als Bezirksführer bestätigt.

**Grünau.** In der am 3. März im Lokale „Wendenschloß“ stattgefundenen gut besuchten Versammlung hielt Genosse Dr. Borchardt-Charlottenburg einen Vortrag über: „Die Verfassung der preussischen Volksschule und die Stellung der Sozialdemokratie zu derselben“. Der Redner erntete für seine trefflichen Ausführungen lebhaften Beifall. In der Diskussion empfahl Genosse Weder durch Massenandrang aus der Landesliste das Schulverfassungsgesetz zu beantworten; es dürfte dies sicher die beste Maßregel gegen daselbst sein. Des weiteren forderte er die Versammelten auf, im Kampfe gegen das Dreiklassenwahlrecht unermüdlich tätig zu sein, denn nur durch die Veseitigung desselben werden derartige Gesetzespläne unmöglich. Genosse Regen bemängelte noch in drastischer Weise die Grünauer Gemeindefchule und wies nach, daß der Gemeindevorstand nicht lrische habe, die Einrichtungen derselben als musterhaft hinzustellen. Es fehle außerdem für die 386 Schulkinder eine Turnhalle, ferner sei eine Entlastung der unteren Klassen durch die Einstellung eines schon vor zwei Jahren versprochenen siedenden Lehrers erwünscht.

**Johannisthal.** Der Wahlverein hielt Dienstag, 6. März, seine Mitgliederversammlung ab im Lokale von Krüger. Der Genosse Diebner legte zunächst die Entwürfe des Kreisstatuts sowie den Organisationsplan dar, welche ohne Debatte einstimmig angenommen wurden. Nach der Wahl der Delegierten zur Kreisgeneralversammlung in Aderhof erstatteten die Gemeindevorsteher einen kurzen Bericht. Genosse Rabunke schilberte zunächst die geplante Teuerungszulage der Gemeindevorsteher und präzipierte unsere Stellung zu derselben in der Vertretung. Weiter teilte er mit, daß ja bekanntlich der Gemeindevorsteher Herr Hober gegen sich selbst das Disziplinarverfahren beim Landrat beantragt habe; positives sei aber nicht zu

erfahren. Bei der bekannten Selbstherrlichkeit des Vorstehers sei das auch natürlich. Bemerkenswert sei, daß auch der Vertrag mit dem Ingenieur Abel nicht verlängert werden dürfe. Genosse Dühring ergänzte den Bericht in verschiedener Hinsicht. Unter anderem wies er noch darauf hin, daß die Gemeinde immer noch keinen Friedhof besitze, sondern den verhältnismäßig weiten Weg nach Rudow zurücklegen müsse. Allerdings wäre von bürgerlicher Seite auf den Bau einer Kirche hingewiesen, das sei aber vorläufig nicht zu befürchten, denn ein geeignetes Mittel dagegen sei der bereits vom Vorstande in die Wege geleitete Massenandrang aus der Landesliste. Nach einer kurzen Diskussion über den gehörten Bericht, gibt der Vorsitzende die Namen von 14 neuauftretenden Mitgliedern bekannt, welche die Versammlung anerkennt. Weiter teilt der Vorsitzende mit, daß mit den Niederhöneweider und Rudower Genossen am 9 resp. 10. Juli im Lindenhof ein Sommerfest arrangiert werden solle. Am 17. März veranstalten Niederhöneweider Genossen ein Alpenfest in Hoeselwerder, woran sich die Genossen beteiligen möchten.

**Zentralverband der Handlungsgehülfen und Schülfrinnen Deutschlands** (Bericht Berlin). Freitag, den 9. März, abends 9 Uhr, in „Suggenbogens Resthause“, am Kottbusplatz: Öffentliche Versammlung. Tagesordnung: „Die Arbeitgeber des Kaufmannsgerichts auf der Anlagebank“. Referent: Reichstags-Abgeordneter Eduard Bernstein. Die Ortsverwaltung.

## Vermischtes.

**Ueber das furchtbare Unglück, welches die Ortschaft Tabernola am Iseosee heimgesucht hat, wird der „Post“ (Zg.) aus Brescia geschrieben:** Das Dorf Tabernola zählt 1000 Einwohner und liegt am Westufer des Iseosees in prächtiger Umgebung. Die freundlichen weichen Häuser, überragt von altertümlichen Türmen und umgeben von Oliven- und Rebenanpflanzungen, sind wohl jedem Besucher des Iseosees in Erinnerung. Schon vor zwei Jahren war nur ein kleiner Teil des Ufergebietes bei Tabernola in den See gestürzt, und man hatte deshalb an jener Stelle starke Zementmauern aufgeführt. Während der Nacht vom 2. zum 3. d. Mts. hörten die Bewohner von Tabernola ein schwaches unterirdisches Dröhnen, das sie einem Erdbeben zuschrieben. Doch fühlte sich niemand ernstlich bedrängt. Am nächsten Morgen standen der Bürgermeister Ludwig Sina und ein Fischer im Gebirge am Seeufer. Der Wasserspiegel war regungslos. Da plötzlich um 8 Uhr 45 Minuten bemerkt der Bürgermeister eine starke Bewegung in den Fluten und macht den Fischer darauf aufmerksam; dieser aber deutet auf die Uferpfähle, die sorgsamerweise seit jenem Tage in das Wasser stehen. Eine Sekunde später begann ein starkes Dröhnen und Rollen, und der Boden senkte sich. Die Häuser bebten, Aufse von entsetzten Menschen erschollen, und der See wälzte sich gurgelnd aufs Land, stutete jedoch größtenteils wieder zurück. Die unheimlichste und unerklärlichste Erscheinung war aber eine große weiße Staubwolke, die sich gleich nach dem ersten Getöse über Tabernola bildete. Niemand wußte, was eigentlich geschehen war; die meisten Leute dachten an eine Explosion. Inzwischen ließ der Bürgermeister in den Straßen ausrufen, alle Einwohner sollten fliehen, denn der Ort verfinke im See. Das Getöse hatte aufgehört, allein die entsetzliche Verwirrung und die Schreckensszenen, die nun folgten, lann niemand schildern. Die Villa Grasselli, die Apotheke und das Postamt waren in den See gestürzt, und mit äußerster Not hatten sich die Menschen aus den zusammenbrechenden Gebäuden ins Freie gerettet. Alles flüchtete bergan auf die nahen Hügel, während der Bürgermeister mit einigen Gendarmen zur Beobachtung des furchtbaren Phänomens zurückblieb. Allein der Abend brach herein und nichts hatte sich mehr wahrnehmen lassen. Trotzdem wagten sich die armen Leute nicht in ihre Häuser. Nur die Nonnen und Waisenmädchen des Institutes Vacciamatta lehrten in ihr Kloster zurück. Inzwischen ereignete sich auf dem See ein Unglück, welches die ersten Menschenleben forderte. Der Fischer Peter Genti und sein Sohn fuhren in einem Kahn zu ihrem am Ufer gelegenen Häuschen, um ihre Ersparnisse zu retten. Da bildete sich plötzlich ein Strudel, der den Kahn und die beiden Männer verschlang; der Sohn wurde später, tödlich verletzt, am Ufer gefunden, vom Vater sah man nichts mehr. Die Nacht vom dritten zum vierten war ruhig bis 3 Uhr früh. Da erneute sich auf einmal das Getöse wieder, und aufwirbelnd schlug das Seewasser gegen die noch stehenden Häuser. Die große Sptmneri Capuana stürzte krachend zusammen und unter schrecklichen Gefahren wurden die Nonnen und ihre Jöglinge von den Gendarmen gerettet. Gleich darauf barst das Kloster unter der heranbrausenden Flut; ein entsetzliches Gedrüll erfüllte die Luft. Die Nachrichten vom 5. d. M. lanten trostlos; der mit Trümmern und Möbelen aller Art bedeckte See durchwogt das ganze Dorf und kein Haus ist unbeschädigt. Verwunderlicherweise hat sich der Seeboden, wie eine Messung ergab, um 7 Meter gesenkt. Es handelt sich also um unterirdische Vorgänge.

## Eingegangene Druckschriften.

**S. Schreiber.** „Die Schützt sich der Kapitalist vor Verlusten an der Börse?“ Deutsche Verlagsanstalt „Patria“, G. m. b. H., Berlin, Köpplingerstraße 59. Preis 3 M.  
„Die Sturmflut ist aufgegangen“. 67 Seiten. Verlag, Deutsche Vereinsdruckerei und Verlagsanstalt Graz.  
**Dr. Anton Panuelos.** Bremen. Religion und Sozialismus. 32 Seiten. Preis 30 Pf. Verlag: Bildungsausschuß des Gewerkschafts-fortschritts. Kommissionsverlag: Buchhandlung der Bremer „Bürger-Zeitung“.  
**Dr. Jul. Bachem.** Allerlei Gedanken über Journalismus. 19 Seiten. Preis 60 Pf. Verlag Damer und Humblot, Leipzig.  
**Dr. v. Gagnow.** Der kleine Kräutlerarzt. 37 Seiten. Preis 30 Pf. Verlag „Hygieia“, Berlin N. 58.

## Briefkasten der Redaktion.

**H. S. 200.** Wenden Sie sich an die für Ihren Mann in Betracht kommende Gewerkschaftsorganisation am Wunsch. — **M. S. 34.** Persönliche Bemühung jedenfalls zweckmäßig. Bureau: Rathhaus, Zimmer 21.

## Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7<sup>1/2</sup> bis 9<sup>1/2</sup> Uhr abends statt. Gebühren: 7 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Umhabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt.  
**H. S. 2.** Bis zum 28. Februar ist Ihnen das Gehalt auszusahlen. — **H. S. 101.** Ein Eigentumsrecht an dem zurückgehaltenen Stoff steht Ihnen nicht zu. Sie dürfen über denselben nicht verfügen, können vielmehr lediglich Ihre Forderung eintragen und dann den Stoff pänden und verkaufen lassen. — **G. W. 1906.** 1. Ja. 2. Das ist möglich. 3. Nein. — **W. S. 93.** Wenn die Klage so arg ist, wie Sie das schildern, vor allem wenn der Wit die Versicherung ausdrücklich gegeben hat, so hat eine schlemmige Klage auf sofortige Aushebung des Vertrages und auf Schadenersatz Aussicht auf Erfolg. Die Klage

ist beim Amtsgericht anzustrengen, vorkam ist, unter Glaubhaftmachung der Richtigkeitsänderung eines halbjährigen Termines zu beantragen. — **G. R. 26.** Wenden Sie sich an die Unterstaatssekretariat des Reichsjustizministeriums. — **G. S. 101.** 11. Teil des Abrechens, Seite 97. — **R. W. 112.** Ist die Vereinbarung getroffen, so können Sie auf Zahlung der Rente bis zum 1. Juli mit Aussicht auf Erfolg klagen. — **S. W. 18.** — **C. S. 33.** Ja. — **H. S.** Soweit ohne Einhalt in die Statuten sich ersehen läßt, ist die Kasse im Unrecht. — **P. 18.** Dem Kinde fällt drei Viertel, der Witwe ein Viertel des Nachlasses zu, falls kein Testament vorliegt. — **Trieberg.** 1. Das Mitglied lann mit den gekauften Waren machen, was es will. 2. Simon Dachstr. 9. — **Ober-Schönweide.** Die Ablehnung der Konzeption ist möglich, aber unwahrscheinlich. — **M. 100.** Nein. — **S. P. 1.** n. 2. Ja. 3. Nein. 4. Die Klage ist an das Amtsgericht zu richten. 5. Ja. — **C. S. 1000.** Wenden Sie sich an das Bezirkskommando. — **S. 333.** Ob Ihre Heimatgemeinde Kapfene die erben hat, ist aus Ihrer Schilderung nicht zu ersehen, weil Sie weder angeben, ob und wann Sie oder Ihre Familie dort gewohnt haben, noch wo die Gemeinde liegt oder wie sie heißt. — **H. S. 42.** Solche Einrichtung ist und nicht bekannt, wahrscheinlich bezieht sie sich auf solche, die Unterstufung nicht empfangen. — **H. S. 155.** 1. und 2. Ja. — **S. S. 83.** Die Firma ist zur Lieferung verpflichtet. Bestimmte Anwälte, welche ihm zu empfehlen, lehnen wir grundsätzlich ab. — **S. P.** Die Marken können nachgeahmt werden, weil sie für eine kürzere Zeit als zwei Jahre rücksichtlich sind. — **C. S. 100.** Nein. — **C. W. 13.** Ohne Ansprüche aus der Versicherung halten Sie aufrecht, wenn Sie mindestens 20 Marken für je zwei Jahre haben. — **M. S. 100.** 1. Ja. 8. Proz. 2. Ja, der Einwand der Behinderung greift aber durch. — **M. S. 12.** Der Vormund soll sich vom Vormundschaftsgericht die protokolllarische Anerkennung geben und falls diese auch eine vollstreckbare Anerkennung rücksichtlich der Alimentenhöhe enthält, die Pfändung vornehmen lassen. Liegt ein vollstreckbarer Titel nicht vor, so müßte beim Amtsgericht Klage erhoben werden. — **Vormund 17.** 1. Dem außerordentlichen Erzeuger steht keinerlei Recht der Erziehung oder des Mitsprechens in die Erziehung des von ihm erzeugten Kindes zu. Darüber hat allein die Mutter und der Vormund eventuell das Vormundschaftsgericht zu befinden. 2. Seldelungsklage können Sie erheben. Ein Beispiel finden Sie in dem in den öffentlichen Bibliotheken ausliegenden „Arbeiterrecht“. Zur Erhebung der Klage können wir aber mit Rücksicht auf die Schwierigkeit des Beweises nicht raten.

**Wasserstand am 7. März.** Elbe bei Kalkßig + 1,33 Meter, bei Dresden + 0,62 Meter, bei Magdeburg + 3,18 Meter. — **Uhr zu bei Strahfurt + 2,90 Meter.** — **Oder bei Ratibor + 2,13 Meter,** bei Dresden Oberpegel + 5,06 Meter, bei Dresden Unterpegel — 0,52 Meter, bei Strahfurt + 1,69 Meter. — **Wesigel bei Strahmünde + 5,50 Meter.** — **Warthe bei Posen — Meter.** — **Reche bei Wß + 1,40 Meter.**

**Berliner Marktpreise.** Aus dem amtlichen Bericht der höchsten Marktschaffens-Direktion. Rindfleisch Ia 63—65 pr. 100 Pfund, Ia 64—62, IIIa 49—53, IVa 39—47. Kalbfleisch Ia 80—82, Ia 63—75, IIIa 54—60, Hammelfleisch Ia 60—71, Ia 54—60. Schweinefleisch 73—78. Rottweil 58, 58 bis 6,64. Dammild 0,55—0,68. Raminchen 2,80—0,90. Quaker, alte 2,15—3,25, junge 1,30—2,25, do. Ia 0,00—0,00. Tauben, junge 0,50—0,70, alte 0,40—0,45. Enten, Stück 0,00. Gänse, junge, pro Stück 3,00—5,00, russische 0,30—0,50 M. Schellfische 0,00—0,00 M. Runder 8—16 M. pro 100 Pf. Rechte 72—80, Schale 100; Kals, groß 00—00, mittel 00—00; Wägen 45—48, Wägen in Eis, große 25—28, kleine 18—22, Karpfen 67,00, Rheinlachs 675, Seelachs 20—25 M. pr. 100 Pf. Schottische Butter (gelblich) 40—44 M. Eier, Schaf 3,30—3,40. Butter pro 100 Pfund Ia 122—124, Ia 118—122, Ia 116—118, abfallende 110—115. Kartoffeln pr. 100 Pf. rote Daberische 2,00—2,20, mago, bon. 2,10—2,35, runde weiße 1,80—2,00. Weizenmehl pr. Schaf 0,00—0,00, Weistof pr. 100 Pf. 4,25—4,50, Weistof pr. Schaf 00—00, Weiz. 12—20 M. Sauer Gurken, Schaf 2,00 M., Pfeffergurken 2,00 M.

**Sozialdemokratisch. Wahlverein**  
des  
**6. Berlin. Reichstagswahlkreises**  
**Todes-Anzeige.**  
Am 6. d. M. verstarb unser Mitglied, der Maurer  
**Gustav Charles**  
Prenzlaue Allee 306.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 10. d. M., nachmittags 2<sup>1/2</sup> Uhr vom Trauerhause aus nach dem St. Georgenkirchhof in Weihensee (Köpenickerstr.) statt.  
Um zahlreiche Beteiligung ersucht  
248/00 Der Vorstand.

**Beerdigungsverein**  
**Berliner Zimmerleute.**  
Am 5. d. M. starb plötzlich im Alter von 70 Jahren unser Mitglied, der Zimmerer  
**Gottfried Heiligenstaedt**  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Freitag, den 9. d. M., nachmittags 3<sup>1/2</sup> Uhr, von der Leichenhalle des hiesigen Krankenhauses am Friedrichshagen (Virkowstraße) aus statt.  
Um zahlreiche Beteiligung ersucht  
2068 Der Vorstand.

**Zentral-Verband der Maurer**  
**Deutschlands.**  
**Zweigverein Berlin.**  
**Sektion der Putzer.**  
Am Dienstag, den 6. d. Mts., verstarb unser Mitglied  
**Gustav Charles.**  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 10. März, nachmittags 2<sup>1/2</sup> Uhr, vom Trauerhause, Prenzlaue Allee 306, nach dem St. Georgenkirchhof in Weihensee, Köpenickerstr., statt. 133/17  
Am Mittwoch, den 7. März, verstarb unser Mitglied  
**Otto Spuhl.**  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 10. März, nachmittags 4 Uhr aus dem neuen Paulskirchhof, Seestraße 11.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Die örtliche Verwaltung.

**Zentralverband der Handels-,**  
**Transport- und Verkehrsarbeiter**  
**und Arbeiterinnen Deutschlands.**  
Verwaltungsstelle Berlin 1.  
Hiermit diene den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Geschäftsführer  
**Karl Baltruweit**  
nach langem Leiden verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute Freitag, den 9. März, nachmittags 3<sup>1/2</sup> Uhr, von der Leichenhalle der Simon-Gemeinde in Brlg aus statt. 67/9  
Die Ortsverwaltung Berlin 1.

**Deutscher**  
**Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
**Todes-Anzeige.**  
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Mechaniker  
**Bruno Siejak**  
gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Freitag, den 9. März, nachmittags 3<sup>1/2</sup> Uhr, von der Wohnung Bughstraße 1 aus, nach dem St. Sebastian-Kirchhof in Reinickendorf (Humboldtstraße) statt.  
Rege Beteiligung erwartet  
113/18 Die Ortsverwaltung.

**Dankagung.**  
Für die vielen Beweise inniger Teilnahme und die zahlreichen Kranzsendungen bei der Beerdigung meiner unvergesslichen Frau **Hermine Höller** geb. **Becker**, sage ich allen Verwandten und Bekannten sowie den Kollegen der Firma W. Grund meinen herzlichsten Dank.  
2908 **Gustav Wölker.**

**Teures Fleisch —**  
**billige Seefische!!**  
Beste Fleischersatz, schmackhaft und durch hohen Nährwert sich auszeichnend!  
**Riesenfänge unserer Dampfer ermöglichen billigste Preise.**

Ein Versuch mit diesen äußerst schmackhaften Fischen ist jeder Hausfrau zu empfehlen.  
**Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee“**  
Filiale: Berlin C. 2, Bahnhof Börse, Bogen 8—10.  
Zentral-Fernsprecher: Amt III No. 8804.  
**Seefisch-Kochbücher gratis.**  
Verkaufs-Niederlagen:  
Prinzenstraße 30 | Madaistraße 22 | Landsbergerstraße 52-53  
(am Moritzplatz) | (im Schlessischen Bahnhof) | (der Kurzenstr. gegenüber).

**Gr. Schellfisch** mit Kopf Pf. pr. Pfd.  
im Anschnitt 30 Pf.  
**Cabljan, ohne Kopf** 23  
im Anschnitt 25 Pf.  
**Seelachs, ohne Kopf** 17  
im Anschnitt 25 Pf.  
**Seekarpfen (Brassen)** 17  
im Anschnitt 25 Pf.  
**Seehecht** sehr fein 30 Pf. im Ansn. 40 Pf.  
Alle übrigen Sorten Seefische zu billigst. Tagespreisen.



# Kaufhaus Franz Sonntag

Leipziger Strasse 75-76  
am Dönhoffplatz

eröffnet in den nächsten Tagen in dem  
Neubau des alten Abgeordnetenhauses ein

## Modewarenhaus I. Ranges.

Dieses Kaufhaus, mit den modernen, über  
3000 qm umfassenden und 4 grossen Licht-  
höfen versehenen Verkaufsräumen bildet eine

## Sehenswürdigkeit von Berlin.



Verletzung des Formulars Lindenberg.

Die Bestrafung wegen Ausübung des Rechts Streikposten zu setzen, muß klar erkennen lassen, daß ein Schutzmännchen, und zwar ein als Organ der Polizei staatlich bestellter Schutzmännchen der Ansicht war, der Verkehr werde in seiner Sicherheit oder Bequemlichkeit gefährdet. So etwa ließe sich der Rechtsfall formulieren, mit dem das Kammergericht am Dienstag eine völlig verfehlte Entscheidung aufhob, die auf der ebenso irrigen kammergerichtlichen Einsegnung des Schutzmännchens an Stelle des Befehlgebers beruhte. Wird demnach selbst dem Kammergericht alsbald vor seinen eigenen Erzeugnissen bange? Das möchten wir bezweifeln. Ueber die dem Kammergerichtsurteil zugrunde liegenden Verhandlung geht uns folgender Bericht zu:

Anlässlich des großen Bergarbeiterausstandes im Ruhrrevier sollten sich die Bergleute Gagemeiner und Jablowski aus Dahlhausen gegen die Regierungspolizeiverordnung vom 8. Februar 1900 vergangen haben, welche den mit Strafe bedroht, der einer polizeilichen Aufforderung zur Erhaltung der Sicherheit und Bequemlichkeit des Verkehrs auf öffentlichen Wegen, Straßen usw. nicht nachkommt.

Die Angelegenheit hat schon mal das Kammergericht beschäftigt und war zu nochmaliger Verhandlung an das Landgericht Essen zurückverwiesen worden. In der neuen Verhandlung verurteilte das Landgericht die Angeklagten zu Geldstrafen, weil sie einer solchen polizeilichen Aufforderung im Sinne der Verordnung nicht gefolgt seien. Es erachtete für festgestellt, daß sie am 19. Januar 1905 auf der Hasenwinkler Landstraße, als sie dort als Streikposten auf und abgingen, der Aufforderung zweier als Hülfspolizisten der Polizei verpflichteter Rechenbeamten, weiter zu gehen, nicht Folge geleistet hätten, obwohl diese Rechenbeamten durch eine um ihren Arm gelegte Binde mit der Farbe der Unschuld als Hülfspolizisten kenntlich gemacht seien. Die Angeklagten führten das Landgericht aus, hätten dem Verlangen der Hülfspolizisten Folge geben müssen. Diese Aufforderungen zum Weitergehen seien ergangen, um für die Arbeitswilligen die Bequemlichkeit des Verkehrs auf der öffentlichen Landstraße zu erhalten; die Arbeitswilligen sollten ungeschrien und unbeobachtet, damit später nicht etwa an dem erkannten Arbeitswilligen Gewalttätigkeiten stattfänden, ihrer Wege gehen können. Die Hülfspolizisten seien ausdrücklich zum Schutze der Arbeitswilligen verpflichtet worden. Die Angeklagten legten Revision beim Kammergericht ein. Rechtsanwalt Dr. A. Liebknecht als ihr Vertreter machte unter anderem geltend, daß bei Aufrechterhaltung des landgerichtlichen Urteils das Streikpostenstehen überhaupt unmöglich wäre; denn die Tatsache, daß es den Arbeitswilligen unangenehm sei, gesehen zu werden, läge ja in allen Fällen vor. Die Vorentscheidung verstoße entschieden gegen das Koalitionsrecht. Selbst nach der Praxis des Kammergerichts könnte immer nur aus verkehrspolizeilichen Gründen eingeschritten werden.

Das Kammergericht hob die Vorentscheidung auf und verwies die Sache zum zweitenmal an das Landgericht zurück. Begründend wurde angeführt: Das landgerichtliche Urteil sei in mannigfacher Beziehung rechtsirrtümlich. So genüge die Verpflichtung der Rechenbeamten als Hülfspolizisten noch nicht, sie zu Organen der Polizei zu machen. Nach dem Befehl über die Polizeiverwaltung bedürfe die Ernennung aller Polizeibeamten, deren Anstellung den Gemeindebehörden zustehe, der Bestätigung der Staatsregierung. Wenn die beiden Rechenbeamten, die der Polizei Hülfspolizisten leisteten, nicht von der Regierung als Hülfspolizisten bestätigt worden seien, dann wäre schon deshalb ein Ungehöriges gegen ihre Anordnungen nicht strafbar. Falls sei auch die Auffassung des Landgerichts, das für die Bestrafung auf Grund der Verordnung es schon genüge, wenn die nichtbestätigten polizeilichen Anordnungen ergangen sei, um zu verhindern, daß die Arbeitswilligen von Streikposten gesehen und dadurch später vielleicht einmal Gewalttätigkeiten ausgeübt würden. Das sei kein Grund, aus dem das Streikpostenstehen inhihiert werden könnte. Vielmehr müsse die Anordnung des Besamens, weiterzugehen, auf der Annahme beruhen, daß das Verweilen der Leute an fraglicher Stelle eine augenblickliche Gefahr für die Bequemlichkeit und Sicherheit des Verkehrs auf der öffentlichen Straße bedeute, daß der zeitliche Verkehr gefährdet sei. Das Landgericht müsse noch entsprechende Nachprüfungen vornehmen.

Mag sein, daß das spätere Landgerichtsurteil auf Freisprechung lauten wird. Aufgehoben ist das beurteilende Erkenntnis nach vorstehendem lediglich deshalb, weil die tatsächlichen Feststellungen nicht völlig dem Formular Lindenberg entsprechen. Viele Jahre hindurch wurden, insbesondere unter Mitwirkung des Kammergerichtsrats Habenstein, Streikpostenführer freigesprochen, weil das Kammergericht damals das Gesetz dahin richtig auslegte: wer von dem reichsgesetzlich gewährleisteten Streikpostenstehen Gebrauch macht, ist nicht strafbar. Nimmt ein Schutzmännchen an, ein Arbeiter habe durch Ausübung seines Rechtes die Sicherheit oder Bequemlichkeit des Verkehrs verletzt, so ist diese Annahme eine rechtsirrtümliche. Es kann nach dem Gesetz die Behinderung, nicht aber die Ausführung des Streikpostenstehens strafbar sein. So früher Herr Habenstein wurde im Jahre 1902 vom Straßenamt des Kammergerichts entfernt.

Kurze Zeit darauf wurde Herr Lindenberg an Stelle des verstorbenen Herrn Groschuff Senatspräsident. Seit dieser Zeit ist in wachsender Maße stärker gegen Streikposten vorgegangen. Das Kammergericht hohle unter dem neuen Präsidenten das Streikpostenrecht dahin aus: Streikpostenstehen ist ein gutes Recht jedes Arbeiters. Aber wer von diesem Rechte Gebrauch macht und nach „tatsächlich festgestellten“ Ansicht eines Schutzmännchens die Bequemlichkeit oder Sicherheit des Verkehrs beeinträchtigt, ist strafbar. Ob die Ansicht des Schutzmännchens zutreffend ist, hat der Richter nicht zu prüfen. Formular Lindenberg geht dahin: „Auf Grund der Beweisaufnahme ist tatsächlich festgestellt, daß der pp. die im Interesse der Bequemlichkeit und Sicherheit des Verkehrs ergangene Aufforderung fortzugehen usw. nicht befolgt hat. Er war deshalb auf Grund des § 10 und so der Polizeiverordnung zu bestrafen.“ Solcher schematische Erlass von Urteilsgründen gilt dem Kammer-

gericht als ein Urteil, an dem die Revision scheitert, weil der Vorderrichter ohne ersichtlichen Rechtsirrtum für tatsächlich festgestellt erachtet hat, daß... Wählt das Landgericht statt dieses Schemas eine Begründung, die die Wahrheit erkennen läßt: Angeklagter ist fortgewiesen, lediglich weil er das Koalitionsrecht ausgeübt hat, so unterliegt das Urteil der Aufhebung. Diese Spielerei mit der Wahl von Worten für sogenannte Entscheidungsgründe nennt man „Begründung eines Urteils durch gelehrte Richter“. Der freisinnige Abgeordnete Lengemann hält das sogar für den Ausfluß „juristischer Wissenschaft“, zu der der Laie im stummen Stammen aufpassen müsse.

Staatsrechtlich hinfällig ist die Annahme des Kammergerichts, ein Rechenbeamter sei Polizeibeamter, sobald er eine weiße Mullbinde mit Genehmigung der Regierung „für Arbeitswillige“ anlegt. Wäre des Kammergerichts Annahme zutreffend, so würden übrigens die Rechenbeamten auch das Recht haben, Gehalt und Pension vom Polizeifiskus zu begehren.

Die Aufhebung des Urteils ist nach dem Dargelegten zweifellos berechtigt: nicht aus den vom Kammergericht ausgesprochenen Gründen, die lediglich die rein formelle Struktur des Urteils betrafen und daher nicht zu einer sofortigen Freisprechung gelangten, sondern aus dem Grunde: es ist rechtsirrtümlich, einen Arbeiter deshalb zu verurteilen, weil er von dem ihm gesetzlich gewährleisteten Koalitionsrecht Gebrauch gemacht hat, und das bleibt auch dann rechtsirrtümlich, wenn der Tatbestand durch Fortlassungen und Feststellung eines „pflichtmäßigen Ermessens“ eines Schutzmännchens verschleiert wird.

Berein der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter Berlins und Umgegend (Wedding und Gesundbrunnen). Sonnabend, den 10. März, abends 8 Uhr, bei Blls, Christianiastraße, Ecke der Schulstraße: Vortrag des Kollegen Raschke über: „Zweck und Ziele des Vereins“. Gäste willkommen.

Sozialdemokratischer Les- und Diskussionsklub „Nordsee“. Freitag, den 9. März, abends 8 1/2 Uhr, bei Korff, Elisabethstraße 18: Diele über: „Sozialismus und Warenproduktion“.

Ortsverein Charlottenburger Buchdrucker. Sonntag, den 11. März, vormittags 10 1/2 Uhr, im Volkshaus, Kollnsee 3: Versammlung.

Witterungsüberblick vom 8. März 1906, morgens 8 Uhr. Table with columns: Stationen, Barometer, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temperatur, and other weather-related data for various locations like Hamburg, Berlin, Frankfurt, etc.

Advertisement for Baer Sohn featuring 'Einsegnungs-Anzüge' (wedding suits) and 'Prüfungs-Anzüge' (exam suits). Includes illustrations of men in suits and text describing the quality and variety of clothing available at very low prices.

Advertisement for 'El Señor' cigars, featuring a large illustration of a cigar and text promoting 3/4 million cigars. Includes contact information for Reinhard Hellmich in Berlin.

Advertisement for 'Damen-Hüte' (ladies' hats) featuring illustrations of various hat styles and text describing the quality and price.

Advertisement for H. Zimmermann, a jeweler and gold/silverware manufacturer in Berlin, featuring text about their workshop and repair services.

Advertisement for 'Bettfedern' (mattresses) by Gustav Lustig, featuring text about the quality and variety of their bedding products.

Advertisement for Selowskys 'Zenith-Zigaretten' and 'Bolero-Zigaretten', featuring text about the quality and availability of their cigars.

Large advertisement for 'New-Departure-Freilauf-Bremsnabe' (freewheel hub) by Die beste der Welt, featuring illustrations of the product and text about its reliability and availability.

Zur den Inhalt der Interate  
übernimmt die Redaktion dem  
Publikum gegenüber keinerlei  
Verantwortung.

### Theater.

**Freitag, den 9. März.**  
Anfang 7 1/2 Uhr:

**Cyberhaus.** Einorchesterorchester der  
Königlichen Kapelle.  
Mittags 12 Uhr: Einorchesterorchester.  
Schauspielhaus. Geschlossen.  
Deutsches. Der Kaufmann von  
Venedig.  
Neues. Liebesleute.  
Berliner. Nachspiel.  
Welfen. La Traviata.  
Kleines. Antigone.

Anfang 8 Uhr:

Reising. Und Bibba tangt.  
Schiller O. (Kasner-Theater.)  
Die Nacht der Finsternis.  
Schiller N. (Friedrich Wilhelm-  
städtisches Theater.) Zwei glückliche  
Tage.  
Römische Oper. Don Pasquale.  
Central. Die schöne Helena.  
Metropol. Aus ins Metropol.  
Walhalla. Heinrich Heine. Die  
Ballhaus-Anna.  
Reising. Der Bräutigam.  
Trionon. Loulou.  
Carl Weiß. Die lebende Brücke  
auf Kuba.  
Lustspielhaus. Der Weg zur Hölle.  
Thalia. Bis früh um fünf.  
Luisen. Die Haubenlerche.  
Deutsch-Amerikanisches. Er und  
Ich.  
Kasino. Die Herren Söhne.  
Apollo. Die Insel Tulipatan.  
Spezialitäten.  
Herrfeld. Familienfest im Hause  
Bressler.  
Folies Caprice. Nach dem Papp-  
streich. Der Beheme.  
Wintergarten. Sahara: Die  
Kaiserin der Sahara. —  
Spezialitäten.  
Velle-Alliance. Der grüne Teufel.  
Spezialitäten.  
Reichshallen. Stettiner Sängere.  
Passage. Spezialitäten.  
Urania. Taubenstraße 48/49.  
8 Uhr: Die Fortschritte der draht-  
losen Telegraphie.  
Sternwarte. Jannidenstr. 57/62.  
Täglich geöffnet von 1 bis 7 Uhr.

**Berliner Theater.**  
Abends 7 1/2 Uhr: Gastspiel des  
Moskauer Künstlerischen Theaters.  
**Nachtsyl.**  
Sonnabend zum erstenmal: Drei  
Schwestern.  
Sonntag: Zar Feodor Joannowitsch.  
Nachm. 2 1/2 Uhr zu ermäß. Preisen:  
Hamlet.

**Neues Theater.**  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Liebesleute**  
(Amants).  
Sonnabend, Sonntag:  
**Ein Sommernachtstraum.**  
**Kleines Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
**Kinder der Sonne.**  
Sonnabend 3. erstmalig: Antigone  
von Sophokles. Deutsch v. Hoffmüller.  
(drei Akte). Anfang 7 1/2 Uhr.

**Zentral-Theater.**  
(Operette.) 8 Uhr:  
**Die schöne Helena.**  
**Komische Oper.**  
Abends 8 Uhr:  
**Don Pasquale.**  
Sonnabend: Hoffmanns Erzäh-  
lungen.  
Sonntag nachm. 3 Uhr ermäßigte  
Preise: Hoffmanns Erzählungen.  
Abends 8 Uhr: Don Pasquale.

**Luisen-Theater.**  
Zum ersten Male:  
**Die Haubenlerche.**  
Sonnabend: Das Lumpensüßel.  
Sonntag nachm.: Graf Effz.  
Abends: Die Haubenlerche.  
Montag: Graf Effz.

**Lustspielhaus.**  
Abendlich 8 Uhr:  
**Der Weg zur Hölle.**  
Deutsch-  
Amerikanisches  
THEATER.  
Jeden Abend  
8 Uhr!!  
Gastspiel  
Ad. Philipp.  
Sonnt. nachm. 3 Uhr, halbe Preise:  
Ueber'n großen Teich.

**Apollo-Theater.**  
Täglich:  
**Das große glänzende  
Spezialitäten-Programm**  
und Insel Tulipatan, Operette.  
Sonnabend, den 10. März er.:  
Zum ersten Male:  
**Das bummelnde Berlin**  
von Jacobson. Musik von Nelson.  
Sonntag nachm. 3 Uhr ermäßigte  
Preise: Berliner Lust und Spe-  
zialitäten.

**Urania** Tauben-  
str. 48/49.  
Abends 8 Uhr:  
Dr. Donath: Die Fortschritte der  
drahtlosen Telegraphie.

**Sternwarte** Invaliden-  
str. 57/62.  
**Metropol-Theater**  
Anfang 8 Uhr.  
**!Auf - in's Metropol!**  
Große Jahresrevue mit Gesang u.  
Tanz in 9 Bildern v. Jul. Freund.  
Musik von Viktor Holländer.  
Rauchen in all. Räumen gestattet.

**Walhalla-Theater**  
**Heinrich Heine.**  
Lustspiel in 3 Akten von H. Heine.  
Hieraus:  
**Die Ballhaus-Anna.**  
Bosse m. Ges. i. 2 Akt. u. Baum u. Hasel.  
Anf. 8 Uhr. Rauchen überall gestattet.

**Folies Caprice**  
Budapester Possen-Theater  
132 Liniestr. 132.  
Ecke Friedrichstraße.  
Zum 173. Male:  
**Nach d. Zapfenstreich.**  
Vorher: **Der Beheme**  
u. d. ausgezeichnet. Spezialitäten.  
Anfang 8 Uhr.  
Vorherf. d. d. Wertheim u. an  
der Theaterkasse von 10 Uhr vor-  
mittags an.

**Passage-Theater.**  
Anfang 8 Uhr.  
Das neue März-Programm.  
**Antoinette Sohns**  
Koloratur-Sängerin.  
**Geschwister Flokati,**  
Gesang und Tanz-Duo.  
**Fritz Schönbauer**  
mit seinen lustigen Geschichten.  
14 originelle Spezialitäten.

**Residenz-Theater.**  
Direktion: Richard Alexander.  
Heute zum 131. Male,  
morgen und folgende Tage 8 Uhr:  
**Der Prinzgemahl.**  
Satirischer Schwank in 3 Akten von  
L. Kautz und J. Ebner.  
Sonntag nachm. 3 Uhr: Eine Hoch-  
zeitsnacht.

**Carl Weiß-Theater.**  
Gr. Frankfurterstr. 132.  
Täglich abends 8 Uhr:  
**Die lebende Brücke auf Kuba.**  
Sonnabend nachm. 4 Uhr: Kinder-  
vorstellung (Kleine Breife): Einmalige  
Ausführung: **Max und Horitz.**  
Eine Liebesgeschichte in 7 Streichen  
von B. Busch.

**W. Noacks Theater.**  
Direktion: Rob. Dill. Brunnenstr. 16.  
**Im Tode vereint**  
oder: Irene Herzen.  
Volkst. m. Ges. in 4 Akt. v. Hausmann.  
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.  
Sonnabend: Sommerfest des H.  
C. „Hertha“.

**Kasino-Theater**  
Lothringerg. 37. Täglich 8 Uhr.  
**Die Herren Söhne.**  
Volksstück in drei Akten von  
Walter u. Stein.  
Vorher  
das neue bunte Märzprogramm.  
Sonntag 4 Uhr: Die goldene Brücke.

**Trionon-Theater.**  
Anfang **Loulou.** 8 Uhr.  
Sonntag nachm.: Die herbe Frucht.

**Bernhard Rose-Theater**  
Gesundbrunnen, Badstraße 58.  
**Die Hochzeit  
von Valeni.**  
Schauspiel in 4 Aufzügen von Gang-  
hofer und Brociner.  
Anfang 8 Uhr. Kasseneröffnung 7 Uhr.  
Billet-Vorverkauf von 10 bis 1 Uhr  
an der Theaterkasse.  
Sonntag nachm. 3 Uhr: Die Hoch-  
zeit von Valeni.  
Abends 7 Uhr: Adam und Eva.

**Palast-Theater**  
Burgstr. 24, 2. Min. v. H. Börse.  
Heute 1/2 8 Uhr. Entree 50 Pf.  
**Signor Martanis**  
Hunde- u. Katzen.  
**Elsa und Magda** Doppel-Drach-  
sen-Att.

**Margarit und Dettmar**  
Tanz-Duo.  
**'ne feine Nummer!**  
Vorleser von Max Koch.  
Wäckenfest. Dir. A. Winkler  
und 10 Attraktionen.  
Familienkarten in Barber-, Friseur-  
und Zigarrengeschäften unentgeltlich.



Es bedeutet *etwas*, für eine Cigarette sich die grösste Popularität  
unter wirklichen Kennern erworben zu haben.  
Es bedeutet aber weit *mehr*, für dieselbe sich diese Popularität jahr-  
ein jahraus zu erhalten. Es mögen viele Gründe für ersteres vorliegen =  
für letzteres giebt es keinen Grund ausser entschiedene und stetig aufrecht-  
erhaltene *Ueberlegenheit*.

# JOSETTI CIGARETTEN

sind beinahe von der Zeit ihrer Einführung an die populärsten  
Cigaretten unter wirklichen Kennern, sind es heute und werden  
es allem Anschein nach auch in Zukunft sein.  
Jeder wird dies verstehen, der sie einer Probe unterzieht.

Josetti-Juno 10 St. 20 Pfg.  
Josetti-Griseldis 10 St. 30 Pfg.

**Schiller-Theater O. (Kasner-Theater.)**  
Freitag, abends 8 Uhr:  
**Die Nacht der Finsternis.**  
Schauspiel in 5 Akten v. Leo N. Tolstoj.  
Uebersetzt von Raphael Löwenfeld.  
Sonnabend, abends 8 Uhr:  
**Ueber unsere Kraft.** (2 Teil).  
Sonntag, nachm. 3 Uhr:  
**Die Nacht der Finsternis.**  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
**Romeo und Julia.**

**Schiller-Theater N. (Friedr.-Wilh.-Th.)**  
Freitag, abends 8 Uhr:  
**Zwei glückliche Tage.**  
Schwank in 4 Akten von Franz  
v. Schönthan und Gustav Kadelburg.  
Sonnabend, abends 8 Uhr:  
**Der Vogel im Käfig.**  
Sonntag, nachm. 3 Uhr:  
**Zapfenstreich.**  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
**Das Glück im Winkel.**

**65 Abessinier** in  
**Castans Panoptikum**  
Friedrichstr. 165. Kein Extra-Entree.

**Zirkus  
Albert Schumann**  
Heute abend präzis 7 1/2 Uhr:  
Gr. außerordentl. Galavorstellung.  
U. a.: Der größte u. sensationellste  
Dressurakt der Gegenwart, vorgeführt  
von einer **Dame.**  
Herrn Julius Seeths wunderbar  
dressierte  
**Eisbären**  
vorgeführt  
von Luise  
Mary.  
Zum Schluss zum 82. Male: Die  
Perle aller Pantomimen, 7 wunder-  
bare Akte mit feinsten Effekten:  
**Femina** das neue  
Frauenreich.  
Vorher:  
**Ein Souper bei Maxim.**  
Sonntag: 2 große Vorstell., nachm.  
3 1/2 Uhr (ein Kind frei) und abends  
7 1/2 Uhr. In beiden Vorstellungen  
Miss Luise Mary m. ihren Eisbären.

XI. Berliner Saison.  
**Zirkus Busch.**  
Neu! Dressierte Neu!  
**70 Eisbären 70**  
unter persönlicher Vorführung  
des Herrn **Hagenbeck.**  
Zum Schluss (um 9 1/2 Uhr):  
Zum 110. Male:  
Die neueste und größte Sehens-  
würdigkeit Berlins:  
◆ **Indien.** ◆  
Orig.-Pantom. d. Zirkus Busch.  
Besonders hervorzuheben:  
Eine Witwenverbrennung.

**Goßmanns Festsäle**  
Kreuzbergstr. 48. Inh. Otto Ernst.  
Jeden Freitag:  
**Original-  
Karburger Sängere**  
Dir.:  
Carl Frick-Kascho-Krause.  
Anfang 8 Uhr.  
× Entree 20 Pf. ×

**Berliner Ulk-Trio.**  
Felix Scheuer  
Stralanderstr. 1.

**Fröbels Allerlei-Theater**  
Schönhäuser Allee 148.  
Jeden Sonntag und Mittwoch:  
**Konzert**  
Theater, Spezialitäten, Tanz.  
Anf. Sonntags 6 Uhr, Mittwochs 8 Uhr.  
Sonnabende für Sommer-  
feste und noch viel.

**Augusta-Bad, Rassenbäder**  
jeder Art Köpenickerstr. 60. [17076]

Wir empfehlen März-Literatur:  
**Die deutsche Revolution.**  
Geschichte der deutschen Bewegung in den Jahren 1848/49.  
Von A. Blos.  
Mit vielen Porträts und historischen Bildern.  
In Prachtband gebunden.  
Früherer Ladenpreis M. 5,70, jetzt M. 5.—

**Geschichte der französischen Revolution  
von 1848 und der zweiten Republik.**  
Vollständig dargestellt von L. Heretier.  
Mit vielen Porträts und historischen Bildern.  
In Prachtband gebunden.  
Früherer Ladenpreis M. 6,50, jetzt M. 5.—

**Die Klassenkämpfe in Frankreich  
1848—1850.**  
Mit einer Einleitung von Friedrich Engels.  
Preis M. 1.—  
In dieser meisterhaften Studie wendet der Begründer der material-  
istischen Geschichtsauffassung zum erstenmal diese Methode an zur Auf-  
hellung der treibenden sozialen Momente der 48er Revolutionsperiode.  
Die Engels'sche Einleitung giebt mit scharfen Schlaglichtern auf die  
Gegenwart eine Geschichte der Entwicklung der revolutionären proletarischen  
Taktik vom Barrikadenkampf bis zum allgemeinen Stimmrecht und —  
zum Umsturz.

**Revolution und Konter-Revolution  
in Deutschland.**  
Von Karl Marx. — Deutsch von Karl Kautsky.  
Preis M. 2.—  
Das Buch ist eine ausgezeichnete Uebersicht über den allgemeinen Gang  
der 48er revolutionären Bewegung in Deutschland.  
**Expedition des „Vorwärts“, Berlin SW. 68,  
Lindenstr. 69, Laden.**

**Berliner Wurst-Versandhaus**  
Berlin N. 54, Weinbergsweg 10. III, 1334.

**Filialen: Große Frankfurter Straße 83. = = =  
Andreasstraße 63. Mansteinstraße 11.**

Landspeck, fetter . . . Pfd. 0,80	Berl. Schlackwurst, sehr fein, Pfd. 1,00
Landspeck, mager . . . 0,90	Holsteiner Salami . . . 1,30
Landschinken, 7-20 Pfd. scharf, . . . 0,70	Mettwurst und Polnische . . . 0,70
mit 1/2 Landbauch, mild gel., Pfd. 1,20	Thüringer Rotwurst . . . 0,60
Landbratwurst, die 3 Spe- . . . 0,95	Pommersche Zwißelwurst . . . 0,60
zum Rohessen, glattbitten sind 1,30	Braunschweiger Mettwurst . . . 0,95
Landbratwurst, ganz vorzüg- . . . 0,95	Kaiser-Jagdwurst . . . 1,00
Landfleischwurst, lieb gewürzt . . . 0,95	Thüringer Kalbsbratwurst . . . 1,00
Landrotwurst, scharf gewürzt . . . 0,75	Delik.-Schinken, 2-3 Pfd. scharf . . . 1,25
Landschlackwurst, Holsteiner . . . 1,30	Pommerscher Schinkenspeck . . . 1,15
Landschlackwurst, Mecklenbg. . . 1,50	Bei Abn. b. 5 Pfd. e. Sorte Preiserm.



**Neues Programm.**  
**Saharet**  
 in der Burleske  
 „Die Kaiserin der Sahara.“  
 Alonzo Bracco - Truppe, spanische Akrobaten.  
 Madame Lo, lebende Bilder.  
 Franco Piper, Banjo-Virtuose.  
 „Rokoko“-Ballett v. d. John Tiller-Co., London.  
 Newhouse und Ward, kom. Radfahr.  
 Alois, Pariser Tänzerin.  
 Die 4 Rassen, Luftgymnastiker.  
 Gabriele Modl, Soubrette.  
 De Bière, Zauberkünstler.  
 Emil Sondermann.  
**Der Biograph.**

**Gebrüder Herrfeld-Theater.**  
 Sum 123. Rate:  
**Familientag**  
 im  
**Kause Prellstein.**  
 Komödie in drei Akten mit den Autoren K. u. D. Herrfeld in den Hauptrollen.  
 Anf. 8 Uhr. Vorverf. 11-2 Uhr.  
**Sonntag, den 1. April:**  
**Schluss**  
 diesjähriger Spielfaison!  
**Abschiedsvorstellung**  
 im alten Hause!!

**Sanssouci** Kottbusser Straße 4a.  
 Dir. Wilhelm Reimer.  
 Sont., Mont., Donnerst.: **Hoffmanns**  
 Norddeutsche Sänger und Tanzkränzen.  
 Sont. 8 u. 10 Uhr, Donnerst. 8 u. 10 Uhr.  
 S. nächst. Saison (a. f. Wittwoch) w. schon sehr entg.

**Reichshallen.**  
 Täglich: **Stettiner Sänger.**  
 Neu! Mozart, Wagner, Offenbach.  
 Musik. Zeitbild v. Pfeffel.  
 Anfang  
 Sonntag 8 Uhr.  
 Sonntag 7 Uhr.

Hochsensationell! Belehrend!  
**Wissenschaft und Verbrechen.**  
 Täglich wechselnde Projektions-Vorträge aus der gerichtlichen Medizin in **Carl Gabriels Volks-Museum**  
 Friedrichstr. 112a, am Oranienb. Tor  
 I. Serie **Mord oder Selbstmord?**  
 Außerdem 2000 Numm. Volkskrankheit u. d. Bekämpfung. Anat. Samariterlehre.  
 Entree 30 Pf. Sold. u. Kind. 20 Pf. Sämtl. Räum. mit Vortrag ohne Nachzahlung 60 Pf.

**Gustav Behrens**  
 Spezialitäten-Theater  
 Frankfurter Allee 85.  
 Das sensationelle, vollständig neue  
**März-Programm.**  
 Nur Schlager.

**Otto Fritzkows**  
 Berliner Abnormitäten- und Biograph-Theater  
 Münzstr. 16. Münzstr. 16.  
**Welt-Biograph** seit 1906  
 Sy Sy ? ? ? ? ?  
 Die Wunder - Bisiputaner!  
 Die Fußkünstlerin!

**Etablissement Bugenhagen**  
 Moritzplatz.  
 Täglich  
 in den unteren Sälen  
**Gottschalk-Konzert.**

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.**

Verwaltungsstelle Berlin.  
 Haupt-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt IV 9679.  
 Arbeitsnachweis Zimmer 34. Amt IV 3353.

**Achtung! Schlosser. Achtung!**

Sonntag, den 11. März, vormittags 10 Uhr, im „Palast-Theater“ (früher „Reenpalast“), Burgstr. 21, am Bahnhof Borsig:

**Allgemeine Versammlung der Schlosser Berlins und Umgegend.**

Tages-Ordnung:  
 Bericht der Kommission über die Verhandlungen mit der Meisterkommission betref. des neuen Tarifs und wie stellen sich die Kollegen zu den Vorschlägen der Meisterkommission?  
 Pflicht eines jeden Kollegen ist es, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Sonntag, 11. März, vorm. 10 Uhr, in Franke's Festsälen, Sebastianstr. 39:

**Branchen-Versammlung der Elektro-Monteur und Hilfs-Monteur.**

Tages-Ordnung:  
 1. Bericht der Branchenvertreter und der Branchenkommission. 2. Neuwahl des Branchenvertreter und der Kommission. 3. Fortsetzung der Diskussion von der Januar-Versammlung. 4. Verbandsangelegenheiten.  
 Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Sonntag, den 11. März, vorm. 10 Uhr, bei Merkowski, Andreasstr. 26:

**Allgem. Versammlung der Zaunaußsteller Berlins und Umgegend.**

Tages-Ordnung:  
 1. Zweck und Nutzen der Organisation. 2. Diskussion. Kollegen! In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Kollegen, zu erscheinen.

Sonntag, den 11. März, vorm. 10 Uhr, in den „Andreas-Sälen“, Andreasstr. 21 (oberer Saal):

**Versammlung der Bauanschläger.**

Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag des Genossen Adrens über: Die soziale Gesetzgebung. 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten und Verchiedenes.  
 Mitgliedsbuch legitimiert. 113/19  
 Zahlreichen Besuch erwartet! Die Ortsverwaltung.

**Deutsche Metallarbeiter-Gewerkschaft**

Verwaltungsstelle Berlin.  
 Bureau u. Arbeitsnachweis Rosenthalerstr. 57 (2. Eingang: Gormannstr. 28).  
 Geöffnet von 9<sup>h</sup>-2 und 4-8 Uhr. Telefon: III, Nr. 1296.

Sonntag, 11. März 1906, vorm. 9<sup>h</sup> Uhr, im „Rosenthaler Hof“, Rosenthalerstraße 11/12:

**Außerordentl. Generalversammlung**

Tages-Ordnung:  
 1. Bericht des Kassierers und der Revisoren vom 4. Quartal (Oktober-Dezember). 2. Fortsetzung der Diskussion über: „Stellungnahme zum 7. Kongress der freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften und event. Wahl der Delegierten“. 3. Gewerkschaftliches.  
 Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Die wichtige Tagesordnung erfordert pünktliches und zahlreiches Erscheinen der Mitglieder. — Hochmaß machen wir auf die am 8. April, vormittags 9 Uhr, stattfindende Urant-Vorstellung aufmerksam. [280/6] Die Ortsverwaltung.

**Zentral-Krankenkasse der Maurer „Grundstein zur Einigkeit“.**

Sonntag, 11. März, vorm. 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:

**Außerordentliche Mitglieder-Versammlung.**

Tages-Ordnung:  
 1. Der Beschluß der letzten Mitglieder-Versammlung event. Neuwahl des ersten Bevollmächtigten. 2. Verchiedenes. 140/6  
 Mitgliedsbuch legitimiert. Die örtliche Verwaltung.

**Arbeiter-Baugenossenschaft „Paradies“ zu Berlin. E. G. m. H.**

Sonntag, den 11. März, vormittags 9<sup>h</sup> Uhr, bei Bugenhagen am Moritzplatz:

**Außerordentliche General-Versammlung.**

Tages-Ordnung:  
 1. Ersatzwahlen zum Vorstand. 2. Statutenänderung. 3. Beschlußfassung über die Ausgabe von Anteilsscheinen für die Entwässerungsanlage. 4. Anträge des Genossen D. Schütz. 5. Verchiedenes.  
 Der außerordentlich wichtigen Tagesordnung wegen ist es Pflicht der Mitglieder, unbedingt zu erscheinen. Nur Mitglieder haben Zutritt! Ohne Mitgliedsbuch kein Einlaß. 106/2  
 Der Vorstand.  
 A. H.: H. Schloffer, erster Vorsitzender. G. Dörner. P. Müller.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**

**Achtung! Tischbranche! Achtung!**

Montag, den 12. März, abends 8 Uhr, im Lokal von Wiederstein, Fabrikstr. 61:

**Vertrauensmänner-Versammlung für Berlin und Vororte.**

Eine Abschrift des Werkstätttarifs zu mitzubringen. 51/19  
 A. H.: Der Obmann.

**Kapitän-Cigaretten**  
 gesottlich geschätzt! 375L\*  
 — unerreicht in Qualität durch Mischung —  
 der feinsten türkischen Tabake.  
 Carl Röcker, BERLIN, Grüner Weg 112. Amt VII, 3861.

**Achtung! Fliesenleger. Achtung!**

Freitag, den 9. März 1906, abends 8<sup>h</sup> Uhr:

**Versammlung**

der Sektion der Fliesenleger des Maurerverbandes im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15 (Saal 7).

Tages-Ordnung:  
 1. Renwahl des Sektionsvorstandes. 2. Gewerkschaftliches.  
 Mitgliedsbuch legitimiert.  
 Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen der Mitglieder ersucht  
 Der Sektionsvorstand. A. H.: Felix Breiske.

**Zentralverband der Maurer Deutschlands.**

Zweigverein Berlin.  
**Sektion Putzer.**

Sonntag, 11. März, vormittags 10<sup>h</sup> Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20:

**Mitglieder-Versammlung.**

Tages-Ordnung:  
 1. Bericht von der 9. Gaukonferenz. 2. Interne Verbandsangelegenheiten.  
 Zahlreiches und pünktliches Erscheinen der Mitglieder wird erwartet.  
 Die örtliche Verwaltung. A. H.: H. Neumann.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**

Sonntag, 11. März, vorm. 10 Uhr, in der Neuen Welt, Hasenheide 108/114:

**Außerordentliche General-Versammlung.**

Tages-Ordnung:  
 1. Antrag der Ortsverwaltung betreffend die Gehälter der Verbandsangestellten. 2. Anträge und Stellungnahme zum Verbandstage.  
 Eintritt nur mit Mitgliedsbuch. 81/17  
 Um zahlreiches Erscheinen ersucht Die Ortsverwaltung.

**Sitzung der Ortsverwaltung.**

**Vereinigung der Zimmerer Deutschlands.**

Bureau: Berlin C. 54, Dragonerstr. 15, Hof I. Fernsprecher: Amt III Nr. 5028.

Sonntag, den 11. März, vormittags 10 Uhr, in den „Industriesälen“, Weithstr. 20:

**Außerordentl. Versammlung des Vereins der Zimmerer Berlins und Umgegend.**

Tages-Ordnung:  
 1. Vereinsangelegenheiten. 2. Stellungnahme zum 1. Mal. 3. Bericht der Delegierten von der sechsten Konferenz. 4. Der siebenste Kongress der freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften und unsere Stellung zu demselben. 5. Wahl der Delegierten zum Kongress. 257/9  
 Der Vorstand. A. H.: A. Juppenlatz.

**Verband der baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.**

**Sektion der Putzerträger.**

Sonntag, den 11. März, mittags 12 Uhr, im Lokal von Wernau, Schwedterstraße 23:

**Versammlung aller als Putzerträger beschäftigten Kollegen.**

Tages-Ordnung:  
 1. Der Beschluß der letzten Versammlung und wie ist derselbe am besten durchzuführen? 2. Diskussion. 3. Verchiedenes. 33/12\*

**Sektion der Töpferträger. Sektions-Versammlung.**

Montag, den 12. März, abends 8 Uhr, Rosenthalerstraße 57:  
 Die Tages-Ordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben.  
 Um zahlreiches Erscheinen zu dieser Versammlung ersucht  
 Der Zweigvereins-Vorstand.

**Zentralverband der Maurer Deutschlands. Zweigverein Berlin.**

**Sektion der Gips- u. Zementbranche.**

Sonntag, den 11. März 1906, vormittags 10 Uhr, bei Wilke, Brunnenstraße 188:

**Außerordentl. Mitglieder-Versammlung der Gruppe der Zementierer.**

Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag des Genossen A. Störmer: „Die Interessen des Profetariats.“ 2. Diskussion. 3. Verchiedenes.  
 Alle Kollegen der Zementbranche haben die Verpflichtung, des interessanten Themas wegen zu dieser Versammlung recht zahlreich zu erscheinen.  
 Mitgliedsbuch legitimiert. 137/17  
 Der Vorstand.

**Sechster Wahlkreis! Schönhauser Vorstadt!**

Sonntag, den 11. März, abends 6 Uhr:

**Versammlung für Männer und Frauen in den Verolina-Sälen, Schönhauser Allee 28.**

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Hans Weber über: „Des Deutschen Reiches Herrlichkeit.“ 2. Diskussion.  
 Nach der Versammlung: 247/11  
 Gemütliches Beisammensein mit Tanz.

**Möbel-Halle**  
**Harry Goldschmidt**  
 Moritzplatz 59.

Nicht zu vergleichen mit Abzahlungs-Geschäften welche auch Konfektion führen. 85L\*

**Extra-Abteilung**

versehen gewesener  
**Möbel**  
 wöchentliche oder monatliche Teilzahlung gestattet!  
 Kein Abzahlungs-Warenhaus, sondern nur Spezial-Möbelgeschäft.

Täglich von 4-8 Uhr nachmittags findet Probewaschen mit Waschmaschinen und Waschkübeln „Aurberle“ von dem größten Spezial-Fabrik-Geschäft der Welt Karl Kammann jr., G. m. b. H., Wilhelm-Str. 17 statt.  
**Heinrich Lohbeck**  
 Berlin N., Invalidenstr. 142 Hof, Duergebäude.

**Lunge „Sals.“**  
 Bei Husten, Heiserkeit, Verschleimung, Entzündungen, Asthma etc. gebraucht man nur den garanti. echt.  
**Russischen Knöterich**  
 Batterie mit wissensch. Gutachten 21. 1. - 3. Std. 2. 75. Bei 6 Werten franco überall hin. Reichel's  
**Bonbons Pectoral.**  
 aus nur beibräutigen Arzneistoffen bestehend, sind wunderbar in ihrer Wirkung. Verkauft in den ersten 1 Pfund 1.20 Pf. 1/2 Pfund 60 Pf.  
 Versand hier frei Haus!  
**Otto Reichel, BERLIN 43, Wiesenstr. 4.**





# Warort

Beilage des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt



Redaktion und Expedition:  
Berlin, Lindenstr. 69. Fernsprecher: Amt IV, 1983.

Nr. 57. Freitag, den 9. März 1906.

Inserate sechsgepaltene Kolonietzelle 20 Pfg.  
Bei größeren Aufträgen entsprechenden Rabatt.

## Partei-Angelegenheiten.

### Auf zur Flugblattverbreitung!

**Achtung!** Am Sonntag, den 11. März, 1/8 Uhr morgens, wird in Groß-Berlin ein Flugblatt verbreitet. Alle Genossen Berlins und der Vororte bitten wir, pünktlichst an den bekannten Ausgabestellen anzutreten, damit die Verbreitung prompt erledigt wird.

### Der Aktionsausschuss.

**Zur Lokalliste!** In Alt-Lichtenice hält der Radfahr-Verein „Frisch auf“ am 10. März cr. im Gesellschaftshaus (Inh. Haberecht) ein Tanzfränzchen verbunden mit Reigenfahrten usw. ab. Genanntes Lokal steht der Arbeiterschaft nicht zur Verfügung und sind deshalb alle etwa angebotenen Billets entschieden zurückzuweisen.

Im vierten Wahlkreis, Südost, ist das Lokal „Krania“ (Inh. Walter) gesperrt, da Herr Walter seiner unterschriftlich gegebenen Verpflichtung, das Lokal zu allen politischen Versammlungen zur Verfügung zu stellen, wiederholt, zuletzt am 21. Januar, unter wichtigen Vorwänden nicht nachgekommen ist.

### Die Lokalkommission.

**Sozialdemokratischer Zentral-Wahlverein für Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg.** Sonntag, den 11. März 1906, nachmittags 2 Uhr, Generalversammlung in Adlershof, Restaurant Kaul, Widmarkstr. 16.

- Tagesordnung: 1. Mitteilungen des Vorstandes und der Funktionäre.  
2. Beratung des Kreisstatuts und des Organisationsplanes für Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg.  
3. Resolution Rixdorf betr. das Verhalten der Reichstagsfraktion bei der „Vorussia“-Interpellation.  
4. Antrag Chorlottenburg betr. die Vorortbeilage des „Vorwärts“.  
5. Antrag Vogheimer betr. Abgrenzung der Rechte zwischen Berlin und den einzelnen Kreisen.  
6. Antrag Rixdorf betr. den Boykott der Philharmonie.  
7. Verschiedenes.

Zu dem Statutenentwurf sind noch folgende Anträge eingegangen: § 5a. Die Wahlen der Delegierten zu den Verbands-Generalversammlungen von Groß-Berlin sind von den örtlichen Wahlvereinen vorzunehmen. Die prozentuale Verteilung der Delegierten auf die einzelnen Orte erfolgt durch den Zentralvorstand, jedoch muß jeder örtliche Wahlverein durch mindestens zwei Delegierte vertreten sein.

Laut Statut ist jeder Wahlverein berechtigt, drei Delegierte zu entsenden. Die Delegierten müssen mit Mandat versehen sein. Parteigenossen haben als Gäste Zutritt.

Der Vorstand. J. A.: E. Eberhardt.

**Mühlensied.** Am Sonntag, den 11. März, abends 6 Uhr, findet im Bürgerlichen Lokale eine Wählerversammlung statt, um die Aufstellung eines zweiten Kandidaten vorzunehmen. Dem Genossen G. Kohlen ist das Wahlrecht aberkannt, weil er in eine Steuerstufe gebracht wurde, die ihm kein Wahlrecht gewährt. Hoffentlich geben die Genossen am Tage der Wahl, am Dienstag, den 13. März, nachmittags 2 Uhr, die nötige Antwort.

**Nieder-Schönhausen.** Für die am 15. März, von 12 bis 6 Uhr im Bürgerlichen Lokale stattfindende Gemeindevorwahlenwahl findet am Sonntag früh eine Flugblattverbreitung statt. Treffpunkt 1/8 Uhr bei Düder, Eichenstr. 70. Jedes Wahlvereinsmitglied hat pünktlich zur Stelle zu sein. Es ist Pflicht aller Nieder-Schönhausener Parteigenossen, sich an der Agitation für die Wahl zu beteiligen.

**Borghagen-Kummelsburg.** Für die auf Dienstag, den 13. März, nachmittags von 4 bis 8 Uhr, angelegten Wahlen zur Gemeindevorwahlenwahl findet am Sonntag, den 11. März, früh 7 1/2 Uhr, Flugblattverbreitung statt. Die Genossen treffen sich in folgenden Lokalen: Gorgas, Neue Prinz Albertstr. 70/71; P. Jage, Prinz Albertstr. 12/13; R. Ritter, Schillerstr. 26; G. Tempel, Alt-Borghagen 56; S. Lindner, Grünbergerstr. 10; Lorenz, Wühlischstr. 88; Segepand, Goethestr. 10; Galtwaß, Kautstr. 44. Es ist Pflicht jedes Genossen, zu erscheinen. Das Wahlkomitee.

**Zegeh.** Am Sonntag, den 11. d. M., vormittags 8 Uhr, findet eine Flugblatt-Verbreitung statt, zu der um rege Beteiligung ersucht wird. Treffpunkt: Restaurant Sehlhaar, Berlinerstr. 92. — Montag, den 12. d. M., abends 8 Uhr: öffentliche Versammlung bei Trapp, Bahnhofsstraße.

**Königs-Wuhrenhausen.** Sonntag, den 11. März, nachmittags 3 Uhr, findet im Alten Schützenhause bei Max Webhorn eine öffentliche Kommunal-Wählerversammlung statt behufs Aufstellung eines Kandidaten zur Gemeindevorwahlenwahl. Es ist Pflicht eines jeden Genossen zu erscheinen. Gleichzeitig müssen sämtliche Bezirksführer und deren Mannschaften pünktlich am Sonntag früh 7 Uhr bei Berliner Lange zur Stelle sein behufs Handzettelverteilung. In der angeforderten Versammlung darf keiner fehlen.

## Vorort-Nachrichten.

### Zur Gemeindevorwahlenbewegung.

Gemeindevorwahlen finden heute in Groß-Lichterfelde, Buckow und Tempelhof statt; außerdem wird heute noch bis abends 6 Uhr in Wilmersdorf gewählt.

### Auf zur Wahl in Wilmersdorf!

Heute letzter Tag! Wahllokal nur bis 6 Uhr offen.

Es gilt alle Kräfte anzupacken bis zum letzten Augenblick, wenn der Sieg errungen werden soll. Am Abend des zweiten Tages hatten unsere Genossen die Genugtuung, zu sehen, daß ihre Kandidaten einen kleinen Vorsprung gewonnen hatten. Die bürgerlichen Kandidaten blieben zurück mit 312 und 444 Stimmen, während für Genossen Reichle 474 und für Genossen Radtke 475 Stimmen gezählt wurden. Dieser kleine Erfolg spornte den Eifer von neuem an und zahlreiche Genossen bemühten sich nach Kräften, die Wähler an ihre Pflicht zu erinnern, ihre Stimmen in die Wahlurne zu werfen. Die Trägheit und schlechte Gewohnheit, den Gang nach dem Wahllokal bis zur letzten Minute aufzuschieben, muß durch die reiche Energie der unermüdbaren und aufopferungs-

freudigen Genossen und Genossinnen unschädlich gemacht werden, und sie haben wahrlich keine leichte Arbeit damit. Während an den ersten drei Tagen bis gegen 8 Uhr gewählt werden konnte, darf niemand darauf rechnen, daß heute, am letzten Tage, länger als bis 6 Uhr das Wahllokal offen sei. Um 6 Uhr wird die Wahl geschlossen! Versäume niemand, seiner Wahlpflicht zu genügen. Es kommt auf jede einzelne Stimme an, das hat erst in den letzten Tagen die Wahl in Steglitz bewiesen. Die Bürgerlichen haben durch unseren kleinen Vorsprung einen großen Schreck bekommen und werden mit Hochdruck bis zur letzten Stunde arbeiten. Um so größere Anforderungen werden an unsere Genossen gestellt, um den errungenen Vorteil nicht wieder zu verlieren. Die lebhafteste Tätigkeit im Wahlbureau der Partei beim Genossen Rädler, Lauenburgerstr. 20, beweist, daß die Genossen ihre Aufgabe zu würdigen verstehen.

Die sozialdemokratischen Kandidaten sind: der Tischler Ernst Reichle und Stukkateur Hermann Radtke.

Gewählt wird im „Viktoriagarten“, Hauseingang 1 Treppe, vormittags von 10—1 Uhr und nachmittags von 3—6 Uhr. Noch haben große Scharen von Arbeitern nicht gewählt und sie haben es in ihrer Hand, den Kandidaten der Sozialdemokratie den Sieg zu verschaffen und damit sich selbst eine Vertretung im Gemeinderat zu sichern. Es wird erwartet, daß jeder bereit ist, auch ein Teufelchen zu bringen, und auf alle Fälle noch vor 6 Uhr zur Stelle ist, um seine Stimme abzugeben.

Der Wahlverein für Brix beschäftigte sich in seiner letzten Versammlung mit den bevorstehenden Gemeindevorwahlen. Genosse Händel hielt einen interessanten Vortrag über: „Gemeindevorwahlen und Gemeindepolitik“, an welchen sich eine lebhafteste Diskussion schloß. Als Kandidaten wurden aufgestellt für Brix: der bisherige Gemeindevorwähler Genosse Hermann Schlichtig und für Buckow: der Genosse Max Gau.

Die Wahlen zur Gemeindevorwahlenwahl in Brix finden am Freitag, den 16. März, in der Zeit von 2 bis 6 Uhr nachmittags im Rosterschen Lokale (früher Vetage), Chausseestr. 89, statt.

In Buckow, wo sich die Sozialdemokratie zum erstenmal an der Gemeindevorwahlenwahl beteiligt, findet die Wahl heute Freitag, den 9. März, nachmittags von 4 bis 4 1/2 Uhr im Schulhause in der Dorfstraße statt. Zur jeder Parteigenosse seine Pflicht, damit unser Kandidat als Sieger aus dem Wahlkampf hervorgeht.

Am Sonntag, den 11. März, früh 7 1/2 Uhr, Flugblattverbreitung von den Bezirkslokalen aus. — Am Dienstag, den 13. März, abends 8 1/2 Uhr, findet eine Volksversammlung im Lokal des Gastwirts Schöneberg, Brix, Rudowstr. 66, mit folgender Tagesordnung statt: 1. Vortrag des Genossen S. Sonnenburg über „Die bevorstehende Gemeindevorwahlenwahl.“ 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Die Genossen werden ersucht, sich recht zahlreich an der Flugblattverbreitung zu beteiligen und für regen Besuch der Versammlung Sorge zu tragen.

In Kummelsburg legte am Dienstag in einer öffentlichen Wählerversammlung Genosse Sonnenburg-Friedrichsdagen die Aufgaben unserer Partei in der Gemeindevorwahlenwahl dar. In der Diskussion wurde auf die Schwierigkeiten bei Wiederbeschaffungen für Unmittelbare hingewiesen. An der Hand des Stats zeigt Genosse John den Klassencharakter, der auch in der Gemeindevorwahlenwahl zum Ausdruck kommt. Zu der am 13. März cr. stattfindenden Gemeindevorwahlenwahl wurden die Genossen Fritz Berger für den ersten Bezirk, Gustav Tempel für den zweiten, Theodor Ritter für den dritten Bezirk einstimmig als Kandidaten aufgestellt. Der Vorliegende forderte zum Schluß die Anwesenden auf, am Tage der Wahl Mann für Mann für uns die Stimme abzugeben, und am Sonntag an der Flugblattverbreitung teilzunehmen.

In Weissensee sind unsere Gegner bereits in die Wahlbewegung eingetreten und ist es namentlich Herr Dr. Kemfz, welcher sich als eifriger Förderer der nationalliberalen Sache vorstellt. In den letzten Tagen fand unter seiner Leitung eine Versammlung statt, in welcher man zu den in Aussicht genommenen Kandidaten Stellung nahm. Und es war für jene Herren wirklich ein Glück, daß unsere Genossen am letzten Sonntag ein Flugblatt verbreitet hatten, denn sonst hätte dem Direktor der höheren Knabenschule, Herrn Professor Dr. Kemfz, wie aus seinen Äußerungen der nötige Agitationsstoff gefehlt. Der ganze Abend wurde mit Sozialistendebatten ausgefüllt. Ein Herr Kreyschmer aus Berlin, der „Renommierarbeiter“ Reinhardt und ein Herr Lehrer Berg aus Heinersdorf kamen ihren Weissenseer Bestimmungsgenossen zu Hilfe, um den Sozialdemokraten den Garaus zu machen. Unsere sich an der Diskussion beteiligenden Genossen wurden von dem Leiter der Versammlung mit Ordnungsrufen überhäuft, während die bürgerlichen Herren das unwilligste Zeug in den Saal schreien konnten. Die Kandidatenfrage wurde noch nicht angeschnitten und so weiß die Einwohnerschaft bis heute noch nicht, wer die Herren der Zukunft sein werden. Der Kandidat des Gewerbetreibenden ist wieder in Gefahr, indem der Vorliegende des Hausbesitzervereins sowohl wie auch Herr Dr. Kemfz ihm angeraten haben, von seiner Kandidatur zurückzutreten, da er doch keine Aussicht habe, gewählt zu werden. Der Tag der Wahl ist noch nicht festgesetzt, indes muß dies in den nächsten Tagen geschehen und erwarten wir von unseren Genossen, daß sie alsdann auf dem Plan sind.

Mariendorf. Die Agitation zur Gemeindevorwahlenwahl ist jetzt, nach Festlegung des Wahltermins, in ihr letztes Stadium getreten und haben wir uns um eine Auswahl von Kandidaten nicht zu beklagen, denn nicht weniger als vier Personen empfehlen sich uns. Von den Hausbesitzervereinen werden uns zwei Kandidaten präsentiert: Herr Gärtnerbesitzer Kemmer vom Grundbesitzerverein „Südwest“ (Kolonie Klein-Adlersdorf) und Zahnarzt Behnke. Was für Ansichten der letzte Herr von den Aufgaben eines Gemeindevorwählers hat, beweist eine in einer Gemeindevorwahlenversammlung getaner Ausspruch, indem er ausführte, daß er sich nach einer Kandidatur nicht dränge und anderes zu tun habe, das ihm „mehr einbringe“. Also etwas einbringen muß dem Herrn die Ehre, eventuell Gemeindevorwähler zu sein. Obwohl wir das bisher von den Gegnern angenommen haben, so ist es bisher von jener Seite noch nie mit solcher Offenheit zugegeben worden. Was Herrn Kemmer anbetrifft, so dürfte er gleich Herrn Behnke nur eigene resp. ausschließlich die Interessen der Hausbesitzer vertreten. Ein weiterer Kandidat ist der Gastwirt Grothe, durch den wohl die alleingewählten Kleinbauern usw. am besten ihre Interessen vertreten zu bekommen glauben, welcher aber der Arbeiterschaft durch Verweigerung seines Saales und damit als Feind ihrer Sache in gutem Gedächtnis steht. Dieser Dreieinigkeit steht als vierter Kandidat der von der sozialdemokratischen Arbeiterschaft aufgestellte Genosse Gastwirt Hermann Reichardt gegenüber. Welch ein abgrundtiefer Unterschied! Dort nur Vertreter niedriger Eigeninteressen, hier ein Vertreter der durch unser Gemeindepogramm festgelegten

allgemeinen Interessen. Auch den indifferentesten Arbeitern dürfte es hiernach nicht schwer sein, zu entscheiden, wen sie zu wählen haben. Zwar machen unsere Gegner die größten Anstrengungen, uns im Dorparlament unvertreten zu lassen, aber ihre Mühe wird umsonst sein, wenn jeder Wähler am Tage der Wahl seine Pflicht tut und dem Genossen Hermann Reichardt seine Stimme gibt. Trotzdem der Gemeindevorwähler die Genossen Lehmann und Reichardt in einer Unterredung versichert hatte, die Wahlzeit so festzusetzen, daß jeder Wähler ohne nennenswerten Verlust seines Arbeitsverdienstes wählen kann, ist die Wahlzeit — ob durch Zutun anderer? — dermaßen verschoben worden, daß es den Arbeitern schwerfallen dürfte, ihr Wahlrecht auszuüben. Der alte Ortsteil Mariendorf wählt am Dienstag, den 13. d. M., von vormittags 11 1/2 bis 6 Uhr nachmittags im neuen Schulhause Adlerstr. 2—4 parterre, Zimmer 16. Die Kolonie Südende, welche durch die Dresdener Bahn getrennt wird, wählt nicht, wie die „Mariendorfer Zeitung“ schreibt, am 24. März, sondern am Mittwoch, den 14. März, von mittags 12 bis 5 Uhr nachmittags im „Restaurant Südende“, Dahl, Lichterfelde-straße 21. In diesem Jahre können diejenigen, die am ersten Tage ihr Wahlrecht nicht ausgeübt haben, entgegen der Gepflogenheit anderer Jahre am zweiten Tage nicht mehr in Südende wählen! In der Bekanntmachung heißt es, daß die Mariendorfer Einwohner in Mariendorf und die Kolonie Südende in Südende wählt. Laßt sich daher niemand von dem Brauch früherer Jahre leiten. Bei 1527 Wählern, wovon 95 Prozent allein in Mariendorf wohnen, ist die Wahlzeit schon kurz bemessen und es ist möglich, daß der Andrang in letzter Stunde sehr groß ist.

In Dichtenrade finden die Wahlen zur Gemeindevorwahlenwahl am Dienstag, den 13. März statt. Da es sich um einen Angelegenen handelt und ein solcher der Sozialdemokratie nicht zur Verfügung steht, ist es ratsam, sich der Wahl zu enthalten. Es ließe unnötig Zeit verschwenden, wenn sich die Arbeiterschaft an der Wahl beteiligen würde, wissen wir doch, daß wir von unseren Gegnern nichts zu erwarten haben.

Steglitz. Die „Wahlen“ der ersten und zweiten Klasse sind nun auch vorüber; die gemeinschaftlichen Kandidaten des Hausbesitzer- und Kommunalvereins wurden einstimmig gewählt, da der Mieterverein, der vor zwei Jahren bramarbasierte, daß er das nächste Mal auch die zweite Klasse holen werde, auf eigene Kandidaten verzichtete und, damit ihn seine „Freunde“ bei der Stichwahl gegen die Sozialdemokraten behilfen könnten. Die bisherigen Leuchten der ersten und zweiten Klasse bleiben uns alle erhalten bis auf den nationalliberalen Reichstagsabgeordneten Böttger, der vermessene genug war, den Kampf mit Sozialdemokraten zu wagen — er fand den Helldob in der Wahlkugel an — akuten Durchfall. Die „neuen Männer“ interessieren uns vorläufig nicht. Eine wahrhaft klägliche Rolle spielt der Mieterverein, der angeblich in den letzten beiden Jahren über 600 neue Mitglieder gewonnen hat und dabei ganze neun Stimmen mehr aufbringen konnte. Diese Kaufhelden trümmten davon, in diesem Jahre aus eigener Kraft die Sozialdemokraten und Hausbesitzer zu besiegen. In ihrem Größenwahn bekämpften sie die Hausbesitzerpartei noch am Tage der Hauptwahl, bezichtigten jene des Schwindels und der Unterschriftenfälschung, um am anderen Tage (als sie den grandiosen Reifall erlitten hatten) wie gezeigte Schulhuben alles abzublättern und um Hälfte bei der Stichwahl zu winkeln. Gestern noch nannten sich die Herren Hänel und Dendewig auf Plakaten, Kellametafeln und in ihrem „Organ“, der „Stegl. Ztg.“, stolz „Mieter-Kandidaten“, heute wagen sie in ihrer Angst sich nur noch „bürgerliche“ Kandidaten zu nennen und stehen als solche ihre Feinde von gestern um Hilfe an gegen den „wütenden Ansturm“ der „Genossen“. Und diese Weiterfahrungen machen sich an die Qualifikation zu Gemeindevorwählern zu bestigen! Ungestrichen solcher Tatsachen ist es um so bedauerlicher und unbegreiflicher, daß sich bei der Hauptwahl organisierte Arbeiter fast aller Berufs gefunden haben, die diesen angeblichen Mieterkandidaten ihre Stimme gegeben haben. Hoffentlich sehen diese Kurzsichtigen jetzt noch ein, welche Torheit sie begangen, und machen ihren Fehler bei der Stichwahl wieder gut. Am 14. März müssen sich die Stimmen aller Arbeiter, die noch gewerkschaftliche und politische Ehre im Leibe haben, auf unsere Kandidaten Ahmann und Keng im ersten, Keng und Reimbach im zweiten Bezirk vereinen.

Wahlergebnisse. Panitzsch. Bei der am 7. März cr. stattgefundenen Gemeindevorwahlenwahl erhielt Genosse Vogheimer 159, der Gegner 198 Stimmen. Recht mangelhaft erwies sich die Wählerliste. Circa 6 Proz. der Erstimmenen waren nicht darin zu finden. Zu tabeln ist noch das Benehmen des Gendarmen gegen die Wähler, der so tat, als ob er Rekruten vor sich habe.

Bei der gestern in Treptow-Baumhauensweg stattgefundenen Erziehung zur Gemeindevorwahlenwahl sind die beiden sozialdemokratischen Kandidaten gewählt worden. Von den 1788 eingeschriebenen Wählern der dritten Klasse übten 846 ihr Wahlrecht aus. Unser Genosse Gerisch erhielt 513 Stimmen und Genosse Karow 507 Stimmen. Die beiden Nichtwahlkandidaten erhielten einschließlich der circa 130 Papierwähler je 331 und 339 Stimmen. Bei der vor zwei Jahren erfolgten Wahl erhielt der sozialdemokratische Kandidat 322 und der Bürgerliche 311 Stimmen. — Trotzdem die Bürgerlichen aller Schattierungen noch am Vorabend dieser Wahl auf die große Gefahr hinwiesen, der Treptow durch die Wahl von Sozialdemokraten entgegengehe, war es nicht zu vermeiden, daß und dennoch der Sieg wurde. Hoffentlich gehört nunmehr für immer die dritte Klasse der Sozialdemokratie.

Rupenitz. Die am Montag nach dem großen Saal des Hotel Kaiserhof einberufene Volksversammlung war von über tausend Personen, darunter vielen Frauen und Mädchen besucht. Schon kurz nach 8 Uhr wurde der Saal abgeperrt. Genosse Stern sprach unter reichem Beifall über das Thema: „Gibt's einen Gott?“ In der Diskussion forderten die Genossen Hilliger und Gähne die Anwesenden zum Austritt aus der Landeskirche auf. Zum Schluß erwähnte Genosse Roid die Anwesenden zum Anschluß an die Organisation, wie auch zum Abonnement auf den „Vorwärts“. Bekannt sei noch, daß zu dieser Versammlung die Geistlichen brieflich eingeladen waren, aber unter „allerlei Entschuldigungen“ nicht erschienen konnten. —

